Proletarier aller Länder, vereinigt euch!

Nr. 191 Winter 2026/2027 de.internationalism.org 1,00 Euro / 2.00 CHF

Weltrevolution

Territoriale Zeitung der Internationalen Kommunistischen Strömung in Deutschland und der Schweiz

Angesichts von Bankrott und kapitalistischem Chaos

Der Klassenkampf als einzige Perspektive

Überall schießen die Preise in die Höhe: Energieträger, Lebensmittel, Wohnraum! Überall Entlassungen, Massenarbeitslosigkeit, prekäre Lebensverhältnisse! Überall Klimakatastrophen und Tausende von Toten aufgrund von Hitzewellen, Bränden und Überschwemmungen! Überall Kriege und Massenmassaker! Vor unseren Augen entfesselt der Kapitalismus in einem zerstörerischen Strudel alle möglichen Katastrophen. Und die herrschende Klasse, ihre Staaten und ihre Regierungen – ob links, rechts, „sozialistisch“, liberal oder populistisch – sind selbstverständlich unfähig, eine Antwort darauf zu geben.

Eine Wirtschaftskrise von extremer Schwere

Die Ohnmacht der herrschenden Klasse ist auf die ausweglose Wirtschaftskrise zurückzuführen, die den Kapitalismus heimsucht und potenziell weitaus schwerwiegender ist als die der 1930er Jahre und als jene, die 2008 den drohenden Zusammenbruch des Finanzsystems heraufbeschwor. Ihr Ausmaß verdeutlicht das völlige Scheitern einer zerfallenden Produktionsweise. Der Krieg im Nahen Osten verschärft sie noch weiter, indem er den Welthandel stört und die Energiepreise belastet. Militärische Abenteuer, Zölle, Handelskrieg, Erpressungen: Es herrscht das Prinzip „Jeder für sich“, wobei jede nationale Bourgeoisie in vollkommener globaler Anarchie ihr Überleben gegen alle anderen verteidigt. Die internationale Zusammenarbeit bröckelt, der Weltmarkt zerfällt und die Überproduktion verschärft sich. Alle Staaten werden von Schulden erdrückt, die abgrundtief geworden sind, während die Militärausgaben weltweit 2.887 Milliarden Dollar erreichen. Dieser Rüstungswettlauf treibt die Verschuldung in die Höhe, schürt die Inflation und zehrt alle Sozialhaushalte auf.

Fortsetzung auf Seite 2

Bewegung der Schüler*innen und Studierenden in Frankreich

Die junge Generation der Arbeiterklasse lehnt eine Zukunft in Elend und Krieg ab

Die Schüler*innen- und Studierendenbewegung hat in Frankreich spektakuläre Ausmaße angenommen und sich rasch auf das gesamte Staatsgebiet ausgeweitet. Seit Mitte September wurden Hunderte von Gymnasien blockiert. Die Studierenden schlossen sich der Mobilisierung rasch an, bald gefolgt von Hunderttausenden Demonstrierenden aller Altersgruppen, die empört waren über die Repression gegen die Jugendlichen. Diese Bewegung reiht sich in eine beeindruckende Serie von Kämpfen weltweit ein und kündigt einen tiefgreifenden Wandel des sozialen Klimas an – als Auftakt zu künftigen Massenkämpfen.

Eine Empörung, die keine Grenzen kennt

Die Wut der Gymnasiast*innen und Student*innen ist keineswegs eine „französische Ausnahme“, wie es die Medien weltweit lautstark wiederholen. Sie ist im Gegenteil Ausdruck des Kampfes der internationalen Arbeiterklasse und der wachsenden Ablehnung der jungen Generationen gegenüber einer Zukunft in Elend und Krieg, die der Kapitalismus für sie bereithält:

- Am 1. Oktober gingen die Schüler*innen von Lüttich (Belgien) auf die Straße, inspiriert von den Ereignissen in Frankreich. Der Protest griff anschließend auf Mons, Charleroi und Brüssel über. Am 9. Oktober versammelte eine große Demonstration gegen die Sparpolitik alle Generationen in Brüssel.

- In Turin besetzten am 5. Oktober Gymnasiast*innen zwei Schulen „gegen die Kasernenschule, Rassismus und Krieg“ unter der Parole „Macht es wie in Frankreich“. Gymnasiast*innen aus Rom schlossen sich ihnen aus „Solidarität mit den französischen Studierenden“ an.

- In Madrid werden Lehrer*innen und

Fortsetzung auf Seite 2

Frankreich: Spitze des Eisbergs im weltweiten Klassenkampf 5
Der Kampf der Schüler*innen ist der Kampf der gesamten Arbeiterklasse! 7
Das Gesicht des kapitalistischen Staates ist das des Terrors! 9
Aufruf an die Bewegung der Schüler*innen 10
Kampf in Frankreich: Am Scheideweg 10
Die Frage der Gewalt 11
Vor 20 Jahren: Der Kampf gegen den CPE 13
Streiks bei Airbus: Angesichts der Angriffe: Lasst uns als Klasse vereint kämpfen! 15
AfD und Die Linke: Zwei Fallen im Niedergang des politischen Apparats 17
Angesichts Umweltkrise führt der Kapitalismus in die Katastrophe 25
Auch ohne Sieger oder Besiegte verschlimmert sich die Barbarei des Krieges 27
Ceuta: Ausbeutung von Migrant*innen 29
Varna-Konferenz: Politik der Ausgrenzung der konsequentesten Internationalist*innen 31
Leserbief: Einführung in die kommunistische Theorie 33

Fortsetzung von Seite 1

Der Klassenkampf als einzige Perspektive

Die Arbeiterklasse zahlt die Zeche

Die Angriffe auf die Arbeiterklasse nehmen kein Ende und werden sich zwangsläufig noch verstärken: Das ist das einzig mögliche „Programm“ aller Regierungen, der gegenwärtigen wie der zukünftigen. Die Arbeitslosigkeit explodiert und prekäre Beschäftigungsverhältnisse breiten sich aus. Weltweit erreichen Arbeitslosigkeit und prekäre Beschäftigungsverhältnisse neue Höchststände, insbesondere bei jungen Menschen. Selbst Deutschland, das Aushängeschild des europäischen Kapitalismus, durchlebt eine seit 1945 beispiellose Strukturkrise, die die Arbeiterklasse in die Armut treibt. Die Automobilindustrie ist besonders stark betroffen: Volkswagen plant, bis 2030 weitere 100.000 Stellen abzubauen, Bosch 13.000, und Mercedes fordert eine Erhöhung der Arbeitszeit um 30 oder sogar 40 %! Weitere Angriffe auf die ausgebluteten Gesundheitssysteme und die Renten zeichnen sich ab: Einige fordern bereits, das Renteneintrittsalter von 67 auf 70 Jahre anzuheben.

Wiedererstarkter Kampfgeist

Angesichts dieser apokalyptischen Zukunft und der Opfer, die zur Finanzierung der Aufrüstung verlangt werden, ist der Unmut groß. Die Arbeiterklasse (Arbeitslose, Erwerbstätige oder Rentnerinnen und Rentner) begann im „Sommer der Wut“ 2022 in Großbritannien zu reagieren und zeigte nach Jahrzehnten der Lethargie und Resignation enorme Kampfbereitschaft.

Seitdem lassen Unmut und Kampfgeist nicht nach: Während die Arbeiterinnen und Arbeiter in Großbritannien noch im Kampf standen, gingen jene in Frankreich im Rahmen der Bewegung gegen die Rentenreform (2023) massenhaft auf die Straße; dann waren Kanada und die USA (2024) an der Reihe, gefolgt von Belgien (2025) und vielen anderen Ländern.

Der Kampfgeist der Arbeiterklasse kommt in zahlreichen, noch vereinzelten Konflikten zum Ausdruck, vor allem bei kleinen Minderheiten, die sich mit den Erfordernissen und Mitteln des Kampfes sowie mit der Perspektive und der Zukunft der Gesellschaft auseinandersetzen.

Heute nehmen die Streiks in Frankreich, Italien oder Deutschland zu. Doch dieser Kampfgeist bleibt zerstreut und zögerlich: Die Arbeiterklasse fühlt sich noch immer weitgehend machtlos und tut sich schwer die Initiative zu ergreifen. Derzeit stehen die verschiedenen Formen des Protests nebeneinander, ohne sich als eine einzige Klassenbewegung zu erkennen, die gemeinsame und internationale Interessen verteidigt. Die Arbeiterklasse bleibt daher anfällig für korporatistische, in Berufsgruppen oder Sektoren aufgeteilte Denkweisen, für die Abschottung im Unternehmen, im Dienstleistungsbereich oder in der Branche.

Ein Schritt nach vorn

Die Situation scheint sich jedoch zu wandeln. Bei Airbus in Spanien führten vom 25. August bis zum 4. September 2026 14.000 Beschäftigte mehrerer Standorte (Getafe, Sevilla, Illescas, Albacete, Cádiz) einen unbefristeten Streik durch und forderten Lohnerhöhungen. Dieser Kampf hat begonnen, die Stärke der Solidarität unter den Arbeiterinnen und Arbeitern zu zeigen: Die Beschäftigten haben ihren Kampf selbst in die Hand genommen, indem sie massive Vollversammlungen organisierten, diskutierten und gemeinsam Entscheidungen trafen.

Der Kampf bei Airbus ist ermutigend, aber wir dürfen hier nicht stehen bleiben. Die Arbeiterklasse muss noch weiter gehen und sich klar gegen die Spaltungen wehren, die von den Führungsinstanzen der Bourgeoisie inszeniert werden, angefangen bei den Gewerkschaften und den linken Parteien, die die Bewegung unablässig sabotiert haben, indem sie versuchten, die Arbeiterinnen und Arbeiter im Unternehmen zu isolieren oder ihre Aufmerksamkeit auf demokratische Institutionen, Wahlen und die Verteidigung der Nation zu lenken.

Den Kampf selbst in die Hand nehmen

Gemeinsam kämpfen: Das ist die Herausforderung, vor der die gesamte Arbeiterklasse steht. Sie muss ihre Eigenständigkeit bekräftigen, indem sie sich als geeinte Klasse versteht, darf nicht isoliert bleiben, muss ihre Vollversammlungen für alle Arbeiterinnen und Arbeiter öffnen und ein Kräfteverhältnis schaffen, indem sie andere Sektoren dazu aufruft, sich der Bewegung anzuschließen. Dies indem sie den Kampf von Anfang an ausweitet, indem sie überallhin Delegationen entsendet, die aktiv die Solidarität aller Sektoren einfordern müssen: öffentlicher und privater Sektor, kleine und große Unternehmen …

Indem sie Angriffe und Hungerlöhne zurückweist, beginnt die Arbeiterklasse, sich der Ausbeutung und den Härten einer sich verschärfenden Krise zu stellen. Damit öffnet sie eine bescheidene Tür zum revolutionären Kampf gegen den Kapitalismus. Der Weg zum Kommunismus wird lang, schwierig, ungewiss und voller Hindernisse sein. Aber er ist der einzige, der der Menschheit eine Zukunft bieten kann!

WH, 14. September 2026

Fortsetzung von Seite 1

Die junge Arbeiterklasse lehnt eine Zukunft in Elend und Krieg ab

Schüler*innen vor dem Hintergrund massiver Empörung über die Wohnungskrise am 14. Oktober einen unbefristeten Streik im öffentlichen Bildungswesen beginnen. Andalusien bereitet einen Bildungsstreik für den 11. November vor.

- In Deutschland haben am 25. September erneut mehr als 45.000 Schüler*innen in rund hundert Städten gegen eine geplante Wehrdienst-Pflicht gestreikt. Ein Aufruf zu einem internationalen Jugendstreik gegen Krieg und Militarismus für den 20. November kursiert.

Diese Kämpfe stehen nicht isoliert vom Rest der Arbeiterklasse: In Deutschland haben in diesem Jahr 175.000 Beschäftigte der Automobilindustrie gegen den Stellenabbau demonstriert; die britischen Eisenbahner*innen führen immer mehr Streiks durch; die Airbus-Beschäftigten in Spanien haben drei Monate lang in Vollversammlungen für Lohnerhöhungen gekämpft; die chilenischen Kupferbergleute von Centinela haben am 7. Oktober parallel zur Mobilisierung der Student*innen die Arbeit niedergelegt; bolivianische Bergleute und Lehrkräfte haben im Frühjahr einen Teil des Landes lahmgelegt; in Argentinien folgen Demonstrationen gegen die Sparpolitik aufeinander. Und die Liste ist noch lang.

All diese Kämpfe sind heterogen, manchmal sogar verstrickt in Aktionsformen und Parolen, die in eine Sackgasse führen. Aber sie zeigen, dass überall eine neue Generation sich weigert, für die Krise und die für die Kriegswirtschaft geforderten Opfer aufzukommen. Eine Generation, die allmählich erkennt, dass der Kapitalismus ihr keine Zukunft mehr zu bieten hat. Ihre Kampfbereitschaft ist die der gesamten Arbeiterklasse.

Nach Jahrzehnten der Passivität erhebt die Arbeiterklasse weltweit wieder den Kopf. Seit dem „Sommer des Zorns" im Jahr 2022 in Großbritannien, gefolgt vom massiven Kampf gegen die Rentenreform in Frankreich im Jahr 2023 oder den Streiks in der Automobilindustrie in den USA haben sich die Mobilisierungen in vielen Ländern vervielfacht. Und die ganze Welt blickt auf die Schüler*innen und Studierenden, die uns heute den Weg weisen.

Von der Repression zu den Vollversammlungen

Alles begann Mitte September an einem Gymnasium in Créteil, wo unter anderem mehrere Lehrkräfte, eine Sozialarbeiterin und eine Schulpsychologin fehlten. Innerhalb von zwei Wochen waren mehr als tausend Gymnasien betroffen. Die Schüler prangern den Lehrermangel, überfüllte Klassen und Stundenpläne, baufällige Gebäude sowie die Willkür des langwierigen schulischen Einschreibsystems „Parcoursup" an. Hinter diesen noch unklaren Forderungen, in denen sich auch die Solidarität mit den am Rande ihrer Kräfte stehenden Lehrern und Lehrerinnen ausdrückt, verbirgt sich eine viel tiefere Angst: die vor einer Zukunft voller Prekarität, Arbeitslosigkeit und Ungerechtigkeit … Die Reaktion des Staates war von beispielloser Brutalität: Gummigeschosswerfer, Blendgranaten, Wasserwerfer …[1] Das gesamte repressive Arsenal wurde gegen die kämpfende Jugend eingesetzt. Mehr als 6.500 Festnahmen seit Ende September! Bis zum 5. Oktober gab es 5.060 Festnahmen, davon 87 % Minderjährige, die laut Angaben von Anwält*innen beleidigt, geschlagen und terrorisiert wurden. In Tours verlor ein 16-jähriger Gymnasiast ein Auge. In Saint-Ouen-l'Aumône wurde einem 14-jährigen Jungen der Kiefer gebrochen. In Lens wurde einem 15-jährigen Jugendlichen durch eine Granate die Hand abgerissen. In Dünkirchen raste ein Polizeifahrzeug mitten durch eine Versammlung von Gymnasiast*innen. Die Regierung droht den Eltern, ihnen die Schäden in Rechnung zu stellen, und bereitet ein „Randalierer-bezahlen"-Gesetz vor, das Demonstrierende zur Zahlung von bis zu 10.000 Euro verpflichten würde, ohne dass nachgewiesen werden muss, dass sie die Täter sind. Das sind keine „Ausrutscher": Es ist die Politik eines Staates, der eine ganze Generation terrorisieren will, um sie in Reih und Glied zu zwingen.

Angesichts des Ausmaßes der Repression strömt am 6. Oktober eine wahre Flut auf die Straßen: 450.000 Demonstrierende laut Gewerkschaften, davon 100.000 in Paris.[2] Schüler*innen, Student*innen, streikende Lehrkräfte, Eltern, Beschäftigte aus allen Branchen: Alle Generationen gehen auf die Straße, zunächst aus Solidarität mit den misshandelten Schüler*innen und um ihrer Empörung Ausdruck zu verleihen. Aus Angst vor einem Flächenbrand macht die Regierung immer mehr kleine taktische Zugeständnisse: Verzicht auf die geplanten Einschreibegebühren für BTS- und Vorbereitungskurse, Aussetzung des Einsatzes von Blendgranaten (allerdings nur für Schüler*innen), „beschwichtigende" Rede des Premierministers und als einzige Antwort auf die Forderungen die lächerliche Ankündigung von 3.024 Vertretungslehrern (und das auch noch in prekären Beschäftigungsverhältnissen für diese!).

Die folgenden Tage zeigen sowohl die Schwierigkeiten als auch die Reifung der Bewegung. Am 7. Oktober, nach drei Wochen der Blockaden, wissen viele Gymnasiast*innen, die zwar noch sehr enthusiastisch und kämpferisch, aber zwangsläufig unerfahren sind, nicht mehr, was sie sonst noch tun sollen. Von Ausnahmen wie in Nantes oder Rennes abgesehen, fällt es den Studierenden schwer, sich zu versammeln: Die Hochschulleitungen schließen die Universitäten, die Polizei löst Versammlungen und Vollversammlungen auf, wie an der Sorbonne.

Doch am 8. Oktober, während noch immer Zehntausende junger Menschen spontan demonstrieren, finden Vollversammlungen unter freiem Himmel statt, zunächst auf dem Place du Panthéon, dann auf zahlreichen Campus in Paris, den Vororten und in der Provinz. Der Kampfgeist ist enorm, und die Radikalität der Äußerungen übertrifft die der Bewegung gegen das CPE-Gesetz im Jahr 2006: Man spricht vom Krieg, von der verrotteten Gesellschaft, die man uns bereitet, von Revolution. Man kritisiert die Gewerkschaften, die hinter dem Rücken der Bewegung verhandeln. Vor allem verabschieden die Vollversammlungen Anträge, um überall Solidarität zu suchen: in den Gymnasien, an anderen Hochschulen und bei den Arbeiterinnen und Arbeitern. Ein Wind der Kampfbereitschaft und des Nachdenkens weht über den Vollversammlungen. Sogar Assas, eine als konservativ geltende juristische Fakultät, wird blockiert, und tausend Studierende stimmen die „Internationale" an.

Zwei große Tendenzen ziehen sich durch diese Vollversammlungen. Die eine, aktivistische, will die Blockaden ausweiten, der Polizei die Stirn bieten und „Matignon einnehmen". Die andere strebt danach, den Kampf auszuweiten.

Am 9. Oktober wird der am Vortag verabschiedete Antrag zur Ausweitung des Kampfes auf die Arbeiter*innen von Vollversammlung zu Vollversammlung weitergereicht. Die Vollversammlung von Jussieu macht ihn sich zu eigen, verabschiedet ein Flugblatt in diesem Sinne und streicht jeden Verweis auf die „Eroberung von Matignon".[3] Sie beschließt sogar, die Blockade der Universität zu beenden, da sie erkennt, dass diese als Vorwand für deren Schließung diente: Es ist besser, wenn sie wieder geöffnet wird, damit die Studierenden von Hörsaal zu Hörsaal gehen können, um andere zu überzeugen und in größerer Zahl aufzutreten.

Zum Zeitpunkt der Abfassung dieses Artikels steht die Bewegung am Scheideweg: Entweder versinkt sie in Zusammenstößen und vorgeblich radikalen Aktionen, oder sie schließt sich um einheitliche Forderungen zusammen und übernimmt selbst die Ausweitung der Bewegung durch die Vollversammlungen.

Ein Kampf der Arbeiterklasse

Es handelt sich nicht um eine Bewegung der „Jugend" im Allgemeinen. Die kämpfenden Schüler*innen und Studierenden sind im Wesentlichen die Arbeiterklasse von morgen, ja sogar von heute, da viele Studierende bereits mit einem Fuß in der Arbeitswelt stehen – mit harten, prekären und schlecht be-

[1] Vgl. Repression gegen Schüler*innen: Das wahre Gesicht des kapitalistischen Staates ist das des Terrors!, veröffentlicht auf IKSonline (Oktober 2026).

[2] Angesichts der riesigen Menschenmengen in zahlreichen Städten sind diese Zahlen höchstwahrscheinlich zu niedrig angesetzt.

[3] Das Pariser Edelhotel Matignon ist Hauptsitz des französischen Präsidenten, der dort auch seine Beratungen abhält.

zahlten Gelegenheitsjobs. Viele in den Vollversammlungen bezeichnen sich selbst als Arbeiter und Arbeiterinnen.

Der Klassencharakter dieser Bewegung zeigt sich vor allem in der Solidarität: zwischen Gymnasien in der Innenstadt und in den Vororten, zwischen Großstädten und Kleinstädten, bei den Demonstrationen, bei denen sich Schüler*innen, Studierende, Beschäftigte und Eltern, die um die Zukunft ihrer Kinder besorgt sind, massenhaft versammelt haben. Er lässt sich auf den Pappschildern ablesen: „Wer Elend sät, erntet Zorn!“, „Heute Schüler, morgen in prekären Verhältnissen: Nein, danke!“. Überfüllte Klassen, Personalmangel, Wettbewerb: Es sind dieselben Angriffe in anderer Form, denen die Beschäftigten in Krankenhäusern, bei der Post, im Einzelhandel, in der Logistik oder in Fabriken ausgesetzt sind. Sie zeigt sich in der Ablehnung des Krieges in einer Zeit, in der die Militärhaushalte explodieren und die Sozialhaushalte zerhackt werden: „Milliarden für Schule und Gesundheit, nicht für Bomben!“, „Die internationale Jugend gegen den Krieg“. Sie zeigt sich schließlich in der Infragestellung des Systems selbst: „Lasst uns das System ändern, nicht das Klima!“, „Kapitalismus im Stillstand, Jugend ohne Zukunft“. Diese Generation spürt, dass sie von einer kapitalistischen Gesellschaft ohne Zukunft nichts zu erwarten hat.

In dieser Mobilisierung zeugen die Bezüge zur Pariser Kommune von 1871 und zum Mai ’68, die internationalistischen Parolen sowie die Allgegenwart der Revolutionsidee in den Vollversammlungen und bei den Demonstrationen von einem tiefgreifenden Wandel in der Mentalität.

Den Kampf selbst in die Hand nehmen und ausweiten

Die Bourgeoisie hat aus der Vergangenheit gelernt. Im Mai ’68 war sie überrascht und unvorbereitet gewesen. Im Jahr 2006 hatte die Regierung, ebenfalls etwas überrascht, das geplante CPE-Gesetz zurückgezogen, sobald die Bewegung, die ihre Vollversammlungen für Beschäftigte öffnete, drohte, in die Unternehmen vorzudringen.[4] Heute schließt die herrschende Klasse die Universitäten, um die Studierenden daran zu hindern, sich zu versammeln, lässt die Blockaden verkommen, provoziert und geht mit Schlagstöcken vor, um die Jugendlichen auf das Terrain zu drängen, auf dem sie am stärksten ist: die Konfrontation mit der Polizei, die über Waffen, Personal und die Gerichte verfügt.

„Die Jugend hasst die Polizei“, steht auf vielen Plakaten zu lesen: Die Empörung ist berechtigt und die Solidarität angesichts der Repression notwendig. Es ist unerlässlich, sich massiv und solidarisch gegen Polizeigewalt zu mobilisieren. Doch den Kampf auf die Konfrontation mit den Polizeischlägern zu reduzieren, ermöglicht weder das Zusammenkommen noch das Diskutieren noch das Überzeugen. Das lässt dem Staat freie Hand, zu unterdrücken, zu spalten und zu isolieren.

Die Blockade ist eine weitere Falle: Sie leert die Orte, an denen man sich versammeln könnte (wie die Hörsäle), zerstreut zudem die Kräfte, anstatt sie zu bündeln, und bringt diejenigen gegen die Bewegung auf, die sie eigentlich für sich gewinnen sollte. Doch isoliert ist eine Bewegung zur Niederlage verdammt. Eine geschlossene Uni bedeutet eine Vollversammlung weniger, ein Mittel weniger, sich zu vereinen, stark zu sein gegen den Staat, gegen dessen Polizei, gegen seine gefügigen Medien!

Die Isolierung erfolgt auch über politische Fallen. Der Sitz des Präsidenten prangert ein „von der Partei La France Insoumise LFI und ihren Stellvertretern der Ultra-Linken organisiertes Manöver“ an. Doch wenn LFI-Chef Mélenchon die „ungehorsamen“ Abgeordneten dazu aufruft, sich der Polizei „in den Weg zu stellen“, dann nur, um die Bewegung noch besser in die Sackgasse der Konfrontation mit der Polizei zu treiben. Sechs Monate vor den Präsidentschaftswahlen stellt sich die LFI als „Beschützerin“ der Jugend dar und schickt ihre Abgeordneten, mit der dreifarbigen französischen Schärpe um den Hals, vor die blockierten Gymnasien. Louis Boyard, ehemaliger Vorsitzender der Schülergewerkschaft UNL, der bereits 2023 einen „Blockaden-Challenge“ ins Leben rief, fordert, dass sich die Blockaden „ausweiten“ – die Blockaden, nicht der Kampf auf die Arbeiterklasse! Und wenn LFI fordert, „Kriegswaffen“ von den Demonstrationen zu verbannen, fordert sie lediglich eine besser dosierte Repression, nicht die Infragestellung des Repressionsapparats des Staates, den sie selbst zu regieren anstrebt.

Regierung und die Linke des Kapitals sind sich im Wesentlichen einig: den Kampf auf eine Konfrontation zwischen „der Jugend“ und der Polizei zu beschränken, seinen proletarischen Klassencharakter zu verschleiern und seine Kanalisierung an die Wahlurnen vorzubereiten. In Spanien hat Premierminister Pedro Sanchez übrigens gerade vorgezogene Wahlen für den 29. November einberufen, um den Schwung der Kämpfe um Wohnraum für sich zu nutzen.

Vor zwanzig Jahren hat eine andere Generation angesichts der gestellten Fallen den Weg gewiesen. Im Jahr 2006 hatte der Kampf gegen das CPE-Gesetz – diesen „Müllvertrag“, der die Jugend noch weiter in prekäre Verhältnisse treiben sollte – die Regierung zum Einlenken gezwungen. Die Studierenden hatten ihren Kampf selbst in die Hand genommen: Ihre Vollversammlungen, souverän und für alle offen, ließen nicht zu, dass die Gewerkschaften an ihrer Stelle entschieden. Sie hatten verstanden, dass Isolation ihr Ende bedeutete. Die Vollversammlungen entsandten daher massive Delegationen in die Betriebe. Sie riefen dazu auf, am Samstag zu demonstrieren, damit sich die Beschäftigten ihnen anschließen konnten: Millionen von Menschen strömten auf die Straße. Und angesichts der Provokationen der Polizei weigerten sich die Vollversammlungen, mit sinnloser Gewalt zu reagieren, die die Bewegung gespalten, die Solidarität und das Nachdenken behindert hätte. Es waren nicht ein paar zerstörte Bushaltestellen, die die Regierung zum Einlenken bewegten: Es war die aktive Ausweitung des Kampfes auf die gesamte Arbeiterklasse, deren Debatten und Entscheidungen in den Vollversammlungen das schlagende Herz bildeten.

Die Stärke der Schüler*innen und Studierenden liegt also darin, auf andere Bereiche der Arbeiterklasse zuzugehen. Die Vollversammlungen tun gut daran, den Gewerkschaften zu misstrauen: Es ist ihre Aufgabe – und nur ihre –, den Kampf in der Hand zu behalten und die Kontrolle darüber zu behalten. Souverän und offen für alle (Schüler*innen, Studierende, Schulpersonal, Beschäftigte, Arbeitslose, Rentner*innen) sind sie der Ort, an dem gemeinsam diskutiert und per Handzeichen entschieden wird. Sie können Delegierte wählen, die ihnen Rechenschaft ablegen und jederzeit abberufen werden können, Solidaritätsaufrufe verabschieden und diese durch massive Delegationen an andere Gymnasien und Hochschulen, Krankenhäuser und Unternehmen weitertragen. Mit Forderungen, die alle Ausgebeuteten betreffen: Ablehnung von prekären

[4] Vgl. „Thesen zur Studentenbewegung im Frühjahr 2006 in Frankreich“, Revue internationale Nr. 125 (2006).

Arbeitsverhältnissen, Ablehnung sinkender Löhne, Ablehnung von Stellenstreichungen im öffentlichen wie im privaten Sektor, Ablehnung eines Sparhaushalts, der die gesamte Arbeiterklasse trifft …

Die Solidarität zwischen den Generationen, über Grenzen hinweg, ist wertvoll, reicht aber nicht aus: Im Kampf (und danach) müssen wir auch die Zukunft vorbereiten. Man muss verstehen, warum die Zukunft versperrt ist: Die Krise, der Krieg, die Zerstörung des Planeten sind nicht die Schuld dieser oder jener Regierung, sondern das Produkt eines kapitalistischen Systems, das am Ende seiner Kräfte ist. Die Revolution, von der in den Vollversammlungen die Rede ist, lässt sich nicht durch die „Eroberung von Matignon“ verordnen, und die Perspektive einer revolutionären Welle ist noch fern, behindert durch immense Hindernisse. Aber sie kann nur das bewusste und massive Werk der weltweiten Arbeiterklasse sein, die sich darauf in den Kämpfen, in deren Ausweitung, in den Debatten und im kollektiven Nachdenken vorbereitet. Die Vollversammlungen, die beschlossen haben, Solidarität bei den Arbeiter*innen zu suchen, haben den Weg gewiesen. Es liegt an den Proletarier*innen aller Generationen, ihn zu beschreiten!

WH und EG, 10. Oktober 2026

Internationales Flugblatt

Die Spitze des Eisbergs im Kampf der weltweiten Arbeiterklasse

Gleichzeitig erheben sich in Frankreich, Belgien, Deutschland, Italien und Spanien junge Menschen der „Generation Z“ gegen eine Zukunft aus Armut und Krieg, die der Kapitalismus ihnen verspricht: „Seit wir auf der Welt sind, gibt es Krisen“. Als Reaktion auf die Bewegung in Frankreich gegen Sozialkürzungen im Bildungswesen – „6 Milliarden für die Armee, aber keinen einzigen Cent für Schulen“ – strömen über die sozialen Medien Solidaritätsbekundungen aus aller Welt herein: „Euer Kampf ist unser Kampf!“

Angesichts der Wut der Jugendlichen ist die einzige Reaktion der Regierungen brutale Unterdrückung. In Frankreich hat ein Schüler ein Auge verloren, ein anderer eine Hand; in Belgien wurden Demonstrationen in der Region Lüttich verboten, doch trotzdem gingen in Brüssel 50.000 Menschen auf die Straße. Auch in Madrid wurden Schüler*innen bei Demonstrationen zur Unterstützung des Lehrer*innenstreiks geschlagen. In Berlin haben junge Menschen gegen die Wehrpflicht demonstriert. Und in Italien, in Turin, Rom und Neapel, sind Studierende aus Solidarität mit dem Kampf in Frankreich auf die Straße gegangen.

Diese Kämpfe sind nur die Spitze des Eisbergs eines weit verbreiteten Gefühls der Empörung und Unzufriedenheit in der gesamten internationalen Arbeiterklasse, die überall mit der Verschlechterung unserer Lebensbedingungen, mit zunehmendem Militarismus und Kriegsvorbereitungen konfrontiert ist: bei Airbus und im Bildungssektor in Spanien, im Pariser Nahverkehr (RATP), in den Kämpfen gegen Kürzungen bei den Sozialausgaben in Belgien und Argentinien oder bei den Textilarbeiter*innenrstreiks in Faridabad (Delhi) in Indien.

Junge Menschen in prekären Beschäftigungsverhältnissen sind die Kinder der Arbeiterklasse. Ihr Kampf schöpft Kraft aus der zunehmenden Militanz seit dem „Sommer der Unzufriedenheit“ in Großbritannien im Jahr 2022, aus dem Kampf gegen den Angriff auf die Renten in Frankreich im Jahr 2023, aus Überlegungen und Diskussionen darüber, wie man kämpfen soll, und aus der Erkenntnis, dass Opfer nur zu weiteren Opfern führen. Und sie kämpfen für ihre Zukunft, die durch die unlösbare Wirtschaftskrise, Krieg und Klimakatastrophe bedroht ist.

„On nous vole notre avenir, on refuse de se taire!“ (Man stiehlt uns unsere Zukunft, und wir weigern uns, zum Schweigen gebracht zu werden!)

Diese Kämpfe der jungen Menschen bedeuten einen tiefgreifenden Wandel in der gesellschaftlichen Stimmung auf internationaler Ebene. Auf den Straßen diskutieren Leute, die sich bisher nicht kannten, darüber, was zu tun ist und wie man kämpfen soll; bei Versammlungen und Demonstrationen sprechen die Menschen zum ersten Mal seit Jahren furchtlos von Revolution. Diese neue Generation, die in den Kampf eintritt, ist größtenteils unerfahren, hat aber gleichzeitig die Last der Vergangenheit abgeschüttelt – die antikommunistischen Kampagnen nach dem Zusammenbruch des Stalinismus und die Ablehnung politischen Engagements.

Viele beziehen sich auf den Mai ’68 und fragen die Älteren, wie es damals war. Was der Mai ’68 und die aktuelle Situation gemeinsam haben, ist vor allem die Fähigkeit, die Perspektive einer anderen Gesellschaft, einer Alternative zum Kapitalismus, aufzuzeigen. Und in diesem Sinne knüpft der Kampf der jungen Menschen für die Zukunft an eine Bewusstseinsreifung an – nicht nur unter Minderheiten, sondern in der gesamten Arbeiterklasse –, was die Perspektive einer Konfrontation mit dem Kapitalismus betrifft.

Der gemeinsame Kampf mehrerer Generationen zeigt, dass wir von den Versprechungen der Bourgeoisie keine Besserung erwarten können. Die Angriffe auf unsere Lebensbedingungen sind global: Lohnerosion durch Inflation, Entlassungen, Kürzungen bei den Sozialleistungen, gesteigerte Arbeitsintensität und längere Arbeitszeiten, der fehlende Zugang zu menschenwürdigem Wohnraum sowie fehlende Zukunftsperspektiven für unsere Kinder. Der Kapitalismus versinkt in einer Spirale aus Krise, Krieg und ökologischen Katastrophen.

„Pas d’avenir, pas de calme“ (Keine Zukunft, kein Frieden)

Deshalb ist der Kampf der Jugend ein Vorbote für Massenkämpfe der Arbeiterklasse auf der ganzen Welt, insbesondere in den europäischen Ländern, wo die Arbeiter*innen die größte Erfahrung gesammelt haben. Der Kampf der Arbeiter*innen ist der einzige, der in der Lage ist, eine Alternative aufzuzeigen, echte Solidarität zu schmieden und zu demonstrieren, wie wahre Einheit aussehen kann.

Als im französischen Radio ein Historiker gefragt wurde, wann die aktuelle Studierendenbewegung enden würde, lautete seine Antwort: „Wenn sich junge Menschen in solch großem Umfang mobilisieren, verleihen sie dem eine Stimme, was unter der Oberfläche der Gesellschaft schlummert, und läuten weitere soziale Bewegungen ein.“

Genau das geschah im Mai ’68. Damals dauerte es jedoch fast ein Jahr, bis sich in den Nachbarländern Kämpfe entwickelten, wie es beim italienischen „Au-

tunno caldo“ (Heißer Herbst) von 1969 der Fall war. Heute hingegen entstehen Kämpfe gleichzeitig in verschiedenen Ländern.

Im Gegensatz zur falschen Wahl „Jeder für sich“ drückt sich die Reifung des Bewusstseins im Versuch aus, einen vereinten und bewussten Kampf aufzubauen.

Solidarität, Versammlungen und Ausweitung: die Kampfmethoden der Arbeiterklasse

Die jüngsten Kämpfe der Jugend in Europa haben sich von Anfang an auf die historischen Methoden des Kampfes der Arbeiterklasse gestützt und lassen die Auseinandersetzungen erahnen, die sich in künftigen Streiks entfalten werden.

In Frankreich sind Studierende aus Solidarität mit den Schüler*innen der Sekundarstufe in den Streik getreten; Dozent*innen haben eine Menschenkette gebildet, um Studierende vor polizeilicher Repression zu schützen; Familienangehörige und viele Arbeiter*innen haben an Massendemonstrationen teilgenommen, einige auch an den Versammlungen; in Spanien waren es die Schüler*innen, die ihre Solidarität mit den Lehrkräften zum Ausdruck gebracht haben; Studierende in Belgien, Italien und Griechenland haben sich zur Unterstützung des Kampfes in Frankreich mobilisiert. Diese Solidaritätsbekundungen, insbesondere auf internationaler Ebene, die auch im Airbus-Kampf in Spanien deutlich wurden, sind die Keime potenzieller künftiger internationaler Kämpfe – die die Bourgeoisie in einem solchen Maße fürchtet, dass sie in Belgien die Einreise „radikaler“ Elemente überwacht, die den „französischen Virus“ verbreiten könnten.

Der Kampf darum, dass Diskussionen und Entscheidungen innerhalb der Versammlungen stattfinden, ist von zentraler Bedeutung, um die Kontrolle über den Kampf zu erlangen. Versammlungen, die allen Arbeiter*innen und Branchen sowie Arbeitslosen und Rentner*innen offenstehen. Es ist eine Falle, Diskussionen zu ersticken und die Versammlungen in leere Hüllen zu verwandeln, die lediglich über Vorschläge der Gewerkschaften abstimmen. Die Versammlungen müssen die Probleme des Kampfes klären und entsprechende Entscheidungen treffen. Die Versammlungen in Paris und anderen Städten in ganz Frankreich haben die Bewegung am Laufen gehalten und versucht, sie auszuweiten. In den Versammlungen gab es lebhafte Diskussionen angesichts der Wahl zwischen fruchtlosen Zusammenstößen mit der Polizei (wie beim vorgetäuschten Radikalismus des Aufrufs, „Matignon“ – die Residenz des Premierministers – zu stürmen) oder der Entsendung von Delegationen zu den Beschäftigten, um diese aufzufordern, sich der Bewegung anzuschließen. Bei den großen Demonstrationen in Frankreich am 17. Oktober hatten wir ein deutliches Beispiel dafür, wie die Bourgeoisie eine massive Zurschaustellung von Staatsterror nutzt, um in Sackgassen führende Gewalttaten zu provozieren und so die Bewegung zu diskreditieren – unterstützt von den Massenmedien, die Brandstiftung und Plünderungen als das Wesentliche der Proteste darstellen.

Es gab auch wichtige Debatten über gewerkschaftliche Aufrufe zu Aktionstagen oder sogar Generalstreiks unter dem Deckmantel eines gemeinsamen Kampfes, die uns in Wirklichkeit isoliert halten – jeder und jede in seinem oder ihrem eigenen Sektor, mit seinen oder ihren spezifischen Forderungen, hinter dem Banner unseres Unternehmens oder unserer Gewerkschaft.

Eine echte Ausweitung beginnt, wenn die Versammlungen massive Delegationen an die Arbeitsstätten entsenden, um mit den Arbeiter*innen an jedem Standort zu diskutieren und sie in den Kampf einzubeziehen; wenn sie sich in gemeinsamen Versammlungen vereinen und gemeinsame Forderungen verteidigen; wenn sie die Kontrolle über ihre Entscheidungen behalten, indem sie sicherstellen, dass Komitees und Unterausschüsse gewählt werden und ihnen gegenüber rechenschaftspflichtig sind.

Bislang besteht die größte Schwierigkeit des Kampfes der Jugendlichen in Frankreich darin, dass sich der Kampf – trotz der weit verbreiteten Solidaritätsgefühle – im Gegensatz zum Mai ’68 oder zum Kampf gegen den CPE im Jahr 2006 nicht auf Betriebe und Fabriken ausgeweitet hat.

„Ce n’est qu’un début, le combat continue!“ (Das ist erst der Anfang, der Kampf geht weiter – Slogan aus dem Mai ’68)

Wenn sich der Kampf der proletarischen Jugend nicht auf die gesamte Arbeiterklasse ausweitet (was nicht ausgeschlossen werden kann), wird er zum Scheitern verurteilt sein. Doch die Bewegung der neuen Generation wird parallel zur Entwicklung von Kämpfen in der gesamten Arbeiterklasse weitergehen. Und er wird auch durch Versuche fortgesetzt werden – oft zunächst von Minderheiten –, über ihre Erfahrungen nachzudenken und Lehren zu ziehen. Aus unseren eigenen Kämpfen zu lernen, trägt nicht nur zur Stärke und zum Ausmaß künftiger Bewegungen bei, sondern ebnet auch den Weg zu einem offen politischen Kampf für die Zerschlagung des Kapitalismus und dessen Ersetzung durch eine wahrhaft kommunistische Gesellschaft auf weltweiter Ebene. Der Weg ist lang und mit Schwierigkeiten gepflastert, aber er ist der einzige, der der Menschheit eine Zukunft auf diesem Planeten sichern kann.

IKS, Oktober 2026

Genoss*innen der IKS haben sich aktiv an der Bewegung beteiligt. Ein bedeutendes Zeichen für die Reifung des Bewusstseins ist die Tatsache, dass eine Reihe unserer Anträge, die eine echte Ausweitung der Bewegung vorschlagen, von den Versammlungen angenommen wurden. Wir ermutigen alle, die über die Ideen in diesem Flugblatt nachdenken und diskutieren möchten, unsere Website (internationalism.org) zu besuchen und uns zu schreiben (international@internationalism.org)
Wir veranstalten öffentliche Treffen in mehreren Ländern und Sprachen, sowohl online als auch physisch, bei denen wir all diese Themen direkt diskutieren können. Schreibt uns für weitere Informationen.

Internationales Flugblatt

Der Kampf der Schüler*innen und Student*innen ist der Kampf der gesamten Arbeiterklasse!

Von Nepal bis Marokko, von Madagaskar bis Peru – die „Generation Z“ geht auf die Straße. Überall eine Generation, die sich Sorgen um ihre Zukunft macht. Überall die gleiche Weigerung, Angriffe schweigend hinzunehmen. Jetzt erhebt sich die Jugend in Frankreich.

Alles begann am 17. September an einem Gymnasium in Créteil im Departement Val-de-Marne. Innerhalb einer Woche griff die Bewegung auf die Gymnasien im ganzen Land über. Die Empörung ist riesig: „Wir sind 34 Schüler in der Klasse, manchmal haben wir nicht einmal Stühle“; „Letztes Jahr ist mitten im Englischunterricht ein Stück der Decke auf uns gefallen. Manchmal regnet es in die Klassenzimmer hinein“. Keine Lehrpersonen, baufällige Gebäude, die ständige Angst vor der Schikane durch Parcoursup[1] und eine immense Sorge um die Zukunft und die prekäre Lage, die alle jungen Menschen nach ihrem Studium erwartet: „Jeden Tag werden Polizisten zu uns geschickt, aber Lösungen werden uns nie angeboten!“

Auf die Empörung antwortet der Polizeiknüppel!

Auf die berechtigten Forderungen der Schüler*innen und Student*innen reagiert der Staat mit massiver Repression. Tränengas, LBD-Schüsse, Festhalten am Boden, Würgegriffe, Verhaftungen ... In Saint-Ouen-l’Aumône schießt ein Polizist aus nächster Nähe mit einem Granatwerfer einem Gymnasiasten ins Gesicht und schlägt ihm alle oberen Zähne aus. In Tours wird ein Jugendlicher schwer am Auge verletzt. Gymnasiast*innen verbringen 24 Stunden in Untersuchungshaft, werden misshandelt und gedemütigt, bevor sie vor Gericht gestellt werden. Am 1. Oktober, an einem einzigen Tag, gab es fast 2.000 Festnahmen! Seit Beginn der Bewegung wurden bereits 65 Lehrer und 170 Schüler verletzt. Der finstere französische Innenminister Nuñez macht daraus nicht einmal ein Hehl: „Der verhältnismäßige Einsatz von Gewalt darf niemals das Handeln zur Wiederherstellung der Ordnung behindern“. Was für eine Heuchelei! Wie kann man nicht empört sein, wenn man sieht, wie Polizeischläger 14- oder 15-Jährige verprügeln?

Um diese abscheuliche Repression zu rechtfertigen, nutzt die Regierung jeden brennenden Mülleimer, jeden Vorfall, der ausgiebig auf den Fernsehbildschirmen verbreitet wird. Das Ziel ist klar: die Bewegung in Verruf zu bringen, die kämpfenden Jugendlichen und diejenigen, die sich dem Kampf anschließen möchten, zu terrorisieren, den Eltern Angst einzujagen und die Jugendlichen von den anderen Generationen abzuschotten.

Die mit Schlagstöcken geschlagenen Schüler*innen sind Kinder von Büroangestellten, Pflegekräften, Arbeitslosen, Verkäufern, Fabrikarbeiterinnen, Lieferanten, Lehrerinnen und Kassierern... Kurz gesagt: Kinder der Arbeiterklasse. Angesichts der Repression muss unsere gesamte Klasse solidarisch sein! Keine platonische Solidarität mit leeren Worten oder parlamentarischen Petitionen. Solidarität im gemeinsamen Kampf! Die Studierenden gehen mit gutem Beispiel voran: In Lyon haben sie sich der Bewegung angeschlossen - „In Solidarität mit den unterdrückten Gymnasiast*innen“. Am Lycée Paul-Éluard in Saint-Denis haben Lehrer eine Kette gebildet, um die Schüler*innen vor der Polizei zu schützen. Doch der beste Weg, die Schüler*innen vor der Polizeigewalt zu schützen, ist, die Bewegung zu stärken und auszuweiten!

Tappen wir aber auch nicht in die Falle zielloser Gewalt! Man kann die Wut derer nur zu gut verstehen, die es nicht mehr ertragen können, verachtet zu werden. Aber brennende Mülltonnen und mit Steinen beworfene Lehrkräfte stören die Regierung nicht. Das kommt ihr sogar gelegen! Es dient ihr als Vorwand, hart durchzugreifen. Es schreckt diejenigen ab, die sich der Bewegung anschließen könnten. Es lässt unsere Forderungen in den Hintergrund treten. Die Stärke einer Bewegung liegt nicht in der Zerstörung. Sie liegt in der Anzahl, der Einheit, der Diskussion und der Solidarität. Es bedeutet, gemeinsam in Versammlungen zu entscheiden und zu überlegen, welche Aktionen durchgeführt werden sollen.

Die kämpfende Jugend ist die Arbeiterklasse von morgen!

Was die Schüler*innen und Studierenden heute anprangern, erlebt die gesamte Arbeiterklasse: Personalmangel, ein Alltag, der sich von Jahr zu Jahr verschlechtert, vernachlässigte öffentliche Dienste. Die Schüler*innen prangern auch den Stellenabbau im Bildungswesen an, die Arbeitsbedingungen ihrer Lehrer*innen und der Begleiter*innen beeinträchtigter Jugendlicher: „Wir sind auch hier, um die Lehrer zu unterstützen, die schlecht bezahlt werden, überfüllte Klassen haben und zu wenige Arbeitsplätze“; „Bezahlt diejenigen, die uns das Lesen beibringen!“

Das Studium wird immer teurer. Laut der FAGE (einer von Studierenden gegründeten Organisation) kostet das Studienjahr 2026 für einen Studierenden durchschnittlich 3240 Euro – ein Rekord! Die Regierung wollte sogar Einschreibegebühren für BTS-Studiengänge (Brevet de Téchnicien Supérieur) und Vorbereitungsklassen einführen. Angesichts der Mobilisierung machte sie jetzt einen Rückzieher. Das ist der Beweis, dass sich der Kampf lohnt. Aber es ist nur ein Krümel, um die Empörung zu besänftigen. Parcoursup, Mon Master und das gesamte Schulsystem sortieren die Jugendlichen aus, um sie zu Arbeitskräften für die Arbeitgeber zu machen. Und am Ende? Mehr als jeder fünfte junge Erwerbstätige ist arbeitslos. Viele andere reihen Praktika, befristete Arbeitsverträge, Zeitarbeit und Gelegenheitsjobs aneinander. Prekarität ist zur Regel geworden.

Die Regierung behauptet, es gebe kein Geld. Im Haushalt 2027 sollen 1588 Lehrerstellen gestrichen werden. Nichts für die Renovierung der Schulen nach einem entsetzlichen Sommer. Immer mehr Selektivität beim Zugang zur Uni. Diese Regierung der Ausbeuter will sogar die Ein-Euro-Mahlzeit der CROUS (Schüler*innen mit einkommensschwachen Eltern) abschaffen! Aber sie findet 6,4 Milliarden für die Armee. „An der Jugend spart man nicht“, wagt der Bildungsminister zu sagen. Doch, man spart an der Schule, um Waffen zu bezahlen! Wie es auf einem Plakat in Créteil hieß: „Sie geben 6 Milliarden für das Militär, aber keinen Cent für die Gymnasien!“.

[1] Parcoursup ist ein absolut ermüdendes, kompliziertes, langwieriges und undurchsichtiger Verfahren zur Einschreibung in Studiengänge, welches die bereits existierenden sozialen und kulturellen Ungleichheiten noch verstärkt.

Überall die gleiche Unzufriedenheit

Diese Forderungen sprechen alle an. Deshalb ist die Bewegung so massiv. Am 1. Oktober waren 1020 Gymnasien und 30 Universitäten mobilisiert. Die Empörung erfasst die großen Städte: Marseille, Lyon, Lille, Rennes … Aber auch kleine Städte wie Felletin in der Creuse oder Tulle in der Corrèze. Und natürlich ist dieser Unmut überall zu spüren, in allen Bereichen. Am 29. September streikten die öffentlichen Angestgellten für bessere Löhne: Lehrpersonal, Pflegekräfte, Steuerbeamte oder Mitarbeiterinnen von „France Travail“. Bei der RATP (Pariser Nahverkehrsnetz) begann am 28. September ein unbefristeter Streik für bessere Löhne. Am 15. September streikten fast 60 % der Mitarbeiter beim Energieunternehmen EDF – eine „historische“ Quote. Bei TotalEnergies ist für den 8. Oktober ein Streik angekündigt. Im Bildungswesen gibt es Streikaufrufe für den 6. Oktober, gemeinsam mit den Gymnasiast*innen. Überall steigen die Preise, die Löhne halten nicht Schritt, die Arbeitsbedingungen verschlechtern sich.

Diese Unzufriedenheit macht nicht an den Grenzen Halt. In Spanien haben 14.000 Airbus-Beschäftigte gerade einen dreimonatigen Kampf um ihre Löhne geführt und ihre Entscheidungen in Massenversammlungen getroffen. In Belgien haben am 1. Oktober Schüler*innen aus der Region Lüttich ihre Schulen blockiert: „Wir sind vor allem für unsere Lehrer da, die von diesen Maßnahmen angegriffen werden“. In Deutschland streikten am 25. September Zehntausende Schüler*innen in rund hundert Städten gegen die Wiedereinführung der Wehrpflicht. Überall gilt dieselbe Logik: Für die Krise und den Krieg müssen die Beschäftigten und ihre Kinder bezahlen!

Welche Perspektive? – Die Lehren aus der Bewegung gegen das CPE 2006

Die Regierung setzt auf Angst und Spaltung. Wie kann man sie zum Einlenken bringen? Vor zwanzig Jahren hat eine andere Generation den Weg gewiesen. „Was heute passiert, erinnert mich an die Schülerbewegung gegen den CPE“, sagte ein Lehrer in Seine-Saint-Denis. Im Jahr 2006 zwang der Kampf gegen den CPE (Contract Première Ebauche) – ein Vertrag, der es ermöglichte, junge Arbeiter*innen wie Wegwerfartikel zu entlassen, weil sie im ersten Jahr nach dem Studium keine festen Arbeitsverträge erhalten sollten – die Regierung zum Einlenken. Diese Bewegung von 2006 birgt viele Lehren.

Erstens hatten die Jugendlichen ihren Kampf selbst in die Hand genommen. Ihre Vollversammlungen waren echte Orte der Debatte und der Entscheidungsfindung. Dort wurde per Handzeichen abgestimmt. Dort wurden Delegierte gewählt, die anschliessend Rechenschaft ablegten und jederzeit abberufen werden konnten. Diese Vollversammlungen standen allen offen: Beschäftigten, Arbeitslosen, Rentner*innen, Eltern. Die Jugendlichen ließen nicht zu, dass die Gewerkschaften an ihrer Stelle entschieden.

Zweitens hatten sie begriffen, dass sie isoliert verlieren würden. „Wenn wir isoliert bleiben, werden wir regelrecht verschlungen“, sagten die Studierenden. Die Vollversammlungen entsandten daher Delegationen in die Unternehmen. Sie riefen dazu auf, am Samstag zu demonstrieren, damit die Beschäftigten teilnehmen konnten. Und Beschäftigte, Arbeitslose und Rentnerinnen und Rentner kamen, immer zahlreicher, zu Millionen auf die Straße.

Angesichts der Provokationen durch die Polizei weigerten sich die Vollversammlungen, mit zielloser Gewalt zu reagieren, die die Bewegung gespalten und die Solidarität verhindert hätte. Die Regierung wich nicht wegen einiger zerbrochener Schaufenster zurück. Sie wich zurück, weil sich der Kampf aktiv auf die gesamte Arbeiterklasse ausweitete. Und weil die Debatten und Entscheidungen in den Vollversammlungen die Triebkraft dieser Ausweitung waren.

Diesen Weg müssen wir heute wieder einschlagen. Im Val-d’Oise versammelten sich Schüler*innen und Lehrkräfte zu einer Versammlung, bevor sie am 29. September gemeinsam demonstrierten: „Es tut uns gut zu wissen, dass wir uns zusammenschließen können, und noch mehr, wenn wir sehen, dass einige Lehrkräfte da sind, um uns zu verteidigen“. Das ist ein Anfang. Überall müssen Vollversammlungen abgehalten werden, die allen offen stehen (Gymnasiast*innen, Student*innen, Beschäftigten, Arbeitslosen, Rentner*innen), in denen diskutiert und entschieden wird. Wir müssen massiv auf die Beschäftigten in den Unternehmen, Krankenhäusern und Fabriken sowie auf die Gymnasiast*innen in der Nachbarschaft zugehen. Wir müssen die Fallen der Gewalt und der Spaltung ablehnen. Wir dürfen die Empörung nicht zerstreuen, indem jeder in seiner Ecke bleibt, mit seinem Aktionstag, eingeschlossen in seinem Sektor. Eine einzige einheitliche Parole: Nein zur Prekarität! Überall, in allen Sektoren! In den Schulen wie in den Krankenhäusern, in den Büros wie in den Fabriken!

Nach 2006 geriet die Bewegung gegen den CPE in Vergessenheit. Diesmal dürfen wir das nicht zulassen. Wir müssen diskutieren, Lehren ziehen, den Kontakt aufrechterhalten, auch wenn der Kampf einmal endet. Denn die Angriffe werden nicht aufhören. Der Kapitalismus in der Krise hat der Jugend nichts anderes zu bieten als Prekarität, Krieg und die Zerstörung des Planeten. Unsere einzige Stärke ist unsere Einheit, über Sektoren, Generationen und Grenzen hinweg.

SCHÜLER*INNEN, STUDIERENDE, BESCHÄFTIGTE, ARBEITSLOSE, RENTNER*INNEN: DERSELBE KAMPF!

IKS, 2. Oktober 2026

Öffentliche Veranstaltungen der IKS

Was sich in Frankreich an den Schulen und auf der Straße tut und sich teilweise auf andere Länder ausgeweitet hat, spiegelt den Kampf des Proletariats mit seinen charakteristischen Inhalten und Mitteln wider: Widerstand gegen die unzumutbaren Bedingungen im Kapitalismus, Solidarität, offene Vollversammlungen, Diskussion zur Klärung, Ausweitung des Kampfes.

Wir organisieren dazu öffentliche Online-Diskussionsveranstaltungen in verschiedenen Sprachen.

Schaut auf unserer Webseite. Wer teilnehmen möchte, schreibt bitte an:

deutsch@internationalism.org

Repression gegen Schüler*innen

Das wahre Gesicht des kapitalistischen Staates ist das des Terrors!

Einschüchterung, Unterdrückung und Terror! So lautet die Antwort des bürgerlichen Staates auf die immense Wut der kämpfenden jungen Gymnasiast*innen und der mit ihnen solidarischen Studierenden. Da es ihnen verboten ist, Schultore zu blockieren und in der Nähe ihrer Schulen zu demonstrieren, werden die Jugendlichen von Polizeikräften, die das Gebiet besetzen und mit extremer Brutalität reagieren, in die Konfrontation getrieben. Angesichts von Lehrkräften, die empört und ebenso verzweifelt über den Mangel an Ressourcen und die Sparmaßnahmen sind, zeigt das Ministerium dieselbe Verachtung, schwadroniert denselben alten Unsinn und schickt seine Polizei, um den geringsten Ausdruck von Unzufriedenheit zu unterdrücken.

Die Bourgeoisie zeigt ihr wahres Gesicht

Seit den ersten Blockaden hat die Polizei vor allem Schüler im Visier – Kinder, die kaum fünfzehn Jahre alt sind. Pferde, ausgebildete Hunde, gewaltsame Vorstöße, Tränengas und Flash-Balls: Jedes Mittel wird eingesetzt, um die Jugend zu unterwerfen und die bürgerliche Ordnung eifrig aufrechtzuerhalten. In den Medien stellt die Bourgeoisie ihre zukünftige Arbeiterklasse – die um ihre Zukunft besorgt ist – als eine Horde von Wilden dar, um diesen unerträglichen Ausbruch von Gewalt zu legitimieren. Die Folgen sind verheerend. In Tours verlor ein junger Mann einseitig das Augenlicht. In Alençon wurde eine Schülerin gewürgt. In Asnières wurden Schüler des Lycée Renoir nach vierundzwanzig Stunden Polizeigewahrsam vor das Gericht in Nanterre gestellt. In Saint-Denis mussten Lehrer eine Menschenkette bilden, um ihre Schüler*innen vor Polizeibrutalität zu schützen. Landesweit gab es bis zum 1. Oktober mehr als 170 verletzte Jugendliche und fast 2.000 Festnahmen!

Man kann nicht behaupten, dass Macrons Präsidentschaft durch Feingefühl bei der „Aufrechterhaltung der Ordnung“ geglänzt hätte. Nach dem brutalen Vorgehen gegen die klassenübergreifende „Gelbwesten“-Bewegung hat die Polizei unglaubliche Gewalt gegen Umweltbewegungen (insbesondere während der Proteste gegen die Mega-Stauseen in Sainte-Soline im Departement Deux-Sèvres im März 2023), gegen die nationalistische Bewegung in Neukaledonien, gegen die Unruhen in den Vororten und während der verabscheuungswürdigen Anti-Migranten-Einsätze in Mayotte an den Tag gelegt.

Doch diese Brutalität ist keineswegs ein neues Phänomen, und die Bourgeoisie hat in Frankreich wie auch anderswo ihre gewalttätigsten Schläge stets ihrem wahren Klassenfeind, dem Proletariat, vorbehalten. Die herrschende Klasse ist stets bereit, diejenigen, die sie ausbeutet oder in Zukunft ausbeuten will, mit äußerster Grausamkeit zu unterdrücken.

Die französische Bourgeoisie hat eine lange Tradition der Repression gegen die Arbeiterklasse. So setzte beispielsweise 1947 Jules Mochle, ein „sozialistisches“ Mitglied der Résistance, die CRS und die Armee gegen die „aufständischen“ Streiks bei Renault ein, vor dem Hintergrund von Lebensmittelknappheit und galoppierender Inflation. Im folgenden Jahr wurde der Bergarbeiterstreik noch härter niedergeschlagen: Die Armee besetzte die Bergwerke, mehrere Bergarbeiter wurden getötet, und Tausende wurden verhaftet und entlassen. 1979 rannten in Longwy und Denain die Bereitschaftspolizisten Amok: Sie verletzten zahlreiche Stahlarbeiter sowie Kinder schwer. Ein junger Mann wurde mit dem Gewehrkolben geschlagen. Einem Arbeiter wurde durch eine Granate die Hand abgerissen. 1986 kam es im Rahmen der Bewegung gegen das Devaquet-Gesetz zur Rückkehr der berüchtigten „Voltigeurs“. Malik Oussekine starb unter ihren Schlägen. Im Jahr 2016, während der „Nuit Debout“-Bewegung, kesselte die Polizei zahlreiche Demonstrierende ein und verletzte viele. Seitdem sind die Maßnahmen zur „Aufrechterhaltung von Recht und Ordnung“ bei sozialen Bewegungen nur noch härter geworden.

Die Geschichte lehrt uns, dass selbst die größten Demokratien nicht zögern, die abscheulichsten Verbrechen zu begehen, um ihre Privilegien zu bewahren und den Aufstand der Ausgebeuteten zum Schweigen zu bringen.

So war es 1871, als die revolutionären Arbeiter der Pariser Kommune kaltblütig an der Mauer des Friedhofs Père-Lachaise hingerichtet wurden. So war es erneut während der internationalen revolutionären Welle nach dem Ersten Weltkrieg: In Deutschland massakrierten die Sozialdemokraten Arbeiter*innen während des Berliner Aufstands im Januar 1919 und ermordeten einige der einflussreichsten Revolutionäre wie Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht. Keine Methode war zu barbarisch: die Luftangriffe auf Arbeiterviertel, das Massaker am Proletariat mit Maschinengewehrfeuer …

Indem die Macron-Regierung heute hart gegen junge Menschen vorgeht und ihre Polizei, die lautstark das Recht fordert, noch härtere Schläge auszuteilen, von ganzem Herzen bejubelt, offenbart sie nicht nur ihre Dummheit und Grausamkeit: Sie enthüllt das wahre Gesicht der Bourgeoisie, einer Klasse, die zu den schlimmsten Taten fähig ist, um die kapitalistische Ausbeutung aufrechtzuerhalten. Und je mehr sich die Krise und die Armut verschärfen, desto mehr wird die herrschende Klasse auf Gewalt zurückgreifen müssen – mit immer abwegigeren „Rechtfertigungen“ –, um ihre Angriffe durchzusetzen und morgen auf all jene einzuschlagen, die das kapitalistische System in Frage stellen.

Die Falle sinnloser Gewalt

Derzeit schürt das dumme und brutale Vorgehen gegen die Bewegung der Gymnasiast*innen nur die ohnehin schon wachsende Wut. Diese Repression nährt die Unzufriedenheit und empört einen großen Teil der Arbeiterklasse. Wie die Schüler*innen und Studierenden verurteilen und lehnen auch die Arbeiter*innen (die zugleich besorgte Eltern sind) die Instrumentalisierung der von „Randalierern“ ausgeübten Gewalt ab, die die bürgerliche Propaganda anheizt und ihr einen Vorwand liefert, um ihre Übergriffe zu rechtfertigen. Im Namen der „städtischen Gewalt“ – indem er aus einem ausgebrannten Feuerwehrauto in Marseille, einer in Brand gesetzten Schule in Nantes oder Angriffen auf Lehrer eine große Sache macht – verbreitet der Staat seine Propaganda und versucht, die Brutalität seiner Ordnungskräfte zu legitimieren.

Sinnlose Zusammenstöße mit der Polizei und Vandalismus dienen lediglich als Ventil für Frustration und vor allem als Argumente, um die Repression bes-

ser zu rechtfertigen. Wahre Kampfmethoden basieren hingegen auf Solidarität und bewusstem kollektivem Handeln. Wir müssen zu Kampfmethoden zurückkehren, die es uns ermöglichen, eine geeinte Dynamik aufzubauen: die Kontrolle über den Kampf durch souveräne und offene Vollversammlungen zu übernehmen, um die Bewegung auf andere Arbeiter*innen auszuweiten, sie zu vereinen und ein echtes Kräfteverhältnis zu schaffen. In dieser Hinsicht muss der Streik der Airbus-Beschäftigten in Spanien als Inspirationsquelle dienen, so wie es vor zwanzig Jahren die erfolgreiche Bewegung der Studierenden gegen den CPE tat: Durch ihre Solidarität und ihre Kampfmethoden gelang es ihnen, die damalige Regierung zum Einlenken zu zwingen.

Heute wächst die Wut, und die Gründe für den Kampf sind überall dieselben: Mangel an Ressourcen, Sparmaßnahmen und Inflation im Zusammenhang mit Krieg und explodierenden Militärausgaben. Auch in Spanien streiken junge Menschen. In Deutschland sind sie in Aufruhr wegen der Reform des Wehrdienstes, dem ersten Schritt zur Wiedereinführung der Wehrpflicht. Von Land zu Land gibt es unzählige Gründe zu kämpfen, und überall wird jungen Menschen die Zukunft genommen …

Angesichts der Barbarei des Kapitalismus und seiner Repressionskräfte ist der einzige Ausweg der internationale, vereinte Kampf – so massiv und bewusst wie möglich!

WH, 1. Oktober 2026

Aufruf an die Bewegung der Schüler*innen und Studierenden in ganz Frankreich

1. Die aktuelle soziale Bewegung ist von weltweiter und historischer Bedeutung. Die „Generation Z“ zeigt, dass sie die Zukunft aus Elend und Krieg ablehnt, die der Kapitalismus der gesamten Menschheit verspricht. Diese Bewegung in Frankreich ist international zu einem „Vorbild“ geworden: in Belgien, Deutschland, Italien, Spanien, Griechenland und Chile. Innerhalb weniger Tage erreichen uns (über die sozialen Netzwerke) aus allen Ländern Europas Solidaritätsbekundungen mit den Schüler*innen, die der brutalen Repression des Polizeistaats ausgesetzt sind – einer Repression „ohne Zurückhaltung“ (wie es der Innenminister Laurent Nuñez formulierte). All diese Botschaften bekräftigen: „Euer Kampf ist unser aller Kampf! Überall stehen wir vor denselben Problemen!“

2. An den Universitäten haben zahlreiche Vollversammlungen beschlossen, Flugblätter an Bahnhöfen und anderen Arbeitsstätten zu verteilen, um alle Beschäftigten dazu aufzurufen, sich dieser Bewegung anzuschließen. Eine Bewegung, die sich nicht ausweitet, ist eine Bewegung, die stirbt! Wenn der Mai ’68 Geschichte geschrieben hat, dann deshalb, weil nach den Studierenden auch die Arbeiter*innen in den Kampf eingetreten sind. Der Mai ’68, das waren 10 Millionen Streikende.

3. Alle unsere Aktionen müssen daher auf die Ausweitung der Bewegung abzielen. Ermöglicht der Aufruf, am 13. Oktober zu marschieren und Matignon zu „erobern“, diese Dynamik zu entwickeln? Nein. Alle Repressionskräfte werden eingesetzt werden, um den Regierungssitz abzuriegeln, einzukreisen, zu schützen. Das ist eine Falle, eine Sackgasse, eine Mausefalle. Wäre es nicht wirksamer, massiv in Richtung der Arbeiter*innen-Zentren zu gehen, um die Bewegung auszuweiten? Um immer zahlreicher zu werden? Um immer mehr Sektoren davon zu überzeugen, dass dieser Kampf der Kampf der gesamten Arbeiterklasse ist? Schüler*innen, Studierende, Beschäftigte, Arbeitslose, Rentner*innen – vereint in einem gemeinsamen Kampf! Das ist möglich! Es liegt an uns, dies zu verwirklichen.

4. Um all diese Entscheidungen zu treffen, um gemeinsam über die wirksamsten Kampfmethoden nachzudenken, müssen wir unsere für alle offenen Vollversammlungen verteidigen: für Studierende, Arbeitslose, prekär Beschäftigte, aktive Beschäftigte oder Rentner*innen, aus dem öffentlichen und privaten Sektor. Autonome und gut organisierte Vollversammlungen, die abstimmen und Mandate erteilen. Versammlungen, die in der Lage sind, sich mit anderen Versammlungen zu verbünden und zahlreiche Delegationen zu den nächstgelegenen Arbeitsstätten zu entsenden, um die Beschäftigten davon zu überzeugen, sich dieser Bewegung anzuschließen. Im Jahr 2006, während des Kampfes gegen den „Erstanstellungsvertrag“ (CPE), der die prekäre Lage junger Arbeiter*innen verschärfte, waren diese Versammlungen die „Lunge der Bewegung“ gewesen. Und diese ganze Dynamik der Ausweitung hatte die Regierung gezwungen, ihr Gesetz zurückzuziehen. Heute können wir noch weiter gehen!

DIE ZUKUNFT GEHÖRT DEM KLASSENKAMPF!

IKS, 10. Oktober 2026

Flugblatt

Am Scheideweg

Seit zwei Wochen lautet bei den Vollversammlungen und an den Blockaden die Parole der Schüler*innen- und Studierenden-Bewegung: „Durchhalten bis zum 17. Oktober“. In der Hoffnung, dass sich uns Beschäftigte, Landwirte, die Gelbwesten, Arbeitslose, RentnerInnen … anschließen. Nun ist es soweit. Wie viele von uns sind heute also in Frankreich auf den Straßen? 500.000? 1 Million? Diese Zahl kann uns ein Gefühl der Stärke vermitteln und uns glauben lassen, dass die Dynamik in Richtung immer mehr mobilisierter Demonstrierender geht. Doch gerade in solchen Momenten ist es unerlässlich, gemeinsam nachzudenken und zu diskutieren. Denn die Fallen, in die unsere Bewegung tappen kann, beginnen sich bereits zu öffnen.

1. Die Bewegung der Gymnasiast*innen begann am 17. September am Lycée Saint-Exupéry in Créteil. Sehr schnell breitete sie sich auf die Schulen

im Großraum Paris und dann auf ganz Frankreich aus. Als Reaktion darauf hat der Staat eine brutale Repression entfesselt, mit Tränengas, Schlägen und Inhaftierungen. Aus Solidarität schlossen sich die Studierenden dem Kampf an.

2. Seit zwei Wochen finden an fast allen Universitäten täglich Vollversammlungen statt. Die Debatten dort sind lebhaft. Im Bewusstsein, dass „eine Bewegung, die sich nicht ausbreitet, eine Bewegung ist, die stirbt“, haben sehr viele Versammlungen beschlossen, Flugblätter an Bahnhöfen und Arbeitsstätten zu verteilen, um alle Arbeiter*innen dazu aufzurufen, sich dieser Bewegung anzuschließen. „Wir rufen die Beschäftigten dazu auf, sich an ihren Arbeitsstätten in Vollversammlungen selbst zu organisieren, um gemeinsam über ihre Forderungen und Aktionen zu entscheiden. Lasst uns diese Vollversammlungen der Beschäftigten mit denen der Schüler*innen und Studierenden zusammenführen, um gemeinsam über das weitere Vorgehen der Mobilisierung zu entscheiden [...]. Wir alle leiden unter Sparmaßnahmen, hohen Lebenshaltungskosten und prekären Lebensverhältnissen“ (Flugblatt, das von Studierenden an der Gare du Nord und der Gare de Lyon in Paris verteilt wurde).

3. Diese Ausweitung der Bewegung führte zu massiven Demonstrationen. Am 29. September sowie am 6., 8. und 13. Oktober waren die Demonstrationszüge jedes Mal dicht gedrängt, getragen von einem starken Geist der Solidarität und dem Willen, gemeinsam zu kämpfen. Da kam allen die Erinnerung an die Bewegung vom Mai 68 auf. Das Transparent *Die Generation 6-7 macht 68 wieder* tauchte überall auf. Und es stimmt, dass die aktuelle soziale Bewegung von weltweiter und historischer Bedeutung ist. Die Bewegung in Frankreich ist international zu einem „Maßstab“ geworden: in Belgien, Deutschland, Italien, Spanien, Griechenland und Chile. In den letzten Tagen kamen aus allen Ländern Europas (über die sozialen Netzwerke) Solidaritätsbekundungen mit den Schüler*innen: „Euer Kampf ist unser aller Kampf! Überall stehen wir vor denselben Problemen!“

4. Doch wenn der Mai ’68 Geschichte geschrieben hat, dann vor allem deshalb, weil nach den Studierenden auch die Arbeiter*innen sehr massiv in den Kampf eingetreten sind. Der Mai ’68, das waren 10 Millionen Streikende.

Und genau diese sehr hohe Hürde schafft es die Bewegung derzeit nicht zu nehmen: einen großen Teil der Arbeiterklasse in den Streik und in den Kampf mitzureißen. Deshalb glauben wir, dass die Bewegung heute am Scheideweg steht. Angesichts der Erschöpfung der Gymnasiast*innen, die seit einem Monat an den Blockaden beteiligt sind, und angesichts der Schwierigkeiten der studentischen Vollversammlungen, die Beschäftigten mitzureißen, wächst die Gefahr zunehmend, dass ein ganzer Teil der Bewegung in die Falle von Minderheits- und Spektakelaktionen tappt: den Konflikt mit der Polizei zu suchen, diesen oder jenen symbolischen Ort der Macht zu erobern. „Am 13. Oktober nehmen wir Matignon ein“, hatten einige bereits in der Vollversammlung gefordert, was dazu geführt hätte, dass Hunderte von Jugendlichen von den Polizeischlägern niedergemetzelt worden wären. Es gibt keine Abkürzung. Der einzige Weg, die Bewegung weiter zu stärken, besteht darin, zu versuchen, den Kampf auf alle Sektoren auszuweiten. Flugblätter an Bahnhöfen verteilen. Massenhaft vor die Tore der Fabriken und an alle Orte gehen, an denen sich die Arbeiter*innen sammeln.

5. Um den Kurs zu halten, müssen wir, wie schon beim Kampf gegen das CPE-Gesetz im Jahr 2006, unsere für alle offenen Vollversammlungen verteidigen: Studierende, Arbeitslose, prekär Beschäftigte, Beschäftigte oder Rentner*innen, aus dem öffentlichen und privaten Sektor. Autonome und gut organisierte Vollversammlungen, die abstimmen und Mandate erteilen. In den letzten Tagen neigen immer mehr Vollversammlungen dazu, sich auf spezifische Parolen für Schüler*innen und Studierende zu beschränken, auf bestimmte Fragen bezüglich ihrer Schule oder ihrer Universität, und sich auf Blockaden und Besetzungen zu konzentrieren, auf Kosten der Begegnung und der Ausweitung. Diese Dynamik ist gefährlich.

6. Nicht in die Falle von Gewalt und Verrohung tappen; auf die unvermeidlichen Provokationen der Polizei nicht eingehen; das bewahren, was die Stärke unserer Bewegung ausmacht (ihre Solidarität, ihre Vollversammlungen, ihren Willen, die gesamte Klasse zu vereinen) – das ist entscheidend für unsere Bewegung und die kommenden Kämpfe. Denn dieser Kampf kündigt weitere an! Das soziale Klima hat sich weltweit gerade verändert. Die in prekäre Verhältnisse gedrängte „Generation Z“ und mit ihr die gesamte Arbeiterklasse bekräftigen immer deutlicher, dass sie die Zukunft aus Krieg und Elend ablehnen, die der Kapitalismus uns allen bringt.

DIE ZUKUNFT GEHÖRT DEM KLASSENKAMPF!

IKS, 14. Oktober 2026

Die Frage der Gewalt

Seit einem Monat überschütten uns der Staat und seine ihm hörigen Medien mit Falschinformationen, Lügen und Auslassungen, um ihre Politik der Unterdrückung besser zu rechtfertigen. Unzählige Reden und Bilder sollen verdeutlichen, wie scheußlich diese Bewegung sei, die angeblich nur aus Chaos und Zerstörung bestehe. Also muss hart durchgegriffen werden, im wörtlichen wie im übertragenen Sinne, damit jede*r wieder seinen oder ihren Platz in den Reihen der ausgebeuteten Klasse einnimmt.

Die Studierenden und Schüler*innen hingegen fordern mit Nachdruck und durch kritisches Nachdenken lediglich angemessene Lernbedingungen und eine würdige Zukunft für alle – und genau das wird als unüberlegtes Handeln bezeichnet!

Der Terror des Staates

Diese Gewalt erleben wir am eigenen Leib. Sei es vor Ort, bei den Demonstrationen oder durch Berichte und Videos in den sozialen Netzwerken. Diese abgerissene Hand, diese Wasserwerferattacken und die Atemnot, diese Würgegriffe, diese abgestimmten Angriffe mit Tränengas, diese mit Schlagstöcken verwundeten Köpfe und die Schädelverletzungen, diese beschädigten oder gar verlorenen Augen, diese gebrochenen Finger, diese zahlreichen Einschüsse im Körper durch Splitter von Blendgranaten, diese Erstickungsanfälle, diese Verluste des Bewusstseins, diese Aufschreie des Unverständnisses über deren Vorgehen, deren widerlichen und schmutzigen Beleidigungen, deren Einschüchterungen, deren Festnahmen, deren Rammfahrzeuge, deren Provokationen ... all das hat jede*r von uns miterlebt und mitgefühlt; steckt ein wenig in

jedem von uns. Deshalb schreien wir. Wir schreien vor Schmerz, wir erstarren vor Entsetzen, wir können nur kotzen vor Wut angesichts all dieser scheußlichen, ungerechten und unbeschreiblichen Taten!

Und das beschränkt sich nicht auf die Straße, sondern setzt sich auf den Polizeiposten und in den Gerichten fort, wo die Jugendlichen stundenlang in Polizeigewahrsam oder in Arrestzellen festgehalten werden, manchmal unter unwürdigen Bedingungen wie am Gericht von Bobigny. Es handelt sich überwiegend um Kinder und Jugendliche ohne Vorstrafen, deren einziges Vergehen darin besteht, sich für das Recht auf eine Zukunft zu versammeln. Es folgt ein Schnellverfahren nach dem anderen – eine Farce der Justiz, die den Anordnungen für ein „hartes" Vorgehen eines Innenministers folgt, der nichts anderes zu tun weiß, als mit der Faust zuzuschlagen. Und in unseren Köpfen taucht eine Frage auf: Aber warum? Warum führt die Forderung nach Lehrkräften zu solch einer Unterdrückung? Inwiefern verdient die Forderung nach einer Zukunft es, Kinder und Eltern in Angst und Schrecken zu versetzen?

Warum?

- Weil der Kapitalismus in einer Sackgasse steckt. Nach Jahrzehnten der Krise hat der Staat keinen Spielraum mehr: Jeder Euro, der für Schule, Universität oder Gesundheit ausgegeben wird, ist ein Euro, der fehlt, um die Wettbewerbsfähigkeit der nationalen Wirtschaft zu sichern und den Krieg und seine Waffen zu finanzieren. Überfüllte Klassen, nicht neu besetzte Stellen und baufällige Hochschulen sind keine Verwaltungsfehler. Sie sind das Ergebnis eines Systems, das der Jugend nichts mehr zu bieten hat als eine Zukunft in prekären Verhältnissen.

- Weil die Studierenden unablässig danach streben, ihre Vollversammlungen selbst in die Hand zu nehmen und die Bewegung auf die Arbeiter*innen auszuweiten. Weil die Studierendenbewegung den Keim für tiefgreifendere Reflexionen innerhalb der Arbeiterklasse in sich trägt – und das kann der Staat nicht dulden. Um also jegliche Ausbreitung des Nachdenkens und des Bewusstseins zu verhindern, setzt die Bourgeoisie ihr gesamtes Arsenal ein; im Mittelpunkt steht dabei die Politik des Terrors – eine Politik, die man überall auf der Straße, vor den Gerichten und schließlich in den Medien findet.

So ging der Staat bei den ersten Blockaden, bei den ersten Demonstrationen und bei den ersten Besetzungen von Fakultäten hart vor, setzte Tränengas ein und übte mit seinen überbewaffneten „Robocops" Druck aus, um den öffentlichen Raum zu „befreien". In Wirklichkeit geht es vor allem darum, den Raum von jeglicher Reflexion und Organisation zu säubern, Angst zu schüren, um den Kampf zu entmutigen; und den Zugang zu allen Versammlungsorten zu verbieten, um jegliche kollektive Reflexion zu verhindern. Bei den Blockaden der Gymnasien oder bei Demonstrationen sind weder Reflexion noch Diskussion möglich: Sie blockieren die Versammlungsorte, setzen Tränengas ein, prügeln mit Schlagstöcken los. Es gibt keinen Ort für Vollversammlungen, denn die Bourgeoisie hat daraus gelernt und macht nicht denselben Fehler wie 2006, als die Studierenden ihre Vollversammlungen direkt in den Hörsälen abhielten: Sie schließt die Fakultäten und vertreibt die Studierenden mit Angriffen der CRS.

Und wenn dieses ganze Arsenal nicht ausreicht, hat der Staat noch andere Trümpfe im Ärmel. Gibt es niemanden, der eine Schaufensterscheibe einschlägt oder den ersten Stein wirft? Dann sind es die Ordnungshüter selbst, die den Anfang machen, um die Repression besser rechtfertigen zu können.[1] Dadurch werden diejenigen unter uns, die am meisten verwirrt sind, diejenigen, die von Wut und Verzweiflung erfüllt sind, diejenigen, die „hier und jetzt sofort" handeln wollen, angelockt und laufen der Sinnlosigkeit in die Falle, indem sie ihre ganze Aggression bei all dem auslassen, Dinge zertrümmern oder die Polizisten beschimpfen.

Und da all diese Propaganda nicht ausreichte, um die Bewegung zu diskreditieren, hat der Staat am 17. Oktober die Plünderungen bewusst begünstigt, indem er die Geschäfte ungeschützt ließ, die Polizeipräsenz auf den Straßen bewusst zu gering bemessen hat und den Plünderern freie Hand ließ, obwohl die Aufrufe zum Krawall in allen sozialen Netzwerken bekannt waren.

Die nihilistische Gewalt

Eines muss klar sein: Es führt zu nichts, wenn man Dinge zertrümmert, plündert, in Brand setzt oder angeblich symbolträchtige Orte angreift. Diese Gewalt dient nur dazu, der Repression Glaubwürdigkeit zu verleihen und die tatsächlichen Überlegungen zu verschleiern, die innerhalb der Bewegung stattfinden. Wenn es darum geht, wer am härtesten zuschlägt, wird der Staat immer gewinnen. Und genau aus diesem Grund zeigen die Medien diese Bilder von Zerstörung in Endlosschleife! Um Bilder von Zerstörung anstelle von Reflexion und Forderungen zu verbreiten, um das Bild einer hirnlosen Jugend anstelle einer solidarischen und besonnenen Jugend zu verbreiten, um Plünderungen anstelle des Willens zur Ausweitung auf die Beschäftigten der Unternehmen zu verbreiten. „Die Klassengewalt des Proletariats kann kein Terror sein, da ihre Daseinsberechtigung gerade darin liegt, den Terror zu zerschlagen. Man betreibt ein Wortspiel, wenn man Gewalt und Terror als gleich betrachtet, so als sei das Verhalten des Mörders, der sein Messer zieht, und die Hand, die das Messer abwehrt und den Mord verhindert, das Gleiche. Das Proletariat kann nicht auf das Organisieren von Pogromen, auf Lynchjustiz, auf die Schaffung von Folterschulen, auf Vergewaltigungen, auf die Moskauer Prozesse als Mittel und Methoden für die Verwirklichung des Sozialismus zurückgreifen. Es überlässt diese Methoden dem Kapitalismus, weil sie Bestandteil des Kapitalismus sind, weil sie zu seinen Zielen passen und weil sie zur Gattung Terror gehören. Weder Terror noch Terrorismus vor der Revolution, noch der Terror nach der Revolution können Waffen des Proletariats für die Befreiung der Menschheit sein."[2]

Die Gewalt unserer Klasse

Gibt es denn gar nichts, was wir tun können? Müssen wir den Kopf einziehen und auf den nächsten Schlag mit dem Knüppel auf unsere Körper warten? Sollen wir uns verprügeln lassen, ohne zu reagieren? Sind wir dazu verdammt, die ewigen machtlosen Gewerkschaftsdemonstrationen einfach über uns ergehen zu lassen?

Auf keinen Fall! „Die unbesiegbare Kraft (des Proletariats) liegt nicht so sehr in seiner physischen und militärischen Stärke und schon gar nicht in der Unterdrückung, sondern in seiner Fähigkeit, seine breiten Massen zu mobilisieren und die Mehrheit der nichtproletarischen Werktätigen in den Kampf gegen die kapitalistische Barbarei einzubeziehen. Sie liegt in seinem Bewusst-

[1] Es tauchen immer mehr Videos auf, in denen als „Jugendliche" getarnte Polizisten Dinge werfen, Sachen zerbrechen, provozieren und zur Konfrontation mit den Ordnungskräften anstacheln.

[2] Terror, Terrorismus und Klassengewalt, Internationale Revue Nr. 3 (1979).

seinsprozess und in seiner Fähigkeit, sich autonom und einheitlich zu organisieren, in der Festigkeit seiner Überzeugungen und in der Entschlossenheit seiner Entscheidungen. Das sind die grundlegenden Waffen der Praxis und der Klassengewalt des Proletariats.“[3]

Das heißt aber nicht, dass wir Pazifisten sind: Die Bourgeoisie wird ihre Macht niemals freiwillig aufgeben, und die Arbeiterklasse wird ihr eines Tages die Stirn bieten müssen. Doch die Klassengewalt des Proletariats hat nichts mit dem Zerschlagen einer Schaufensterscheibe oder dem Werfen eines Steins auf eine Reihe von CRS-Beamten zu tun. Sie ist in erster Linie massiv und kollektiv: Sie ist nicht die Angelegenheit einer Minderheit, die anstelle der anderen handelt, sondern Ausdruck der Kraft aller. Sie erfolgt bewusst und wird von den Organen beschlossen, die im Kampf geschmiedet werden (Versammlungen, Komitees). Sie ist weder Rache noch Ventil: Sie zielt nicht darauf ab, zu demütigen oder zu bestrafen, denn sie richtet sich nicht gegen Einzelpersonen, sondern gegen ein System: den Kapitalismus. Schließlich bleibt sie stets dem Ziel des Kampfes untergeordnet: die Bewegung so weit wie möglich auszuweiten und ihr zu ermöglichen, mit ihren Forderungen, Parolen und Aktionsformen so weit wie möglich zu gehen. Umgekehrt dient eine Gewalt, die isoliert; die diejenigen abschreckt, die noch zögern, sich der Bewegung anzuschließen; und die dem Staat den Vorwand liefert, auf den er gewartet hat; dem Feind – ganz gleich, welche Absichten diejenigen haben, die die Gewalt ausüben. Deshalb ist die wichtigste Waffe des Proletariats nicht der Pflasterstein, sondern sein Bewusstsein und seine Organisation.

Machen wir uns nichts vor: Der Terror ist die Waffe der Bourgeoisie; die Demokratie ist nichts weiter als eine Maske, hinter der sich die Diktatur des Kapitals verbirgt. Unsere Waffe, die der Arbeiterklasse, ist die des Nachdenkens, der Solidarität und der massiven Ausweitung der Kampfbewegungen. Das vermitteln die studentischen Vollversammlungen seit einem Monat unermüdlich. Und genau darin liegt ihre wahre Stärke. Genau das macht der Bourgeoisie Angst. Diese Vollversammlungen, diese Selbstorganisation, tragen den Keim für die Kämpfe von morgen in sich, in Frankreich und auf internationaler Ebene. Deshalb werden sie in den Medien verschwiegen.

Richard, 24. Oktober 2026

[3] „Resolution zu: Terrorismus, Terror und Klassengewalt“, International Review (engl./frz./span. Version) Nr. 15 (1979)

Kostbare Lehren für die zukünftigen Kämpfe

Vor 20 Jahren: Der siegreiche Kampf der Studierenden gegen den „Contrat Première Embauche“

Im Jahr 2006 kündigte die französische Regierung unter Villepin ihr Gesetz über den „Contrat Première Embauche“ (CPE) an, einen heftigen Angriff auf die Arbeiterklasse. Dies war eine abrupte Wende hin zu einer Verschärfung der Prekarität für alle jungen Arbeiterinnen und Arbeiter. Er kam zum „Contrat Nouvelle Embauche“ (CNE) hinzu, der im Jahr zuvor verabschiedet worden war und darauf abzielte, die Situation von Arbeitslosen, die wieder Arbeit fanden, noch prekärer zu machen. Das Ziel der Bourgeoisie war klar: die Flexibilität der Arbeit zu erhöhen, ihre Kosten zu senken und Druck auf die gesamte Arbeiterklasse auszuüben.

Die Studierenden, denen sich die Gymnasiast*innen anschlossen, haben dies sofort verstanden, und ihre Gegenreaktion sollte vernichtend ausfallen. Die ersten Demonstrationen begannen am 7. Februar 2006. Es war eine kurze Bewegung (zwei Monate), die in der Lage war, sich selbst zu organisieren, die die Notwendigkeit von Solidarität und die Ausweitung des Kampfes auf alle Bereiche und alle Generationen der Arbeiterklasse proklamierte und die die Regierung schließlich am 10. April dazu zwang, ihren Entwurf zurückzuziehen.

Während die Arbeiterklasse noch unter dem Schock der ideologischen Kampagnen über das angebliche Ende des Klassenkampfs und den endgültigen Triumph der bürgerlichen Demokratie stand, brachte dieser Sieg die Rückkehr des Vertrauens der Klasse in ihre eigenen Kräfte mit sich. Doch der Kontext einer Krise der Klassenidentität erlaubte es nicht, die wertvollen Lehren, die sich aus diesem vorbildlichen Kampf ergaben, sofort zu nutzen.

Ausweitung und Selbstorganisation im Zentrum des Kampfes

Der CPE richtete sich gegen junge Arbeiterinnen und Arbeiter unter 26 Jahren und erlaubte deren Entlassung in den ersten beiden Jahren ohne Angabe von Gründen. Premierminister Dominique de Villepin kündigte seinen Gesetzentwurf am 16. Januar an und zeigte seine Entschlossenheit, an der Spitze der Republik Angriffe zu führen. Der Entwurf wurde dem Parlament im Eilverfahren vorgelegt und bereits am 27. Februar verabschiedet. Doch er hatte sich in Bezug auf die Reaktion der Studierenden getäuscht.

Die Studierenden nutzten die schwache gewerkschaftliche Organisation an den Universitäten und den schlechten Ruf der UNEF – einer regelrechten Ausbildungsstätte für Führungskräfte der Sozialistischen Partei – und bemühten sich zunächst, ihre eigene Einheit selbst zu errichten. Die kämpferischsten unter ihnen diskutierten geduldig und ohne Einschüchterung mit den anderen Studierenden vor den Toren der Universitäten, um ihnen anhand von Argumenten die Schwere des Angriffs und die Notwendigkeit des Kampfes aufzuzeigen. Am 7. März befanden sich etwa zwanzig Universitäten im Streik. In dieser Dynamik hin zur Einheit spielten die Vollversammlungen (Assemblées Générales, AG) eine entscheidende Rolle. Nach anfänglichen Schwierigkeiten werden die Vollversammlungen zum eigentlichen Herzstück der Bewegung. Es sind Versammlungen der Diskussion und der Entscheidung, bei denen – um Geschwätz und die Unterwanderung durch Gewerkschaften und politische Organisationen zu vermeiden – täglich ein neu zusammengesetztes dreiköpfiges Präsidium ernannt wird, das das Wort erteilt, sowie Ausschüsse, die für die Vorbereitung der Arbeit zwischen zwei Vollversammlungen zuständig sind. Eine weitere ihrer Stärken ist die Offenheit gegenüber Menschen, die keine Studierenden sind. Von Anfang an haben die Generalversammlungen die Schüler*innen aufgenommen, die sich der Bewegung angeschlossen haben, und sie haben auch das Universitätspersonal – Lehrende, Verwaltungsangestellte und Techniker*innen – zur Teilnahme aufgerufen. Doch sie sind noch weit darüber hinausgegangen.

Arbeiterinnen und Rentner, Eltern oder Großeltern von kämpfenden Stu-

dierenden und Schülern, wurden von den Versammlungen sehr herzlich und aufmerksam empfangen, sobald ihre Beiträge der Stärkung und Ausweitung der Bewegung dienten. Vor allem aber entsandten sie von Anfang an Delegationen, nicht nur an andere Universitäten, um die Bewegung zu vereinen und ihre Methoden zu verbreiten, sondern auch in die umliegenden Unternehmen. Natürlich stießen sie auf gewerkschaftliche Blockaden, was für die weniger Erfahrenen unter ihnen eine kalte Dusche war. Doch ihre Entschlossenheit ließ nicht nach. In den Vollversammlungen wurden alle möglichen Wege diskutiert, um dieses Hindernis zu umgehen.

Die Vollversammlungen beschlossen daraufhin, Forderungen, die ausschließlich „studentischen" Charakter hatten, von ihren Listen zu streichen. Anschließend vermehrten sie die Parolen, die zur Solidarität mit den Arbeiter*innen aufriefen, allerdings nicht auf passive Weise: indem sie sich ihnen im Kampf anschlossen. Diese Strategie war sehr erfolgreich. Am 28. März erreichte die Mobilisierung einen Höhepunkt: Zwischen einer und drei Millionen Demonstrierende in ganz Frankreich. Überall werden dieselben Slogans skandiert: „Einheit im Kampf der Arbeiter*innen aller Branchen, aller Generationen!" In Paris setzen sich die Studierenden an die Spitze des Demonstrationszuges. Dort bleiben sie bis zum Ende der Bewegung. Das Thema der Einheit und Solidarität, das im Mittelpunkt der Vollversammlungen gestanden hatte, überträgt sich auf die Demonstrationen, die zum zentralen Thema der Bewegung geworden sind.

Zwar sind die streikenden Arbeiter*innen nur wenige, doch sie organisieren sich, um am späten Nachmittag oder am Samstag bei den Demonstrationen dabei zu sein. Diese Einheit, diese Solidarität sind beeindruckend, die Demonstrationen quellen über die Bürgersteige hinaus, es werden immer mehr, alle schließen sich gerne dem Kampf an – es ist eine Dynamik, die auf eine Explosion von Streiks zusteuert. Die Gefahr wird für die Bourgeoisie zu groß. Angesichts der Gefahr einer Streiklawine in mehreren Sektoren ist die Regierung gezwungen, einen Rückzieher zu machen. Sie ist gezwungen, den Gesetzentwurf am 10. April fallen zu lassen.

Diese Ausweitung wurde durch die Selbstorganisation des Kampfes ermöglicht. Die politische Lebendigkeit der Vollversammlungen ermöglichte es, die Fallen zu umgehen, die die Bourgeoisie ihnen gestellt hatte. Die Falle spektakulärer Aktionen, die auf die Medien abzielten, die Falle der Gewalt gegenüber der CRS und gegenüber bestimmten Jugendlichen aus den Vororten, die gekommen waren, um die Studierenden bei den Demonstrationen anzugreifen. Die Diskussionen in den Vollversammlungen und die getroffenen Entscheidungen ermöglichten es, diese zu neutralisieren.

Die Last des Verlusts der Klassenidentität

Der Kampf dieser neuen Generation von Proletarier*innen im Jahr 2006 ist Teil eines langsamen Prozesses der Wiederbelebung der Kämpfe nach dem Schock und dem Rückschlag, die durch den Fall der Berliner Mauer 1989 ausgelöst wurden. Der „demokratische" Kapitalismus instrumentalisierte diesen Fall und präsentierte sich als das einzig tragfähige System, während der Zusammenbruch der UdSSR (und des Stalinismus) im Jahr 1991 – fälschlicherweise als das Lager des Kommunismus dargestellt – den Startschuss für eine ideologische Offensive der Bourgeoisie gab, die das Ende des Klassenkampfs verkündete. Dies führte, zusammen mit den Schwierigkeiten, denen die Arbeiterklasse in den 1980er Jahren bei der Politisierung ihrer Kämpfe begegnet war, zu einem etwa fünfzehnjährigen Rückgang der Kampfbereitschaft und des Klassenbewusstseins. Das Proletariat war in seiner eigenen Klassenidentität getroffen und erkannte sich nicht einmal mehr als Klasse mit gemeinsamen Interessen. So bestätigte das Jahr 2006 den 2003 festgestellten Beginn einer Erholung, der sich in der Mobilisierung im öffentlichen Dienst in Frankreich und den Kämpfen in Österreich sowie 2005 in den USA und Großbritannien gezeigt hatte. Die Klasse war dabei, langsam wieder zu erwachen.

Die Krise der Klassenidentität war jedoch noch nicht überwunden. Das erklärt, warum 2006 nur sehr wenige Lohnarbeitende in den Streik traten und warum es den Studierenden nicht gelang, die Kontrolle über die nationale Koordinierungsstelle zu behalten, die die Bewegung eigentlich zentralisieren sollte. Deshalb konnten vor allem die Lehren aus dieser Bewegung nicht sofort umgesetzt werden. Besorgt über das gefährliche Beispiel, das die Studierenden gegeben hatten, bemühte sich die Bourgeoisie, deren Botschaft von Selbstorganisation und Solidarität zu untergraben. Es gelang ihr ohne große Mühe, die verschiedenen Bewegungen an den Universitäten, die bis 2010 andauerten, sowie die Streiks gegen die Rentenreform zu kanalisieren.

Zu dieser Zeit konnte sich lediglich der Kampf der „Indignados" in Spanien, der sich auf mehrere Länder ausweitete, von dieser Dynamik des Wiederauflebens inspirieren lassen. Bei Massendemonstrationen und Vollversammlungen wurde dem Bedürfnis nach Selbstorganisation und Diskussionen Rechnung getragen, um sich zu versammeln und zu verstehen, wie man das in der Krise steckende Gesellschaftssystem überwinden kann. Bei diesen Zusammenkünften trat die Arbeiterdimension jedoch noch stärker in den Hintergrund, und schließlich setzten sich die Ideologie von Attac und die Bewegung DRY (Democracia Real Ya) durch – beides Ausdrucksformen der herrschenden Klasse, die den unüberwindbaren Gegensatz zwischen Bourgeoisie und Proletariat ausblendeten.

Auf dem Weg zu wachsender Solidarität der Arbeiter*innen und zur Politisierung der Kämpfe

Heute, zwanzig Jahre nach der Bewegung gegen den CPE, ist die Situation anders. Die Reihe von Kämpfen in zahlreichen Ländern, die auf den „Sommer der Wut" in England im Jahr 2022 folgten, bedeutet, dass ein neuer Schritt auf dem Weg zur Wiederherstellung der Klassenidentität getan wurde. Doch eine Warnung ist angebracht. Zwar haben die ideologischen Kampagnen über das Ende des Klassenkampfs und den Triumph der bürgerlichen Demokratie an Wirkung verloren, doch die schädlichen Auswirkungen der Phase des Zerfalls, wie die Last des Individualismus und die Zerstörung sozialer Bindungen, erschweren es den Arbeiter*innen, Einheit und Solidarität zu erlangen. Die Gesellschaft ist in einem Strudel aus Selbstisolierung und Nihilismus gefangen, der den Kampf um die Zukunft behindert. Die Massenarbeitslosigkeit und die Entfesselung kriegerischer Barbarei wirken vorerst lähmend auf die Arbeiterklasse. Andererseits ist klar, dass die Selbstorganisation, die 1980 bei den polnischen Arbeitern und 2006 bei den französischen Studierenden triumphierte, jeweils durch die völlige Diskreditierung der stalinistischen Gewerkschaften in Polen bzw. durch die Schwäche der gewerkschaftlichen Führung an den Universitäten erleichtert wurde. Die Auseinandersetzung mit der Gewerkschaftsführung in den meisten Kernlän-

dern wird wesentlich mühsamer und langwieriger verlaufen.

Zwei Faktoren werden die kommenden Kämpfe befeuern: die massive Unzufriedenheit der Arbeiter*innen und die noch im Verborgenen stattfindende Entwicklung des Bewusstseins. Im Mittelpunkt dieser Dynamik stehen vor allem die wirtschaftlichen Angriffe auf die Lebensbedingungen der Arbeiterklasse. Die militärische Aufrüstung aller Länder angesichts der sich verschärfenden imperialistischen Spannungen zwingt die Bourgeoisie dazu, jegliche Vorsicht gegenüber ihrem proletarischen Feind aufzugeben. Wir erleben eine brutale Beschleunigung der Angriffe auf die Lebensbedingungen der Arbeiterklasse, und diese wird sich, um sich zu verteidigen, die Lehren aus dem Jahr 2006 und die gesamte Erfahrung der Arbeiterbewegung wieder zu eigen machen müssen. Sie hat begonnen, darüber bei den Demonstrationen von 2023 gegen die Rentenreform in Frankreich zu diskutieren, ebenso wie übrigens auch über die Bewegung vom Mai 1968.

Wir können diese Lehren wie folgt zusammenfassen:

Die Organisation der Arbeiter*innen ist keine Voraussetzung mehr für den Kampf, sie entsteht während des Kampfes selbst und ermöglicht durch die Vollversammlungen eine rasche Vereinigung der Kämpfenden.

Der langwierige, gewerkschaftsorientierte Streik ist endgültig gescheitert, und die Gewerkschaften wurden in den Staatsapparat integriert. Ein erfolgreicher Kampf ist der, der sich dank der Entsendung zahlreicher Delegationen so schnell wie möglich auf alle Sektoren ausweitet. Parallel zur Erringung der Einheit wird der Kampf um Solidarität geführt.

Die Medien sind niemals eine Stütze des Kampfes, sie verteidigen stets die Interessen der herrschenden Klasse. Das Streben nach medienwirksamen Aktionen ist eine Falle.

Der proletarische Kampf ist von Natur aus anonym. Er stützt sich auf den kollektiven Zusammenschluss und kommt sehr gut ohne Anführer*innen und andere „Tribun*innen“ aus, was angesichts der Repression eine Stärke darstellt.

Nicht durch physische Auseinandersetzungen mit den Repressionskräften kann die Klasse siegen. Vorrangig gilt es, Provokationen zu vereiteln, die auf fruchtlose Auseinandersetzungen abzielen. Auch wenn Klassengewalt letztendlich unvermeidbar ist, liegt ihre große Stärke in ihrer Einheit und ihrem Bewusstsein. Auf diese Weise überzeugt sie die Zögernden und zersetzt die feindlichen Kräfte.

Avrom E, 30. August 2026

Streik bei Airbus / Internationales Flugblatt

Angesichts der Angriffe von allen Seiten: Lasst uns als Klasse vereint kämpfen!

„Es lebe der Kampf der Arbeiterklasse!“

Die Arbeiterklasse richtet ihren Blick auf den Kampf der Airbus-Beschäftigten. In Spanien wie auch in anderen Ländern steigt die Inflation und unsere Löhne sinken; es drohen Massenentlassungen (wie in der Automobilindustrie in Deutschland) und die Arbeitsbedingungen verschärfen sich. Eine wachsende Unzufriedenheit und die Entschlossenheit zum Kampf breiten sich in allen Branchen und in allen Ländern aus. Aber wie sollen wir kämpfen? Wir haben genug von Mobilisierungen, bei denen wir nur eine „Masse von Statisten“ sind, ohne jeglichen Einfluss auf Vereinbarungen, die hinter unserem Rücken getroffen werden.

Der Kampf bei Airbus ist ein Kampf der Arbeiterklasse. Die Beschäftigten kämpfen gegen die erheblichen Lohnverluste aufgrund der Preissteigerungen und gegen die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen (Homeoffice, flexible Arbeitszeiten, Urlaub und Kantinen). Der Kampf entsteht aus der spontanen Initiative der Arbeiterinnen und Arbeitern; er strebt nach Einheit zwischen den verschiedenen Berufsgruppen, von den Ingenieuren über die Büroangestellten bis hin zur Fertigungslinie; er organisiert sich in Massenversammlungen (mit bis zu 1.500 Arbeiterinnen und Arbeitern), die diskutieren und ihre Beschlüsse per Handzeichen fassen, und entsendet „Beobachterinnen und Beobachter“ zu den Verhandlungen mit dem Unternehmen und der Regierung. Und der Streik breitet sich von Getafe und Sevilla auf alle Werke aus: Cádiz, Toledo, Albacete. Die Beschäftigten organisieren zudem die Diskussion über soziale Netzwerke (Telegram, X) und haben eine Website eingerichtet (Enfadados con Airbus – „Wütend auf Airbus“), auf der sie Nachrichten über den Verlauf des Kampfes und sogar die Dokumente der Versammlungen veröffentlichen.

All das gibt uns Kraft und Zuversicht im Kampf.

Der isolierte Kampf in der Branche verliert an Kraft

Doch diese Kraft kann nicht wachsen und der Vermittlung durch die Regierung die Stirn bieten, wenn sie innerhalb der Branche isoliert bleibt. Nach anderthalb Monaten Streik macht sich Ermüdung bemerkbar, und einige sagen in den Versammlungen: „Ich ziehe mich zurück, weil ich sehr müde bin und für den nächsten Tarifvertrag keine Kraft mehr haben werde.“ Obwohl die Versammlungen über den Schlichtungsvertrag mit Nein abstimmen, ist der Vorsprung sehr knapp: Von 81 % Ablehnung beim ersten Vertragsvorschlag sinkt die Ablehnungsquote auf 51 %, bei einer Gesamtmehrheit von nur 67 Stimmen (hauptsächlich in Madrid und Sevilla).

Zudem beschließt das Streikkomitee (in dem die Gewerkschaften UGT, CGT und UTIL vertreten sind), den Streik „auszusetzen“, obwohl die Entscheidung lautet, die Vereinbarung abzulehnen und den Streik fortzusetzen, was bei vielen Ärger auslöst: „Ich verstehe nicht, worüber wir gestern abgestimmt haben. Man kann es anders nennen, aber wir kehren an die Arbeit zurück und verlieren den Druck.“ „Der Streik ist lebendig und legal, solange keine unterzeichnete Vereinbarung auf dem Tisch liegt. Wenn wir ihn unterbrechen, ist das ein Sieg (der Regierung und des Unternehmens, Anm. d. Red.) durch technisches K.o.“

Trotz Kampfgeist und Entschlossenheit ist die Isolation eine Sackgasse! Der berühmte Bergarbeiterstreik in Großbritannien von 1984–85 dauerte fast ein Jahr, angeführt von den kampferprobten Arbeitern und unter Beteiligung aller Bergwerke, die sich dann nacheinander zurückzogen; doch es gelang nicht, über den Bergbausektor hinauszuwirken. Diese Niederlage spielte eine zentrale (wenn auch nicht die ausschließliche) Rolle bei der Demoralisie-

rung und dem Ausbleiben bedeutender Arbeiterkämpfe in der Folgezeit – bis zum Jahr 2022!

Die Demonstration am 12. September in Madrid: Die Schwierigkeiten bei der Ausweitung des Kampfes

Einige, ja sogar viele, dachten wahrscheinlich, dass diese Demonstration das Ende des Kampfes einläuten würde. Die UGT hatte letztendlich nicht zum Demonstrieren aufgerufen, und man erwartete vielleicht eine äußerst kleine Versammlung der „Radikalen“ (so bezeichnen viele im Unternehmen diejenigen, die den Streik fortsetzen wollen).

Doch in Madrid waren zwischen 5.000 (laut UGT) und 8.000 (laut den Organisatoren) Demonstrierende versammelt (Airbus beschäftigt 14.000 Beschäftigte, davon allein 9.000 in Getafe, dem größten Werk in Madrid), darunter auch Delegationen aus anderen Standorten. Zwar war die Stimmung zu Beginn ruhig, auch dank der solidarischen Anwesenheit der Familien der Arbeiter, doch herrschen weiterhin Wut und Kampfgeist, die sich in der Organisation einer Versammlung von mehr als tausend Menschen um 14:30 Uhr unter der sengenden Sonne Madrids vor dem Industrieministerium äußerten, wo eine der wichtigsten Parolen lautete: „Es hört nicht auf“.

An der Demonstration nahmen Delegationen (meist von gewerkschaftlichen und politischen Organisationen) aus dem Bildungssektor teil, der derzeit in verschiedenen autonomen Gemeinschaften (darunter Madrid) streikt, sowie Studierende und Sozialarbeiter. Und alle verteilten Flugblätter riefen zur Ausweitung und Koordinierung der Kämpfe auf. Einige Redebeiträge in der Versammlung forderten sogar einen Generalstreik. Alle waren für eine Ausweitung – aber welche Ausweitung?

Die Falle des Generalstreiks und der „Koordination der Kämpfe“

Die Vertreterin der Bildungsplattform Menos Lectivas (Weniger Unterrichtsstunden) rief dazu auf, „alle Sektoren in einem Generalstreik zu koordinieren“, dass „die Airbus-Beschäftigten ebenfalls die öffentliche Schule verteidigen, indem sie an den Demonstrationen des Sektors teilnehmen“ und dass „in jeder Einrichtung eine Versammlung stattfindet, um über die jeweiligen Bedingungen zu entscheiden“. Auch wenn diese Position zeigt, dass der Wille zur Solidarität und zur Ausweitung vorhanden ist, besteht die große Gefahr, in die Falle einer FALSCHEN AUSWEITUNG zu tappen. Gefordert wurden zwar eine Gleichzeitigkeit und Koordination der Kämpfe; aber im Grunde genommen – jeder für sich! Jeder kämpft „seinen“ Kampf, mit seinen Forderungen, seinen Vertretern und seinen eigenen Versammlungen, und trifft sich dann bei der einen oder anderen Demonstration, jeder hinter seinem eigenen Transparent, bis es schließlich zu einem Generalstreik „nach Sektoren“ kommt. Das haben wir schon erlebt.

Bei den Kämpfen gegen den Angriff auf die Renten in Frankreich im Jahr 2023 war die Mobilisierung enorm, aber wir hatten gewarnt, dass dies nicht ausreicht: Wir müssen unsere Kämpfe selbst in die Hand nehmen – mit Vollversammlungen, die allen Arbeiterinnen und Arbeitern offenstehen. Das ist etwas Anderes als Versammlungen die in jedem Betrieb, in jedem Sektor hinter verschlossenen Türen stattfinden, um „ihren“ Kampf zu verwalten.

Die Ausweitung anstreben, vereint als Klasse kämpfen

Ist das die Ausweitung des Kampfes? Nein! Während des „Sommers der Wut“ 2022 in Großbritannien gab es eine massive Rückkehr der Arbeiterklasse in den Kampf, wobei zahlreiche Sektoren (Eisenbahn, Post, Bildungswesen usw.) gleichzeitig aktiv waren; doch jeder für sich. Die Kämpfe waren nicht in der Lage, sich zu vereinen und eine soziale und politische Kraft zu bilden, die fähig gewesen wäre, dem Staat die Stirn zu bieten und die Lebensbedingungen der Arbeiterinnen und Arbeiter zu verteidigen. Inmitten einer massiven Kampfbewegung haben die Gewerkschaften (und in Großbritannien gibt es eine pro Sektor und Teilsektor) jeden auf die Grenzen seiner spezifischen, besonderen und unterschiedlichen Forderungen beschränkt.

Im Gegensatz dazu haben in Spanien, in Vitoria im Jahr 1976, die Arbeiterinnen und Arbeiter ihren Kampf vereint und Stadtversammlungen organisiert, um gemeinsame Forderungen zu verteidigen; oder auch in Polen im Jahr 1980, als sich die Arbeiterklasse des ganzen Landes zusammenschloss und Delegierte der Versammlungen (genannt MKS) wählten, die die Arbeiterklasse des gesamten Landes vertraten. Und das sind keine Geschichten, die Großeltern ihren Enkeln erzählen. Die Arbeiterklasse lernt aus ihren Erfahrungen und bewahrt sie von Generation zu Generation. Im Kampf gegen Rentenkürzungen und die Anhebung des Renteneintrittsalters in Frankreich sagten Teilnehmende: „Wenn ihr uns ein 63er gebt (Renteneintritt mit 63 statt wie bisher mit 60), geben wir euch ein 68er“, und erinnerten damit an den Streik vom Mai 1968, an dem sich mehr als 9 Millionen Arbeiterinnen und Arbeiter beteiligten.

Den Kampf auszuweiten bedeutet, Streikposten (wie jene, die in die Airbus-Werke entsandt wurden, um den gesamten Standort lahmzulegen) in alle kämpfenden Sektoren zu schicken, gemeinsame Versammlungen zu organisieren, die Forderungen zu vereinheitlichen und gemeinsame Delegierte zu wählen (die abberufen werden können, wenn sie ihr Mandat nicht erfüllen), die die Versammlung bei den Verhandlungen vertreten. Die Gleichzeitigkeit der Kämpfe in echte Einheit verwandeln!

Bleibt der Kampf bei Airbus auf den Sektor beschränkt, werden Energie und Kampfgeist nachlassen; doch die Gleichzeitigkeit der Angriffe auf die Lebensbedingungen der Arbeiterinnen und Arbeiter und der überall vorhandene Kampfwille schaffen die Voraussetzungen für eine echte Ausweitung des Kampfes. Das ist der einzige Weg, um unsere Forderungen zu verteidigen. Und das gilt für alle Kämpfe der Arbeiterklasse, die sich in allen Ländern entwickeln: Daher ist die Erfahrung aus dem Kampf der Airbus-Beschäftigten für alle von großer Bedeutung.

IKS, September 2026

Lest die Internationale Revue



AfD und Die Linke: Zwei Fallen im Niedergang des politischen Apparats

Der politische Apparat der herrschenden Klasse in Deutschland steckt in einer Krise, die sie selbst nicht mehr unter Kontrolle hat: Die traditionellen Parteien sind bankrott, das Vertrauen der Bevölkerung auf Rekordtief, und die „wachsende Tendenz zur Disziplinlosigkeit und zum Rette-wer-sich-kann" reißt immer größere Lücken in das Parteiensystem. In diesem Niedergang sucht sich die Wut zwei Auswege – und beide münden in eine Falle: Die einen rennen in die Arme der AfD und glauben, der Empörung über „die da oben" und über den Krieg mit einem Kreuz an der Wahlurne Luft machen zu können; die anderen rennen in die Arme der Partei Die Linke, die ihnen dieselbe Empörung in die Bahnen des bürgerlichen Staates zurückleitet. Beide Parteien sind Kinder desselben Niedergangs – aber von unterschiedlichem Charakter und unterschiedlicher Funktion: Die AfD ist populistisch, ‚unverantwortlich', in sich widersprüchlich; sie ist keine bewusste Funktion des Kapitals, sondern der Ausdruck seines Zerfalls, seiner Perspektivlosigkeit und seiner inneren Widersprüche – wogegen sich das Unternehmerlager mit aller Kraft stemmt. Die Linke gibt sich dagegen staatstragend und „verantwortlich"; ihre Funktion ist die einer Frischzellenkur für eine untergehende, zerrüttete Klasse: Sie führt dem entkräfteten politischen Apparat neues Wahlvolk zu, stabilisiert die Links-Rechts-Gegenüberstellung und leitet die Wut über die realen sozialen Angriffe zurück in die demokratische Mystifizierung. Die beiden folgenden Artikel zeigen, warum keine der beiden Fallen einen Ausweg bietet – und auf welchem Terrain die Arbeiterklasse wirklich kämpfen muss.

Hinter der Wahlschlappe – der Bankrott der traditionellen Parteien

Wie man hinter dem Bösewicht AfD die wahre Rolle der Demokraten verbirgt

Die jüngsten Wahlergebnisse im Osten und in Berlin waren für die herrschenden Parteien in Deutschland, wie sie selbst zugeben, eine große Klatsche. Der Hintergrund liegt auf der Hand: Es herrscht ein tiefer Vertrauensverlust, wachsender Frust, Wut und Enttäuschung über die gesamte herrschende Klasse – mit der Folge, dass die Wahlbeteiligung über Jahre rückläufig war, weil man ihr kaum noch Vertrauen schenkte. In diese Lücke sind seit Jahren die AfD gestoßen, an ihrer Seite Die Linke und in deren „Schatten" das neu gegründete Bündnis Sarah Wagenknecht (BSW). Ihnen ist es gelungen, die Wahlbeteiligung nach Jahren des Rückgangs wieder auf Rekordniveau zu pushen (z. T. 80 %, oft 10–20 % mehr als zuvor). Damit sind die einen durch ihre Stimmabgabe für die AfD aus Protest in die Falle der Wahlen gelockt worden, die anderen, indem sie sich von der Politik der Linken oder des BSW haben betören lassen – deren Ausrichtung ist nicht unser Thema hier (siehe den anschließenden Artikel zu der Partei Die Linke).

Und prompt tritt uns eine Frage entgegen, die uns zahlreiche linke Gruppen, die immer wieder gemeinsam mit den Staatskräften – ob bekannte Staatsrepräsentanten, Kirchenvertreter und wer sonst noch zum Establishment gehört – in einer Front zu Protesten gegen die AfD und zur „Verteidigung der Demokratie" aufrufen, aufzwingen wollen, auch wenn man sich auf getrennten Plätzen trifft: „Wie kann die AfD gestoppt werden?"

Für oder gegen die eine oder andere Partei der bürgerlichen Klasse? Wir lehnen diese Perspektive ab. In diesem Artikel untersuchen wir anhand von drei Achsen das Phänomen AfD, um zu einer Analyse der AfD, ihren Anklägern und dem Kampf, den die Arbeiterklasse wirklich führen muss, zu kommen:

Ist die AfD faschistisch? Wir werden zeigen, dass mit dem Faschismus-Vorwurf die „Stoppt-die-AfD"-Kampagne erst aufgeladen wird, hinter dem sich die herrschende Klasse verstecken kann.

Was ist die AfD dann? Sie ist populistisch – keine bewusste Waffe des Kapitals wie die NSDAP, sondern Ausdruck der Irrationalität, der unauflösbaren Widersprüche und der Fäulnis der bürgerlichen Klasse selbst. Ihre Politik ist selbst aus bürgerlicher Perspektive schwachsinnig, in sich widersprüchlich und perspektivlos.

Wie scheinheilig ist der Vorwurf der Menschenverachtung, den man der AfD macht? Die reale Politik der herrschenden Klasse, praktiziert durch ihre etablierten Parteien, ist in Deutschland, in der EU und weltweit menschenverachtend. Ja, die AfD spannt den Bogen noch weiter, eskaliert die Brutalität und die Xenophobie – aber die Praxis, die sie radikalisieren will, haben die Demokraten längst zur Alltagsnormalität gemacht.

Kein neues 1933: Die AfD ist nicht faschistisch

Was war der Faschismus? Ausdruck der Niederlage der Revolution von 1918 und – mit den Nazis an ihrer Spitze – die Kraft in Deutschland zur Mobilisierung für den Zweiten Weltkrieg. Erinnern wir uns, dass nach langem Zögern die wichtigsten Teile des Kapitals Hitler mit voller Kraft unterstützten.[1] Damit entsprach die NSDAP voll den Bedürfnissen des deutschen Kapitals, zielstrebig auf einen Krieg hinzusteuern, den Repressionsapparat massiv auszubauen und die Arbeiterklasse auch physisch zu zerschlagen. Gehen wir diese drei Prüfstücke der Reihe nach durch.

Die Kriegsfrage. Tatsache ist, dass die AfD keinen offen kriegsbefürwortenden Diskurs betreibt, sondern im Russland-Ukraine-Krieg für einen russlandfreundlichen und isolationistischen Kurs plädiert. Statt Kriegspropaganda hat sie das Gewand der „Friedenspartei" übergestreift und verlangt das Ende der deutschen Militärhilfen, einen Kompromissfrieden sowie Verhandlungen mit Moskau. Tatsache ist dagegen, dass alle traditionellen Parlamentsparteien (CDU/CSU, SPD, Grüne) in unterschiedlichen Tonlagen, aber mit der gleichen Betonung für die grenzenlose Aufrüstung in Deutschland eintreten – wo-

[1] Zum Treffen Papens mit Hitler im Haus des Bankiers Schröder: https://de.wikipedia.org/wiki/Treffen_Papens_mit_Hitler_im_Haus_des_Bankiers_Schr%C3%B6der

gegen die AfD den Anschein erweckt, auf die Bremse zu treten. Viele unter denen, die gegenwärtig für die AfD gestimmt haben, lehnen den Krieg ab und glauben, ihre Stimme gegen den Krieg würde mittels der AfD gehört. Das darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass man in Wirklichkeit ratlos ist, wie man sich wirksam gegen den Krieg stellen kann: Durch die Stimmabgabe für die AfD als angeblichen indirekten Protest an der Wahlurne wird keine kriegsbremsende Wirkung erzielt – im Gegenteil.

Diese Haltung zeigt jedenfalls: Hinsichtlich der Kriegsfrage haben wir es bei der AfD nicht mit einer faschistischen, kriegstreibenden Partei zu tun. Der politische Populismus ist, wie wir am Beispiel Trumps festgestellt haben, „keine Ideologie der Kriegsmobilisierung wie der Faschismus".[2] Wir stellen der AfD damit keinen „Unschuldsbeweis" aus. Die Erfahrung hat gezeigt, dass all die Parteien, die zu irgendeinem Zeitpunkt einmal gegen den Krieg auftraten – die Grünen bliesen in ihren Anfangsjahren in das Horn des Pazifismus, und all die Präsidentschaftskandidaten der USA versprachen: Wir werden nach all den Fiaskos der USA den Kriegen ein Ende setzen, „we bring the troops back home" –, genau das Gegenteil getan und jeweils mächtig an der Kriegsspirale mitgedreht haben; bestes Beispiel Trump, der zuvor Frieden versprochen hatte, nicht nur gegenüber der Ukraine, sondern nahezu überall auf der Welt. Tatsache ist: Jede Partei, einmal an der Macht, wird in den Sog des Militarismus hineingezogen Auch die AfD oder all die anderen Parteien populistischer Ausrichtung in Europa wären dem Diktat der Kriegsmaschinerie unterworfen. Allein deshalb ist die AfD der Kapitalseite ein Dorn im Auge, und sie ist bestrebt, sie im Zaum zu halten, da die AfD beim „Weichkneten" der Bevölkerung für die Kriegsbedürfnisse eher als Hindernis wirkt. Wer am effektivsten im Interesse eines jeweiligen Kapitals die Kriegspolitik steuern kann, ist eine andere Frage – jedenfalls eignen sich dafür die alten Parteien am besten, nicht die AfD.

Das Verhältnis zum Kapital. Die AfD ist nicht das Werkzeug des Kapitals, sondern sein Schreckgespenst. Auf wirtschaftlicher Ebene fordert sie mit ihrer teilweise isolationistischen, die EU und Schengen grundsätzlich verwerfenden Haltung den Austritt Deutschlands aus der Eurozone und die Wiedereinführung einer nationalen Währung. All das wären auf außen- und finanzpolitischer Ebene verheerende Schritte für das deutsche Kapital, denn es gibt keinen Teil des europäischen Kapitals mit einer so großen Abhängigkeit von der EU und dem Euro, und der so viel davon profitiert hat wie das deutsche. All dies rückgängig machen zu wollen oder auch nur aufzuweichen, zwingt die Unternehmer schon dazu, Front gegen die AfD zu machen – man könnte eine ganze Liste von Unternehmerstimmen gegen die AfD anführen. Das ist der entscheidende Unterschied zu 1933: Damals entsprach die NSDAP voll den Bedürfnissen des deutschen Kapitals, heute entspricht die AfD dessen Interessen in fast nichts. Daran ändert auch nichts die Tatsache, dass in einigen Ländern Millionenspenden an die Populisten fließen – allein diese Parteispenden machen keine dieser Parteien zu einer Partei des Finanzkapitals oder einer Partei, die für die Bourgeoisie als Ganzes willkommen wäre.[3]

Der Repressionsapparat. In den 1930er Jahren, als der Faschismus seinen Durchbruch in Deutschland geschafft hatte, wurde der Sicherheits- und Repressionsapparat unter den Nazis systematisch und massiv weiter ausgebaut, nachdem die Arbeiterklasse in den 1920er Jahren schon Zielscheibe heftigster Repression gewesen war. Eine faschistische Partei heute müsste die staatlichen Sicherheitsdienste viel mehr verstärken. Tritt die AfD dafür ein? Das Gegenteil ist der Fall: Der Verfassungsschutz zahlreicher Bundesländer stuft die AfD als verfassungsfeindlich ein, und wegen deren zumindest „unklaren" Haltung gegenüber Russland und anderen Ländern in Militärfragen stemmen sich die Geheimdienste mit aller Kraft gegen einen Zugang bzw. eine Zusammenarbeit der AfD in entsprechenden Gremien, weil sie kein Vertrauen in sie haben und sie als gefährlich für die Sicherheit Deutschlands einstufen. Und wir müssen uns vor Augen führen, dass die Tendenz zur Verstärkung des Sicherheits- und Repressionsapparates nicht nur unter dem Kriegsaspekt, sondern auch allgemein als Maßnahme gegen politische Gruppen und erwartete Sozialproteste, insbesondere von der Arbeiterklasse, ergriffen wird. Die Demokratie selber rüstet auf (siehe die jüngste Gesetzesvorlage zur Erweiterung der Befugnisse der Geheimdienste)! Nichtsdestotrotz wirkt die AfD destabilisierend auf die staatlichen Institutionen – wobei, paradox genug, der Staat gerade durch die Mobilisierung zur Verteidigung der Demokratie versucht, die Bevölkerung um sich zu scharen, um so die Verteidigung der Demokratie zu stärken. Auch hier geht die zentrale Gefahr nicht von der AfD aus, sondern vom bürgerlich-demokratischen Staat selbst.

Aber kein Unschuldsbeweis. All das bedeutet nicht, dass die Populisten friedfertige Demokraten wären. Sie drehen sehr wohl an der Spirale des Terrors – nur eben nicht durch die gezielte Kriegsmobilisierung, sondern gegenüber den „verdammten Ausländern, Migranten usw.", gewissermaßen im Inland. Auch wenn in den USA schon unter den demokratischen Präsidenten (Clinton, Obama, Biden) eine Intensivierung der Abschiebemaßnahmen anlief, hat natürlich Trump mit seinen Menschenjägern der ICE eine neue Dimension hinzugefügt – und die AfD möchte Gleiches in Deutschland praktizieren: Hetzjagd mit Spürhunden und Abschiebetruppen des Staates, begleitet von Mob-Aktivitäten, die Pogromstimmungen anfachen und immer zu Gewalt gegen alle möglichen Gruppen bereit sind. Der populistische Durst nach Terror kommt vor allem in dieser Jagd nach Ausländern, „Andersartigen" und Andersdenkenden zum Vorschein.

Hier muss der Unterschied klar herauskommen, den die „Faschismus"-Keule verwischt: Der Faschismus war ein bewusstes, von den dominierenden Teilen des Kapitals gestütztes Werkzeug zur Kriegsmobilisierung und zur weiteren physischen Zerschlagung der Arbeiterbewegung. Die AfD ist das nicht – sie ist keine bewusste Funktion des Kapitals, sondern der Ausdruck seiner eigenen Irrationalität. Sie ist nicht der geplante Griff zur Waffe, sondern das Symptom der Fäulnis. Und deshalb muss die Frage lauten, die die „Stoppt-die-AfD"-Kampagne nie stellt: Was ist die AfD eigentlich?

Populismus: Ausdruck der faulenden bürgerlichen Klasse, ihrer unauflösbaren Widersprüche und ihrer Perspektivlosigkeit

Wenn der Populismus kein aufsteigender Faschismus ist, was ist er dann? Anders als der Aufstieg des Faschismus in den 1930er Jahren ist der Populismus nicht das Ergebnis eines bewussten Wil-

[2] Internationale Kommunistische Strömung, Trump 2: Neue Schritte ins kapitalistische Chaos, Internationale Revue (online) 2025.

[3] Internationale Kommunistische Strömung, Wie die Bourgeoisie sich selbst organisiert, Internationale Revue 60, 2024. Die Zitate stammen dort aus der Resolution zum internationalen Klassenkampf (Internationale Revue Nr. 55) bzw. aus den „Thesen zum Zerfall des Kapitalismus" (These 9).

lens der dominierenden Sektoren der Bourgeoisie, der „verantwortungsbewussten" Teile, die die Gesamtinteressen des jeweiligen Nationalstaates mehr im Blick haben. Diese Teile der Bourgeoisie versuchten vielmehr bis heute, ihn einzudämmen – mit Anti-Populismus, der Übernahme populistischer Ideen und der Rekonstruktion der Gegenüberstellung Links-Rechts.[4] Die AfD ist also nicht der lange Arm des Kapitals, wie es sich die Antifaschisten herbei fantasieren. Sie ist das, was das Kapital nicht mehr im Griff hat.

Woher kommt dieses Kontrollversagen? In unseren „Thesen zum Zerfall" haben wir festgestellt: Die Bourgeoisie hat „zunehmende Schwierigkeiten", „die Entwicklung der Lage auf politischer Ebene zu kontrollieren. An der Wurzel dieses Phänomens liegt natürlich der immer größere Kontrollverlust der herrschenden Klasse über ihren Wirtschaftsapparat, der die Infrastruktur der Gesellschaft bildet.(...) Die mangelnde Perspektive (außer der Flickschusterei, um die Wirtschaft zu stützen), in der sie sich als Klasse mobilisiert, und die Tatsache, daß die Arbeiterklasse noch keine Bedrohung für ihr Überleben darstellt, bewirkt in der herrschenden Klasse und insbesondere in ihrem politischen Apparat eine wachsende Tendenz zur Disziplinlosigkeit und zum Rette-wer-sich-kann".[5] Dieser historische Sog hat sich manifestiert in wachsender Disziplinlosigkeit, Spaltung, „Jeder für sich" und schließlich der Verschärfung von Kämpfen zwischen Cliquen innerhalb des politischen Apparates – ein Umfeld für das Aufkommen bürgerlicher Fraktionen mit einem zunehmend irrationalen Diskurs, die auf den abstoßendsten Ideen und Gefühlen surfen und deren Führer sich verhalten wie Bandenchefs, die politische Beziehungen vandalisieren, um ihre eigenen Interessen gegen die Interessen des Nationalkapitals durchzusetzen.

Die AfD in Reinform. Alle Ingredienzen des populistischen „Katechismus" – Ablehnung von Ausländern, Ablehnung der „Eliten", Verschwörungstheorien, Glaube an den starken Führer, die Suche nach Sündenböcken, der Rückzug in die „eingeborene" Gemeinschaft – sind zuerst und vor allem das Produkt der Miasmen und der ideologischen Fäulnis, die von der Perspektivlosigkeit der kapitalistischen Gesellschaft ausgehen – und diese erfasst die Kapitalistenklasse selbst zuerst.

Dass die AfD Partikularinteressen vertritt, die selbst aus bürgerlicher Perspektive objektiv schwachsinnig sind, lässt sich an jedem ihrer Politikfelder zeigen:

Die Wirtschaftspolitik. Von Kohärenz und Berücksichtigung der nationalen Gesamtinteressen keine Spur! Euro-Austritt, Wiedereinführung der D-Mark, die EU und Schengen grundsätzlich verwerfen, isolationistische Handelspolitik – eine einzige Ansammlung von Maßnahmen, die auf außen- und finanzpolitischer Ebene verheerend für das deutsche Kapital wären, das wie kein anderes vom Euro und vom Binnenmarkt lebt. Kein Wunder, dass das Unternehmerlager gegen die AfD Front macht. Anders als 1933, als das Kapital die Nazis mit voller Kraft stützte, prallen hier die Interessen der Kapitalisten und der AfD frontal aufeinander.

Die „Remigration". Die AfD fordert die konsequente und millionenfache Rückführung bzw. Abschiebung von Ausländern ohne rechtmäßiges Bleiberecht, Asylbewerbern und allen Personen, die sie als „kulturfremd" oder nicht integrierbar einstuft. Tatsache ist: Kein Patient in deutschen Krankenhäusern und Pflegeheimen kann versorgt, kein Bettbezug in diesen Institutionen gewechselt, kein Essen ausgeteilt, kein Restaurant betrieben, keine Müllabfuhr durchgeführt, kein Paket zugestellt, keine Logistik aufrechterhalten, keine Schule geputzt werden – die Liste ließe sich endlos fortsetzen –, ohne dass irgendein*e Niedriglöhner*in aus dem Ausland mitwirkt. Und das Kapital, das immer mehr auf Arbeitskräfte aus dem Ausland angewiesen ist, kann dieser „Remigrationspolitik" jedenfalls nicht zustimmen – stattdessen geht man viel lieber selektiv vor, wie die rot-schwarze Regierung exemplarisch vorführt. Insofern prallen die Interessen der Kapitalisten und der AfD auch hier aufeinander, und wie oben erwähnt, betreibt das Unternehmerlager nicht weniger eifrig seine Kampagne gegen die AfD – und die Linken finden sich damit ein weiteres Mal im gleichen Chor wie das Unternehmerlager wieder.

Die Bildungspolitik. Was die Bildungspolitik betrifft, wird die AfD von einem besonders abscheulichen Bild des „nicht-unterstützenswerten" Lebens getrieben, wie es die Nazis formulierten. Die geforderte Abkehr von inklusiven Konzepten, die Durchsetzung von traditionellen Leistungsstrukturen, nationale Identität sowie die Einführung von Privatunterricht würden auch hier dem deutschen Kapital einen Bärendienst erweisen. Haben nicht die Ergebnisse der jüngsten PISA-Studie in ganz Westeuropa, insbesondere in Deutschland, einen rapiden „Leistungsabfall" eines beträchtlichen Teils einer ganzen Generation festgestellt? Tatsache ist, dass alle Regierungen der letzten Jahrzehnte an dieser verheerenden Entwicklung im Bildungswesen mitgewirkt haben und nichts Entsprechendes unternahmen, um den Bedürfnissen nach ausreichend ausgebildeten Fachkräften gerecht zu werden – stattdessen wurde im Bildungsbereich weiter wild Sparpolitik betrieben, so dass die Zustände in den Schulen immer desaströser werden. Das Unternehmerlager benötigt möglichst gut ausgebildete Fachkräfte, ob Handwerker oder Ingenieure; aber u. a. wegen des allgemeinen gesellschaftlichen Zerfalls – verschärft durch die Kürzungen im Bildungswesen – kann es nicht mehr auf dieses „einheimische" Arbeitskräftepotenzial allein zurückgreifen. Die AfD würde die Lage natürlich noch verschlimmern – aber das darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass das deutsche Kapital schon längst den Hahn für die Bildungsausgaben zugedreht hat. Auch hier darf die Hirnrissigkeit der AfD-Pläne nicht über die eigentlichen Taten der Herrschenden hinwegtäuschen.

Die Leugnung des Klimawandels. Ist die Leugnung des Klimawandels durch die AfD ein besonderes Merkmal der Populisten, das sie noch gefährlicher macht? Sicher würde der AfD der Nobelpreis der Idioten zustehen, die die Auswirkungen der Umweltzerstörung noch leugnen. Tatsache aber ist auch hier, dass die Herrschenden voll im Bilde sind über die wirkliche Entwicklung der Umweltzerstörung – es gibt genügend wissenschaftliche Berichte und Warnungen durch Experten. Aber die herrschende Klasse entscheidet sich bewusst gegen alle Aussagen der Wissenschaftler und setzt ihre Prioritäten: Kriegsausgaben sind viel wichtiger als ökologische Schutzmaßnahmen; dasselbe gilt im Konkurrenzkampf und bei Haushaltskürzungen, bei der Herabsetzung der Umweltnormen. Alles wird auf dem Altar des Krieges geopfert. Die Leugnung der Umweltzerstörung durch die AfD ist gewiss eine besondere Art der

[4] In einigen Ländern wurden große Spenden an die Populisten getätigt (Musk in den USA und anderswo auf der Welt; Reform UK mit Farage erhält auch ab und zu Millionenspenden). Allein diese Parteispenden lassen keine dieser Parteien zu einer Partei des Finanzkapitals werden.

[5] Der Zerfall: die letzte Phase der Dekadenz des Kapitalismus, Internationale Revue 13

wahnsinnigen, nahezu idiotenhaften Verkennung der Wirklichkeit und ein Zeichen der Unverantwortlichkeit – aber das Sich-darüber-Hinwegsetzen über alle wissenschaftlichen Warnungen seitens der Herrschenden ist ein mörderischer Zynismus der besonderen Art.

In der Sündenbockjagd und der Leugnung der Realität zeigt sich das Programm der Populisten nicht als Strategie, sondern als Symptom: eine völlig unvernünftige, perspektivlose Politik, die nicht „führt", sondern irrational reagiert.

Und die Arbeiterstimmen für die AfD? Ist die Tatsache, dass die AfD in einigen Regionen mehr Einfluss in Arbeiterkreisen gewonnen hat, ein Beweis für den Aufstieg des Faschismus? Keineswegs. Lange Jahre der Desorientierung – nach der Kampagne über den Tod des Kommunismus (in Wirklichkeit trat 1989 der Bankrott des Stalinismus ein, nicht des Kommunismus) – und die lange, darauf folgende Abwesenheit der Arbeiterklasse von der sozialen Front bewirkten, dass die Klassenpolarisierung lange Zeit aus den Augen geriet. Diese Abwesenheit der Klassenpolarisierung hat den Nährboden bereitet für das Aufkommen des Populismus. Es ist unleugbar, dass sich sowohl Arbeiter*innen in einigen Gegenden als auch Jugendliche in bestimmten Regionen (vermutlich nicht nur in Ostdeutschland) von der Propaganda der Populisten irreführen lassen. Dies ist ein Ausdruck und eine Widerspiegelung einer allgemeinen Perspektivlosigkeit – und der Tatsache, dass im Augenblick noch nicht die Klassenkonfrontationen mit voller Wucht im Vordergrund stehen, die die wirklichen Konfrontationslinien aufzeigen würden. Alle Wählerbefragungen zeigen, dass mehr als die Hälfte der AfD-Wähler diese nicht aus Überzeugung, sondern aus Protest gegen die anderen Parteien wählen – mit anderen Worten: mehr aus Ratlosigkeit, Verwirrtheit und Perspektivlosigkeit. Wenn sich Arbeiter*innen durch die AfD täuschen lassen, dann ist das noch kein Beleg dafür, dass sich dieselben für den Krieg breitschlagen lassen oder bereit sind, im Konkurrenzkampf der Unternehmer oder gegenüber den Sparbeschlüssen des Staates nachzugeben. Im Gegenteil: Es handelt sich hier um eine gefährliche Täuschung, als ob die Stimmabgabe, eine Protestwahl, die Seite des Kapitals zum Nachgeben zwingen und damit Stimmenzettel für die AfD der Krisen- und Kriegspolitik des Kapitals Einhalt gebieten könnte.

Menschenverachtung? Die Sündenbockjagd der AfD und die Scheinheiligkeit ihrer demokratischen Ankläger

Die Hauptabsicht der Sündenbocksuche durch die AfD besteht darin, davon abzulenken, dass tatsächlich Hunderte Millionen Flüchtlinge auf der Welt nach einem Ausweg suchen und dabei vor allem Europa und die USA ansteuern – auch wenn sie dabei riskieren, bei den Überfahrten oder auf den Menschenschmugglerrouten aufgegriffen und wieder abgeschoben zu werden (ob nach Ruanda oder in ein anderes Inferno) oder gar ihr Leben zu verlieren. Ihre Remigrationsphantasien und die Stimmungsmache gegen all die „schmarotzenden Ausländer" sind der Ausdruck einer völlig irrationalen Schuldzuweisung für das, was die AfD natürlich nicht ausspricht: die Sackgasse des Kapitalismus und die verheerenden Zustände in Teilen Europas, vor allem aber in den Gebieten um Europa und weiter hinaus. Millionen Flüchtlinge aus den Niedriglohnländern wollen verzweifelt ihrem Elend entfliehen und sind gezwungen, sich als Niedriglöhner zu verdingen – und wer nicht mal einen Niedriglohnjob ergattern kann, ist auf alle mögliche staatliche Unterstützung angewiesen, wenn er nicht kriminell werden will. Die AfD hetzt gegen genau die Menschen, ohne die in diesem Land nichts läuft – und ihre Schuldzuweisung dient neben der Verharmlosung der eigentlichen Maßnahmen der Regierungen natürlich auch dazu, das Nachdenken über die Ursachen des Zusammenbruchs des Kapitalismus in den Regionen außerhalb Europas zu blockieren.

Sicher zeichnet sich die AfD durch ihre besonders ekelhafte Schuldabwälzung der wachsenden Misere und Gewalt auf die Ausländer*innen aus. Aber ist es nicht so, dass man durch die Anprangerung der AfD die Praxis der EU und der USA selbst nahezu verschweigt? Hier muss die Scheinheiligkeit der „Stoppt-die-AfD"-Kampagne mit voller Härte beim Namen genannt werden. Die Grausamkeit der herrschenden Klasse kennt keine Grenzen – aber sie wird nicht von der AfD erfunden, sondern von den Demokraten praktiziert und verwaltet:

Wir haben dies am Beispiel der Flüchtlingskatastrophe an der türkisch-griechischen Grenze beschrieben: Flüchtlinge als Geiseln und Erpressungsmasse im imperialistischen Spiel Erdogans; die „Festung Europa", die mit scharfer Munition, Tränengas, Prügel und illegalen Push-backs verteidigt wird; Moria, ein Lager für 2.300 Menschen, in dem 20.000 hinter Stacheldraht zusammengepfercht werden; und der französische Außenminister, der das Programm dieser Festung auf den Punkt bringt: „Die Europäische Union wird dieser Erpressung nicht nachgeben. (...) Die Grenzen Griechenlands und des Schengen-Raums sind geschlossen, und wir werden dafür sorgen, dass sie geschlossen bleiben, das muss klar sein!" [6] Abschiebungen, die Zerstörung der Flüchtlingslager, der Bau von Mauern und Stacheldrahtzäunen, die Militarisierung der Grenzen und die administrativen Maßnahmen zur Einschränkung des Zugangs „werden in erster Linie von den demokratischen Staaten, in denen die Diktatur des Kapitals auf die perverseste und zynischste Weise zum Ausdruck kommt, mit größter Entschlossenheit und Eifer umgesetzt und angewendet". Die westlichen Demokratien, ob von links oder rechts regiert, sind nicht nur Komplizen der „Bösen" wie Erdogan und Putin – sie behandeln die Menschen auf die gleiche entwürdigende Weise, nur mit einem zusätzlichen Hauch Scheinheiligkeit.5

Die Grenzkontrollen, die Abschiebepolitik, der alltägliche Rassismus und die ausländerfeindliche Praxis der deutschen Behörden sind längst Alltag – ebenso wie die immer schärferen Abschiebemaßnahmen, die EU- und USA-weit eingeleitet wurden. Für das Kapital steht heute – im Gegensatz zu den 1930er Jahren – nicht die systematische Auslöschung von Bevölkerungsgruppen auf dem Programm (damals waren es Juden, „nicht lebenswerte Wesen", Kommunist*innen usw.), sondern deren möglichst profitable Ausbeutung, und diejenigen, die „zu viel" sind, werden abgewehrt und wieder abgeschoben – wie von der rot-schwarzen Regierung exemplarisch vorgeführt.

Und die AfD? Sie spannt den Bogen noch weiter: Sie treibt die Sündenbockjagd auf die Straße, gibt der Xenophobie eine Stimme und einen Mob, eskaliert die Brutalität – Hetzjagd, Pogromstimmung, offene Gewalt gegen alle möglichen Gruppen. Die AfD wirft keine ‚humane' Politik über Bord, sondern verschärft nur eine menschenverachtende Politik. Und genau deshalb ist es blanker Hohn, wenn ausgerechnet diejenigen, die diese Politik machen und

[6] Internationale Kommunistische Strömung, Die Grausamkeit der herrschenden Klasse kennt keine Grenzen!, IKSonline März 2020.

verwalten, die AfD als moralischen Auswurf brandmarken, um die eigene Praxis unangetastet zu lassen.

Wenn der Populismus kein Ausdruck eines aufsteigenden Faschismus ist, was ist er dann?

Der Populismus ist ein unvermeidliches Produkt einer Gesellschaft, in der ein gesellschaftliches Patt herrscht: zwischen dem Kapital, das seine „Lösung" für seine Widersprüche – den generalisierten Krieg in den Industriestaaten – nicht durchsetzen kann; und der Arbeiterklasse, die zwar nicht geschlagen ist, aber noch zu schwach, um ihre Perspektive, die Überwindung des Kapitalismus, anzustoßen. So entsteht eine gewisse „Leere", ein Patt, das gleichzeitig aber ein durch Fäulnis geprägtes Vakuum ist. Der populistische Aufschwung „erscheint als ein konzentrierter Ausdruck des Zerfalls des Systems, der Unfähigkeit beider Hauptklassen in der Gesellschaft, der Menschheit eine Perspektive für die Zukunft anzubieten“.2

Somit spiegelt der Populismus all die wachsenden Widersprüche innerhalb der Kapitalistenklasse wider, den Bankrott der klassischen bürgerlichen Parteien, der sich hinter den Wahlschlägen nicht mehr verbergen lässt. Er ist keine bewusste Funktion des Kapitals, sondern der Ausdruck seiner eigenen Irrationalität – und insofern ein Abbild der herrschenden Klasse selbst. Er sammelt all diejenigen ein, die von den Parteien und den Regierenden abgestoßen werden, und ist das Aushängeschild ihres Niedergangs: der Drang zum Terror gegen Sündenböcke, wie er für eine in der Sackgasse steckende Gesellschaft typisch ist.

Aber die Herrschenden wären keine Herrschenden, würden sie nicht diese Lage in ihrer ganzen Hintertriebenheit dazu ausnutzen, um uns für die Verteidigung der Demokratie einzuspannen. Der Populismus, den die herrschende Klasse nicht erschaffen hat, wird ihr nützlich gemacht: Die AfD liefert den Bösewicht, hinter dem sich die Bankrottierenden verstecken – die Kampagne „Stoppt die AfD" zwingt der Arbeiterklasse die Frage auf, wem sie sich anzugliedern hat. Und so rufen die „verantwortungsbewussten" Fraktionen der Bourgeoisie zur Verteidigung der Demokratie, und die Linken marschieren mit – auf getrennten Plätzen, aber in einer Front. Die Sozialistische Alternative (SAV) fordert gar: „Als stärkste Arbeiter*Innenorganisation muss der DGB eine großangelegte, konsequente Kampagne gegen rechts starten und sein gesamtes Mobilisierungspotential einsetzen."[7] Der DGB soll also Bremser- und Auffangbecken spielen – für eine Kampagne, an deren Ende die Arbeiterklasse hinter dem Staat steht, der sie enteignet.

Am Beispiel der USA haben wir diese Mechanik seziert: Als die New York Times, das gewöhnlich nüchterne Sprachrohr der liberalen amerikanischen Bourgeoisie, die Bevölkerung in einem Leitartikel zum kompromisslosen Kampf für die Verteidigung des demokratischen Staates gegen den „autokratischen Staat" Trumps aufrief, war das „nur eine Bestätigung dafür, dass die gesamte Bourgeoisie ihre eigenen ernsthaften Spaltungen nutzt, um die Arbeiterklasse zu spalten und sie dazu zu bringen, eine Form kapitalistischen Krieges oder einer anderen kapitalistischen Konfrontationslinie gegen eine andere zu wählen, um sie ihre eigenen Klasseninteressen vergessen zu lassen".[8] Dies lässt sich eins zu eins auf Deutschland übertragen: Die „Antifaschisten" von heute bieten der Arbeiterklasse an, Pest gegen Cholera zu tauschen – den demokratischen Moloch, der Aufrüstung, Abschiebungen und Sozialabbau verwaltet, gegen den populistischen Popanz, der dasselbe nur lauter verspricht.

Wir müssen also beiden begegnen: dem Antipopulismus, der uns hinters Licht führt, und dem Populismus, den wir entlarven. In der AfD wählt die Arbeiterklasse nicht ihre Perspektive, sondern den organisierten Ausdruck ihrer eigenen Ratlosigkeit – und in der „Kampagne gegen rechts" verteidigt sie nicht „ihre Demokratie", sondern die Angriffe, die diese Demokratie längst gegen sie führt: Aufrüstung, Kürzungen, Abschiebungen, Repressionsapparat. Welche Rolle die Partei Die Linke und das BSW dabei spielen, haben wir gesondert beleuchtet (siehe den hier folgenden Artikel zu der Partei Die Linke).

Nur wenn die Arbeiterklasse auf ihrem eigenen Boden zusammenkommt – die Verteidigung der gemeinsamen Interessen als Arbeiter*innen gegenüber Kapital und Staat –, kann eine wirkliche Einheit und Perspektive des Zusammenschlusses entstehen, anstatt hinter dem Staat für die „Verteidigung der Demokratie" gegen rechts zu mobilisieren. Diese Perspektive aber wollen gerade die Gewerkschaften versperren: Durch das Abhalten von Protesttagen wie am 26.09. soll der Eindruck entstehen, sie würden mächtig Dampf gegen die Sparpläne des Kapitals machen – ob Staat oder Unternehmen (siehe die jüngste Entwicklung bei Airbus) –, während in Wahrheit nichts Griffiges und Geschlossenes gegen den Abbau von Arbeitsplätzen und Rechten unternommen wird. Wir müssen selbst zusammenkommen und stärker und klarer als je für unsere Klasseninteressen eintreten.

TW, Ende September 2026

[7] SAV, aus dem Flugblatt „Wie kann die AfD gestoppt werden".

[8] Internationale Kommunistische Strömung, Trump 2: Neue Schritte ins kapitalistische Chaos, Internationale Revue (online) 2025

Lest das Manifest zu

50 Jahre Internationale Kommunistische Strömung

Unsere Organisation, die Internationale Kommunistische Strömung, wurde im Januar 1975 gegründet, also vor etwas mehr als 50 Jahren. Seitdem hat die Welt große Umwälzungen erlebt, und es ist unsere Aufgabe, dem Proletariat eine Bilanz dieser Zeit vorzulegen, um die Perspektiven aufzuzeigen, die sich heute für die Menschheit bieten. Dieses Manifest ist nicht nur durch das halbe Jahrhundert des Bestehens unserer Organisation gerechtfertigt, sondern auch dadurch, dass wir heute mit einer historischen Situation von äußerster Schwere konfrontiert sind.

In Papierform bei den Kontaktadressen bestellen oder lesen auf: internationalism.org

Die Partei Die Linke – sozialistischer Aufbruch oder Frischzellenkur für das Kapital?

Nachdem im Trump-Land die Weltstadt New York von einem selbsterklärten „Sozialisten“ Mamdani „gewonnen“ wurde, ist die Partei Die Linke in Berlin bei den Wahlen erstmals stärkste Partei geworden. In beiden Metropolen dominierten die Themen Wohnungsmarkt, explodierende Preise und der Konflikt Populismus/Anti-Populismus, der auf einen realen, tiefen Alltagsrassismus und eine stark migrantische Bevölkerung trifft, den Wahlkampf.

Doch wie konnte es in Berlin dazu kommen? Nach der Abspaltung des Bündnis Sahra Wagenknecht BSW[1] und dem plumpen Rassismus des Bundeskanzlers Merz[2] gab es einen enormen Mitgliederzuwachs[3] bei der Partei Die Linke. Die immer restriktivere Flüchtlingspolitik, der Sparkurs bei sozialen Projekten (der neben den Sozialarbeiter*innen hauptsächlich Leute mit migrantischem Hintergrund traf), die Sorgen vor wachsendem Rassismus und weiterer Sündenbock-Suche (Beeinträchtigte, Pflegebedürftige etc.), die Scheinheiligkeit und Doppelzüngigkeit, mit der die Politik der verbrannten Erde (und Menschen) in Gaza und Westbank ignoriert wurde, usw. mobilisierten viele Aktivistinnen und Aktivisten aus der Flüchtlingsbewegung, von antirassistischen Gruppen und NGOs, aber auch Tausende besorgte Leute bis hin zu heimatlosen Linksradikalen dazu, der Partei Die Linke beizutreten. Dieser Zuwachs ist nicht allein über den üblichen Entrismus kleiner trotzkistischer Organisationen zu verstehen, auch wenn die Sozialistische Alternative SAV, Arbeiter: innenmacht, SoL usw. weiterhin versuchen, der Partei Die Linke ihren Stempel aufdrücken. In diesem Artikel geht es also nicht um eine Kritik an diesem Entrismus,[4] sondern darum, die Funktion dieser Partei bloßzulegen und die Illusionen zu konfrontieren, die mit dem Wachstum und dem Wahlsieg der Partei zu Tage treten.

Doch um diese Entwicklung – eine Mischung von Aufbruch und Suche einer „Alternative“ zum etablierten Parteiensystem einerseits, Abwehr gegen den aufsteigenden Populismus andererseits – wirklich zu verstehen, müssen wir etwas tiefer in die Dynamik des politischen Apparates des Kapitalismus blicken. Wie wir bereits analysiert haben,2 verliert die herrschende Klasse zunehmend die Kontrolle über ihren politischen Apparat, der für die „wachsende Tendenz zur Disziplinlosigkeit und zum Rette-wer-sich-kann“ anfällig ist, gleichzeitig ist sie von einem massiven Vertrauensverlust betroffen. Genau vor diesem Hintergrund sind die sog. „verantwortungsvolleren“ Fraktionen der Bourgeoisie gezwungen, immer neue Strategien zur Eindämmung dieser Disziplinlosigkeit zu entwickeln. Dazu setzt sie verschiedene Mittel ein: die antipopulistische Politik, die Adaption populistischer Ideen – und die Wiederherstellung der Gegenüberstellung zwischen „links“ und „rechts“.2 Die letzte Partei, die auf diese Weise erfolgreich dem Parteiensystem der deutschen Bourgeoisie zugeführt wurde, waren die Grünen. An ihnen lässt sich erkennen, welche Aufgabe eine solche „neue Partei“ zu übernehmen hat.

Wie war das nochmal mit den Grünen?

Nach der Rückkehr der Arbeiterklasse auf der Weltbühne um 1968 gab es auch in Deutschland eine ganze Generation von politisierten und suchenden Menschen. Und auch wenn die Kämpfe der Arbeiterklasse in Deutschland schwächer ausgeprägt waren als z.B. in Frankreich oder Italien (es gab in Deutschland im September 1969 wilde Streiks in der Stahlindustrie und bei den migrantischen Arbeiter*innen in der Textil- und Autoindustrie), gab es eine Zeit lang ansatzweise eine vorsichtige Öffnung gegenüber der Geschichte der Arbeiterbewegung und den Lehren ihrer am meisten fortgeschrittenen revolutionären Organisationen bis hin zu den Lehren aus den verlorenen Kämpfen der Deutschen Revolution. Doch die Bourgeoisie reagierte mit einem vielfältigen Angebot von sogenannten K-Gruppen (hauptsächlich „Parteien“, die sich auf den Maoismus und Stalinismus und später auch Trotzkismus bezogen), und der Politisierung von Hunderttausenden wurde ohne eine starke politische Orientierung des Linkskommunismus die Spitze genommen und ein Ende gesetzt.[5] Am Ende dieses Prozesses stand die Gründung der Partei Die Grünen, die den „Marsch durch die Institutionen“ mit Unterstützung des Kommunistischen Bundes und anderer Überbleibsel der K-Gruppen antrat.

Was ist die Bilanz dieses „Aufbruchs“?

Die „Friedenspartei“ Die Grünen ermöglichte die Kriegsbeteiligung am Jugoslawien-Krieg, die Anti-NATO-Partei Die Grünen wurde zur Unterstützerin des Ostausbaus der NATO – und heute wundert sich niemand mehr darüber, dass sich z. B. der Grüne Hofreiter als einer der schärfsten Vertreter einer starken Militarisierung und Eskalation des Krieges in der Ukraine geriert. Die Öko-Partei Die Grünen führte die Vermarktung der Emissionswerte ein und betrachtet die Natur aus der Wertperspektive des Kapitals, um so die fortschreitende Zerstörung der (menschlichen) Natur zu verwalten.

Dieser Prozess beschreibt sehr gut die Aufgabe, die „alternative Parteien“ für die bürgerliche Klasse zu übernehmen haben: Sie sind eine Art „Frischzellenkur“ für eine Klasse, deren politischer Apparat in einer tiefen Krise steckt. Das demokratische System wurde durch die Partei Die Grünen in den 80er, 90er und 00er Jahren gestärkt; die Bourgeoisie war mit und durch die Grünen in der Lage, die sozialen Angriffe (Hartz I–IV) und die Grundlagen für eine verstärkte Militarisierung zu legen. Doch diese „Frischzellenkur“ hat einen endlichen Effekt. Die Grünen sind schon längst Teil des „etablierten Parteiensystems“; spä-

[1] Im Oktober 2023 verließ Sahra Wagenknecht zusammen mit neun weiteren Bundestagsabgeordneten die Partei Die Linke; das BSW wurde 2024 gegründet.

[2] Am 14. Oktober 2025 machte Bundeskanzler Friedrich Merz in Potsdam die umstrittene Aussage über Migration und das „Stadtbild“: „Aber wir haben natürlich immer im Stadtbild noch dieses Problem …“ Diese Äußerung löste massive Empörung aus, insbesondere bei Grünen, Linken und Teilen der SPD, die den Vorwurf des Generalverdachts gegen Menschen mit Migrationsgeschichte erhoben.

[3] Ende 2024: 58.532 Mitglieder, Ende 2025: 123.126 Mitglieder – ein Zuwachs von 110 %. Das Durchschnittsalter sank von ~45 Jahren (2024) auf 38,6 Jahre (2025), der Frauenanteil stieg auf 44,6 %.

[4] Alle, die daran interessiert sind, sollten unsere Broschüre Der Trotzkismus gegen die Arbeiterklasse lesen: https://de.internationalism.org/content/3334/der-trotzkismus-gegen-die-arbeiterklasse

[5] Siehe dazu unseren Artikel Zur Geschichte des politischen Milieus seit 1968, Weltrevolution 93, 1999

testens die Fridays-for-Future-Proteste haben gezeigt, dass die folgende Generation den Versprechungen der Grünen nicht mehr glaubt. Der Zerfall des Kapitalismus und die wachsenden Schwierigkeiten der Bourgeoisie, ihren politischen Apparat unter Kontrolle zu halten, der Druck der Irrationalität und des Populismus auf die bürgerliche Klasse selbst – all das macht es für die Bourgeoisie notwendig, erneut einen zumindest scheinbaren „Aufbruch" zu erzeugen. Und hier kommt Die Linke ins Spiel.

Die Berliner Hoffnung auf eine sozialistische Regierung

Zur Erinnerung: Die Partei war (zu Beginn noch unter dem Namen Partei des Demokratischen Sozialismus PDS) von Januar 2002 bis Oktober 2011 mit der SPD an der Regierung in Berlin beteiligt, von 2016 bis 2023 kam es zu einer erneuten rot-roten Regierung. Die Partei, die also die meiste Zeit in diesem Jahrhundert an der Berliner Regierung beteiligt war, die einen radikalen Sparkurs umgesetzt hat[6] und an der Privatisierung der öffentlichen Wohnungen beteiligt war,[7] soll nun alles besser machen?

Die Linke hat es durch ein geschicktes Manöver geschafft, sich als Alternative zu den regierenden Parteien CDU und SPD, aber auch der oppositionellen Grünen zu präsentieren – also der Parteien, die seit einigen Jahren von einem dramatischen Vertrauensverlust betroffen sind, da sie als Stützen des Systems angesehen werden. Sie agieren auf dem Feld zwischen Protest und verantwortlicher Staatstreue. Exemplarisch dafür steht die Bundestagsrede von Heidi Reichinnek.[8]

Genau hier kommt der Anti-Populismus ins Spiel, und das ist kein Zufall, sondern die eigentliche Funktion, die diese Partei heute für die bürgerliche Klasse erfüllt. Der Anti-Populismus ist die zentrale Eindämmungsstrategie der „verantwortungsvollen" Fraktionen der Bourgeoisie gegen den Zerfall ihres politischen Apparats: Der aufsteigende Populismus wird als bloßes moralisches Problem, als „Kulturkampf" der „Brandmauer" gegen „die da oben" dargestellt, statt als das, was er ist – ein Produkt der Perspektivlosigkeit und des Zerfalls des Systems selbst. Indem Die Linke die Empörung über die AfD, über Merz' rassistisches „Stadtbild" und über die Zustände im Lande aufsaugt, kann sie die Wut über die realen sozialen Angriffe und die reale Perspektivlosigkeit in die Bahnen der demokratischen Mystifizierung zurückleiten. Sie schlägt damit zwei Fliegen mit einer Klappe: Sie führt dem entkräfteten politischen Apparat neues Wahlvolk zu und stabilisiert gleichzeitig die Gegenüberstellung von „links" und „rechts", deren Wiederherstellung eine der wichtigsten Strategien der Bourgeoisie gegen den Populismus und ihre eigene Disziplinlosigkeit ist. Der Wahlsieg der Partei Die Linke in Berlin ist also kein Ausbruch aus dem System, sondern dessen innerstes Bedürfnis.

Das Zusammenspiel von Bewegung und Parlament funktioniert in Berlin deshalb so gut, weil die Bewegung und die Empörung, auf denen sie fußt, real ist. Berlin ist schon lange ein Melting-Pot der Kulturen. Der Fremdenhass und Rassismus von Teilen der Gesellschaft und auch der behördliche Rassismus treffen auf Hunderttausende Menschen aus unterschiedlichsten Kulturen, die sich teilweise seit Jahrzehnten, teilweise seit wenigen Jahren in Berlin durchschlagen. Viele Menschen mit arabischem Familienhintergrund sind besonders geprägt von den Bildern und Informationen über die systematische Zerstörung und Vertreibung in Gaza und Westbank; sie wurden in Deutschland konfrontiert mit staatlicher Repression, Polizeigewalt und enormer öffentlicher Scheinheiligkeit. Die Empörung darüber wurde von islamistischen und nationalistischen Kräften genutzt – ein Milieu, in dem auch Elemente mitmischen, die Teil der Partei Die Linke sind. So vermittelt die Partei in großen Teilen der Bevölkerung den Anschein einer moralischen Glaubwürdigkeit und gleichzeitig hat sie in üblicher linker Manier Illusionen in den bürgerlichen Staat befeuert. Ähnlich verhält es sich mit der Wohnungsfrage, ein reales Problem, welchem sie nun mit einer fast schon populistischen, staatssozialistischen Forderung nach „Vergesellschaftung" entgegentritt. Niemand scheint sich zu erinnern, dass es Die Linke war, die die Privatisierung kommunalen Eigentums ermöglicht hatte. Das reale Problem erzeugt die Illusion von einer „linken, sozialistischen Politik". Dies ist insbesondere bei jungen Menschen zu sehen: bei den 25–34-Jährigen erzielte die Linke 49 %, bei den jungen Frauen sogar 51 %, bei inoffiziellen Wahlen an den Schulen Werte über 50 %.

Die Linke: eine Kriegs- und Regierungspartei

Der Spagat zwischen Bewegung und Parlament erinnert an die frühe Zeit der Partei Die Grünen – und die Parallelen sind kein Zufall, sondern folgen derselben Logik der Integration in den bürgerlichen Staat. Was gestern die Friedenspartei von Petra Kelly war, die für die Kriegsbeteiligung in Jugoslawien mobilisierte, das ist heute Die Linke, die geschickt den Protest auf die Staatslinie bringt:

Der historische Bruch vom August 2021: Einen Monat vor der Bundestagswahl lehnte die Linksfraktion erstmals einen Bundeswehreinsatz nicht mehrheitlich ab. Beim Afghanistan-Mandat stimmten 5 Abgeordnete dafür, 7 dagegen, 43 enthielten sich. Fraktionschef Bartsch bedankte sich ausdrücklich bei „allen Kräften der Bundeswehr, die derzeit unter Einsatz ihres Lebens das Leben anderer retten", Spitzenkandidatin Wissler kritisierte den Einsatz sogar dafür, dass er nicht weit genug gehe. Dieser Bruch kam nicht aus heiterem Himmel: 1998/99 unterstützte die PDS faktisch den NATO-Krieg gegen Jugoslawien, 2009 rückte die Linkspartei von der Forderung nach sofortigem Afghanistan-Abzug ab, 2014 stimmten erstmals fünf Abgeordnete für einen Bundeswehreinsatz. Der August 2021 markierte den Punkt, an dem Die Linke ihre rein verbale Kritik an Kriegseinsätzen ablegte – wie die Grünen 1999 mit der Zustimmung zum Jugoslawien-Krieg hatte sie den Rubikon überschritten.

Die Zeitenwende: Beim größten Aufrüstungsprogramm seit Hitler, der Grundgesetzänderung für über eine Billion Euro Kriegskredite, stimmte im März 2025 der Bundesrat – mit den Stimmen der Linkspartei, die in Bremen und Mecklenburg-Vorpommern mitregiert. Heidi Reichinnek hatte klargestellt, dass Die Linke die Aufrüstung grundsätzlich bejaht: „Wir haben es nie abgelehnt, die Bundeswehr als Verteidigungsarmee aufzustellen." Co-Vorsitzender van Aken forderte im August 2025 „robuste Sicherheitsgaran-

[6] Z. B. wurden die Stellen im öffentlichen Dienst von 138.000 auf 105.000 reduziert und 2024 wieder Studiengebühren eingeführt.

[7] 2004 wurden ca. 65.700–67.000 Wohneinheiten plus Gewerbeeinheiten der GSW (Gemeinnützige Siedlungs- und Wohnungsbaugesellschaft!) vom Senat an ein Finanzkonsortium verkauft.

[8] „Brandmauer"-Rede (29. Januar 2025) gegen den CDU-Migrationsantrag, der von der AfD unterstützt wurde: „Man bekämpft Rechtsextreme nicht mit rechtsextremer Politik" – das Video ging viral und erzielte 35 Millionen Views auf TikTok.

tien“ für die Ukraine – eine dauerhafte westliche Militärpräsenz.

Die Ermöglichung der Kanzlerschaft von Merz: Als Merz im Mai 2025 im ersten Wahlgang scheiterte, sicherte Die Linke zu, den zweiten Wahlgang zu ermöglichen. Ramelow: „Wir werden auch als Linke mitwirken, dass die Zweidrittelmehrheit zustande kommt.“ Bartsch feierte die staatstragende Rolle: „Heute wurde ein Chaos verhindert!“ Schwerdtner buhlte anschließend offen um dauerhafte Zusammenarbeit mit der Union und der damalige Union-Fraktionschef Spahn bedankte sich ausdrücklich bei der Linkspartei.

Die Stützung des Rentenpakets: Als die Mehrheit der Merz-Regierung durch eine Rebellion der „Jungen Gruppe“ innerhalb der CDU gefährdet war, sprang Die Linke ein und enthielt sich geschlossen, sodass das Paket angenommen wurde.

Die Linke schafft es also schon in der Opposition, im Bund eine pragmatische Politik zu entwickeln und dem System neues Wahlvolk zuzuführen. Der „Aufbruch“, der in Berlin gefeiert wird, läuft auf dieselbe Integration hinaus, die die Grünen vollzogen haben: die Frischzellenkur für eine bürgerliche Klasse, die ihren politischen Apparat immer weniger unter Kontrolle hat. Nicht die Bewegung hat die Partei verändert – die Partei ist dabei, die Bewegung für den Staat zu vereinnahmen.

Der Zerfall des Kapitalismus – internationaler Klassenkampf statt Wohlfühlparolen

Es scheint hauptsächlich eine Bewegung der verzweifelten Abwehrhaltung zu sein, die sich nicht wagt, ihre eigenen Illusionen zu konfrontieren. Eine Abwehr gegen die Auswirkungen der Krise des Kapitalismus und seines Zerfalls, der die Wohnungssituation in allen Metropolen verschärft, der die populistische Hetze in allen „historischen Demokratien“ sprießen lässt – zusammen mit Fremdenhass, Wissenschaftsfeindlichkeit und intellektueller Dummheit –, der die Preise weltweit explodieren lässt und auch in den Prestige- und Prunkverwöhnten Hauptstädten der Welt den Rotstift ansetzt. Die Abwärtsspirale ist ein globales Phänomen, der Widerstand muss international organisiert werden. Nun scheinen jedoch Hunderttausende davor weiterhin die Augen zu verschließen und zu hoffen, dass eine Partei des bürgerlichen Apparats in Berlin den Spielraum hat, ihre Klientel – und sei es auch die Mehrheit der Bevölkerung – besser zu stellen. Dem müssen wir ein paar Zahlen gegenüberstellen:

Anfang 2026 betrugen die Schulden Berlins 67,2 Mrd. Euro – damit steht Berlin an zweiter Stelle hinter NRW im Schulden-Ranking der Bundesländer; betrachten wir die Pro-Kopf-Verschuldung, beträgt diese über 220 % des Länderdurchschnitts. Die Senatsplanung geht von einem Schuldenanstieg bis 2029 auf 84 Mrd. Euro aus. Die Aufgabe auch des nächsten Senats werden also weitere restriktive Kürzungen sein. Vor diesem Hintergrund sollten sich alle Illusionen in eine staatssozialistische Umverteilung erübrigt haben. Es ist nicht mehr möglich, sich der weltweiten Krise des Kapitalismus mit kommunalen Taschenspielertricks und Wohlfühlparolen zu entziehen.

Statt sich Hoffnungen zu machen, in Berlin eine „andere Politik“ machen zu können, muss man die tatsächliche weltweite Abwärtsspirale des Kapitalismus erkennen – und diese schreit nicht nach bürgerlichen Parteien, sondern nach der Überwindung dieses Systems. Das verlangt keine Abkehr von der Empörung und von den Kämpfen, die in Berlin real stattfinden. Aber es verlangt, dass wir uns mit den tatsächlichen Widersprüchen einer untergehenden Produktionsweise beschäftigen, statt sie hinter Wahlkampfrhetorik und „Brandmauern“ zu begraben. Es verlangt, dass wir uns in eine internationale Perspektive des Klassenkampfes einreihen. Die Geschichte des politischen Milieus seit 1968 lehrt, dass Politisierung ohne die Wiederaneignung der Erfahrungen der Arbeiterbewegung und den Errungenschaften der Kommunistischen Linken verpufft. Unsere Aufgabe ist es: die Lehren aus den Kämpfen der Arbeiterklasse wieder anzueignen und sich als Teil einer weltweiten Klassenbewegung zu begreifen, die eine Perspektive jenseits des zerfallenden Kapitalismus aufbaut. Die Illusionen des Populismus (siehe unseren Artikel in der kommenden Internationale Revue und unseren Artikel zur AfD) und die Illusionen einer „verantwortlichen“ sozialistischen Partei verdecken die tatsächliche weltweite Dynamik. Angesichts dieses Bankrotts und des kapitalistischen Chaos gibt es nur eine Perspektive: den Klassenkampf – lasst uns den Kampf selbst in die Hand nehmen und gemeinsam die Angriffe des Kapitals und seines Staates zurückschlagen; der Weg wird lang, schwierig und voller Hindernisse sein, aber er ist der einzige, der der Menschheit eine Zukunft bietet!

G, 27.09.2026

Lest unsere Broschüren und Bücher







Angesichts der Umweltkrise führt uns der Kapitalismus in die Katastrophe

Während die globalen Temperaturen Rekordwerte erreichen und der jüngste UN-Bericht prognostiziert, dass sich der Planet auf einen raschen Anstieg um 1,8 % gegenüber dem vorindustriellen Niveau zubewegt, zeigt der Sommer 2026 bereits die verheerenden Auswirkungen der globalen Erwärmung. Es ist keine Übertreibung zu sagen, dass weite Teile der Erde in Flammen stehen und wir eine Phase beispielloser Beschleunigung der Umweltkrise durchleben:

Wir haben Waldbrände in Europa (Spanien, Frankreich, Italien, Belgien) und weltweit (Algerien, Kanada, China, Hawaii, Indien) erlebt, die immer häufiger auftreten und zu einer immer größeren Zerstörung der Natur und menschlicher Lebensräume führen.

Das beschleunigte Abschmelzen der Gletscher führt zu verheerenden Schlammlawinen, wie sie sich am 26. August in Nepal ereigneten, wo der Wasserstand lokal innerhalb einer halben Stunde um neun Meter anstieg, Tausende von Menschen unter sich begrub und mindestens 1.400 Tote sowie 5.700 Vermisste forderte.

In einem weitläufigen Gebiet, das sich über Indonesien, die Philippinen und Malaysia erstreckt, hat eine verheerende Kombination aus Dürre, einem „Super"-El-Niño und einer rücksichtslosen industriellen Ausbeutung von Wäldern und Mooren zu gigantischen Bränden und giftigem Smog geführt, „der in einigen Gebieten zu einer ‚extrem gesundheitsschädlichen' Luftverschmutzung geführt hat, die mehr als 15-mal über dem von der Weltgesundheitsorganisation empfohlenen Wert lag".[1]

Hitzewellen verursachen Zehntausende weiterer Todesfälle. Während der Hitzewelle dieses Sommers starben in Europa 35.000 Menschen zusätzlich. Diese Zahl basiert auf Daten aus nur der Hälfte der europäischen Länder.

Im Juli 2026 wurde das französische Departement Ardèche von einem historischen und außergewöhnlich heftigen Hagelsturm heimgesucht, bei dem riesige Hagelkörner niedergingen, die erhebliche Schäden an Fahrzeugen und Wohngebäuden verursachten.

Zudem ist eine zunehmende Süßwasserknappheit zu beobachten. Aufgrund einer anhaltenden Hitzewelle im vergangenen Sommer sind mehrere große europäische Flüsse ausgetrocknet, was den Schiffsverkehr über einen langen Zeitraum unmöglich machte und langfristig die Flora und Fauna veränderte.

Und was unternimmt die Bourgeoisie, jene Klasse, die sich rühmt, die Zügel des globalen kapitalistischen Systems in der Hand zu halten, angesichts dieser sich verschärfenden Katastrophe? Mehr denn je opfert sie bewusst die Umwelt den Erfordernissen des wirtschaftlichen Wettbewerbs und der Ausweitung des Militarismus. Trumps Politik des „Drill, Baby, drill", gestützt auf seine dumme Behauptung, die globale Erwärmung sei nur ein Schwindel, ist nur der schamloseste Ausdruck der völligen Verachtung der Bourgeoisie gegenüber der ökologischen Krise. Der Klimaskeptizismus stellt einen wachsenden Trend innerhalb der Bourgeoisie dar, einer Klasse, die ein System „verwaltet", das sich im völligen Zerfall befindet, und die daher je länger je weniger fähig ist, eine klare Vision für die Zukunft des Planeten zu entwickeln, und sich immer mehr in die imaginären Welten abgedroschener Mythen flüchtet. Die Zahl der populistischen Regime weltweit, die die globale Erwärmung leugnen, nimmt stetig zu. Diese Regime lehnen meist die Klimawissenschaft ab, setzen auf Deregulierung und lenken Ressourcen in Investitionen um, die jeder kohärenten Klimapolitik zuwiderlaufen. „Klimapolitik und Umweltpolitik sind von Natur aus abstrakt und technisch, weshalb Populisten sie leicht als von der Elite getrieben und losgelöst von den alltäglichen Bedürfnissen der Bürger darstellen können."[2]

Doch selbst die „vernünftigsten" oder „verantwortungsbewusstesten" Fraktionen der herrschenden Klasse können sich der Perspektivlosigkeit des Kapitalismus und der tödlichen Spirale aus Konkurrenz und Militarismus, nicht entziehen. Sie nehmen bewusst zunehmend eine zynische Haltung ein, von Macrons „Wir müssen uns eben anpassen" bis hin zu Andy Burnhams Entscheidung, die Ölbohrungen in der Nordsee fortzusetzen. Ein weiteres aufschlussreiches Beispiel: Bis zum Herbst 2025 ging die Internationale Energieagentur IAE davon aus, dass die weltweite Nachfrage nach fossilen Brennstoffen bis 2030 ihren Höhepunkt erreichen würde, und erklärte, dass neue Investitionen in Kohle-, Öl- und Gasprojekte eingestellt werden müssten, um bis 2050 CO_2-Neutralität zu erreichen. Doch in einem deutlichen Kurswechsel wies die Agentur in ihren jüngsten Prognosen darauf hin, dass die Nachfrage nach Öl bis 2050 weiter steigen dürfte und dass neue Investitionen in konventionelle fossile Energievorkommen erforderlich seien. Dieser Rückzieher der IEA hinsichtlich des Höhepunkts der Ölnachfrage stellt eine erhebliche Abkehr von der Position dar, die sie seit fünf Jahren vertreten hatte.

Und vor allem stürzt sich die Bourgeoisie überall in Kriege und in die Rüstungsproduktion, was den völlig trügerischen und widerwärtigen Charakter ihrer sogenannten Verpflichtungen im Kampf gegen die globale Erwärmung offenbart.

Krieg verstärkt die Zerstörung der Erde

Die Kriege im Nahen Osten und in der Ukraine haben das Thema Klimawandel völlig in den Hintergrund gedrängt. Die Regierungen kürzen die ohnehin schon völlig unzureichenden „grünen" Maßnahmen, um mehr finanzielle Mittel in die Rüstung zu stecken. Die massive Zerstörung von Gebäuden und Infrastruktur führt zu einem erheblichen Anstieg der CO_2-Emissionen, und die eingesetzten Waffen verbreiten in großem Umfang Schadstoffe in Luft, Wasser und Boden.

So verursachten die Luftangriffe der israelischen Armee in den ersten 90 Tagen des Krieges im Gazastreifen den Ausstoß von 281.000 Tonnen CO_2. Der Krieg gegen den Iran hat ein giftiges Gemisch aus Chemikalien, Schwermetallen und anderen Schadstoffen freigesetzt, das alles bedroht – von der Landwirtschaft über das Trinkwasser bis hin zur Gesundheit der Bevölkerung – und

[1] Giftiger Rauch von Waldbränden breitet sich in Südostasien aus, während sich der ‚Super-El-Niño' verstärkt, BBC News, 03.09.2026. Weitere Informationen zu den schädlichen Auswirkungen der Umweltverschmutzung auf den Menschen finden Sie hier: Die weltweit führende medizinische Fachzeitschrift beleuchtet den Klimanotstand. The Lancet Countdown on Health and Climate Change. (The University of Sidney, 29.10.2025) Ergebnisse des Berichts von 2025

[2] Robert A. Huber, The role of populist attitudes in explaining climate change skepticism and support for environmental protection, ENVIRONMENTAL POLITICS 2020, VOL. 29, NO. 6, 959–982

das Umweltschäden und Gesundheitsrisiken hinterlassen wird, die möglicherweise noch Jahrzehnte andauern. Hinzu kommen die militärischen Blockaden von Getreide im Schwarzen Meer sowie von Düngemitteln in der Straße von Hormus, die die Auswirkungen von Hungersnöten und landwirtschaftlichen Engpässen, verursacht durch weltweite Dürren, Brände und Überschwemmungen, jeweils verschärfen.

Das Zusammenspiel von Krieg und ökologischer Zerstörung, verschärft durch die weltweite Wirtschaftskrise der Überproduktion, bildet den zentralen Bestandteil dessen, was bestimmte Fraktionen der Bourgeoisie als „Polykrise" bezeichnen und was wir als „Wirbelwirkung" bezeichnen. So präsentiert sich das bedrohliche Gesicht des Kapitalismus in seiner Phase des endgültigen Niedergangs und des Zerfalls, die sich seit Beginn der 2020er Jahre beschleunigt und mit dem Krieg gegen den Iran eine neue Stufe erreicht hat.

Der Verbrauch erneuerbarer Energien in der Sackgasse

Zahlreiche bürgerliche Experten – zumindest diejenigen, die die Realität der ökologischen Krise anerkennen – behaupten, die Lösung liege im „Wandel" hin zu erneuerbaren Energien. Es steht außer Frage, dass eine auf die menschlichen Bedürfnisse ausgerichtete Gesellschaft weitgehend durch erneuerbare und umweltfreundliche Energiequellen versorgt werden wird, doch ein „grüner Wandel" im Rahmen des Kapitalismus erweist sich zunehmend als Illusion.

Derzeit machen erneuerbare Energien weltweit zwischen 13 % und 18 % des gesamten Endenergieverbrauchs aus, während politische Kursänderungen in den USA (die Streichung von Subventionen für Wind- und Solarprojekte) und in China (ein neuer Preismechanismus für erneuerbare Energien ab 2025, der die Garantie einer Rendite abgeschafft hat) das Wachstum dieses Sektors gebremst haben. Zwar nehmen die erneuerbaren Energiequellen zu, doch der weltweite Verbrauch fossiler Brennstoffe erreicht in absoluten Zahlen neue Höchststände. Der weltweite Kohleverbrauch war im Jahr 2023 sogar höher als je zuvor.

China ist der weltweit größte Wachstumsmarkt für erneuerbare Energien: Das Land baut mehr Wind- und Solarkapazitäten aus als jede andere Volkswirtschaft. Dies hat Befürworter des „Wachstumsrückgangs" wie Jason Hickel dazu veranlasst, China zu loben, das seiner Meinung nach weder vom Wertgesetz noch vom Bedürfnis nach imperialistischer Expansion getrieben sei.[3] Gleichzeitig bleibt China jedoch der weltweit größte Emittent von Treibhausgasen und ist für mehr als 30 % der globalen Emissionen fossiler Brennstoffe verantwortlich. Dies ist ein typisches Beispiel für die Widersprüche, mit denen der Kapitalismus konfrontiert ist: Das Land, das bei der Umsetzung erneuerbarer Technologien führend ist, bleibt gleichzeitig der weltweit größte Verursacher von CO_2-Emissionen. Und hinter diesem Widerspruch verbirgt sich die Realität Chinas als vollwertiger kapitalistischer und imperialistischer Konkurrent und keineswegs, wie Hickel behauptet, als „Opfer" des Imperialismus, dessen Definition er allein auf den „Westen" beschränkt. Chinas zunehmend erfolgreicher Wettlauf um die Führung bei der weltweiten Entwicklung der KI und vor allem sein Projekt der „Neuen Seidenstraßen", ein globales, sowohl wirtschaftliches als auch militärisches Unterfangen, sind zweifellos die deutlichsten Belege für die (offen bekundete) Absicht der chinesischen Bourgeoisie, die im Niedergang begriffenen Vereinigten Staaten zu überholen und sich als führende Weltmacht durchzusetzen.

Die Maßnahmen des Kapitalismus zur Erleichterung des Übergangs zu erneuerbaren Energien werden zudem durch das zunehmende Chaos des Systems behindert, das dazu führt, dass Ereignisse wie Kriege alle bisherigen Pläne durchkreuzen und diesen Prozess um viele Jahre verzögern. Die Welt durchläuft einen Zersplitterungsprozess, in dem das Prinzip „Jeder für sich" die Oberhand gewonnen hat und internationale Zusammenarbeit (im Rahmen dessen, was unter dem Kapitalismus möglich ist) im Wesentlichen der Vergangenheit angehört.

Der Kapitalismus hat keine Lösung für die Umweltkrise

Die globale Erwärmung und die Zerstörung der Natur sind keine natürlichen Phänomene, sondern das unvermeidliche Ergebnis des Strebens des Kapitals nach Gewinnmaximierung, nach der Verwandlung von allem in Waren, nach der Durchdringung bis in die entlegensten Winkel des Planeten und nach der maximalen Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft und der natürlichen Ressourcen. Ohne diese Dynamik kann es keinen Kapitalismus geben, ebenso wenig wie es einen Kapitalismus geben kann, der die internationale Zusammenarbeit über den wirtschaftlichen und militärischen Wettbewerb zwischen den Nationen stellt.

Die einzige Alternative zur Sackgasse der kapitalistischen Produktionsweise ist eine völlig andere Produktionsweise, die nicht von der endlosen Ausweitung des Wertes bestimmt wird, sondern ausschließlich von der Befriedigung menschlicher Bedürfnisse – zu denen auch das Bedürfnis gehört, in einer Umwelt zu leben, die unserer langfristigen Fortbestand förderlich ist. Produktion für den Gebrauch und nicht für den Profit, für die kostenlose Verteilung und nicht für den Verkauf; die Abschaffung von Grenzen und das Ende der Nationalstaaten. Mit einem Wort: der Kommunismus.

Die Wirtschaftskrise des Kapitals, seine Kriege und seine Dynamik der Zerstörung zwingen die Arbeiterklasse weltweit dazu, ihre gemeinsamen Interessen zu erkennen und eine revolutionäre Perspektive für die Zukunft zu entwickeln. Doch gerade der Zerfall des Systems selbst bringt mächtige Hindernisse mit sich, die das Proletariat daran hindern, sich auch nur als Klasse zu erkennen, geschweige denn die Vision einer kommunistischen Zukunft zu entwickeln. Die sich häufenden Umweltkatastrophen sowie die Ausbreitung von Kriegen auf der ganzen Welt rufen derzeit in der Masse des Proletariats eher Gefühle der Ohnmacht und der „No Future"-Stimmung hervor, während die Minderheit, die allmählich den Zusammenhang zwischen der Klimakrise und dem kapitalistischen System zu erkennen beginnt, nur allzu oft dazu verleitet wird, Protestbewegungen und Parteien zu unterstützen, die behaupten, der richtige Weg bestehe darin, an das Gewissen der Weltpolitiker zu appellieren oder innerhalb der bestehenden Ordnung nach grünen Alternativen zu suchen – insbesondere jene, die Greta Thunberg folgen, oder die verschiedenen grünen Parteien, oder auch Militante mit scheinbar radikaleren Parolen wie die Gruppe „Extinction Rebellion".

Dennoch entdeckt eine Minderheit innerhalb dieser suchenden Minderheit gerade die marxistische Tradition, die Tradition der Kommunistischen Linken, den Schatz, den ihre Analyse der Beziehungen zwischen Kapital, Natur und Menschheit darstellt, sowie den revolutionären Charakter der internationalen

[3] Siehe zum Beispiel den Podcast „How to Overcome Capitalism" | Jason Hickel über Sozialismus, China und den Westen

Arbeiterklasse. Das Entstehen solcher Minderheiten ist das Ergebnis eines unterirdischen Reifungsprozesses, ein Meilenstein auf dem Weg in die Zukunft, hin zu dem Moment, in dem eine Klasse, die die zersplitterten und korporatistischen Kämpfe hinter sich lässt und auf einem selbstbewussten Klassenterrain kämpft, ihre Antwort auf alle Dimensionen des Zusammenbruchs dieses Systems in das historische Projekt des Sturzes der Herrschaft des Kapitals integrieren muss.

Amos, 5. September 2026

Festgefahrenes Kriegsgeschehen weltweit

Auch ohne Sieger oder Besiegte kann sich die Barbarei des Krieges nur weiter verschlimmern

Der Krieg zwischen den USA und dem Iran versandet, begleitet vom täglichen Ballett wechselhafter Erklärungen: An einem Tag wird mit großem Tamtam das Ende der Feindseligkeiten und die Freigabe der Straße von Hormus verkündet, am nächsten Tag verspricht man die Fortsetzung der Luftangriffe. Die Scheinwaffenruhen ändern daran nichts: Wie immer tauschen Teheran und Washington weiterhin tödliche Schüsse rund um die Straße von Hormus aus, die Seeblockade dauert an und Schiffe, die es wagen, sich ihr zu widersetzen, werden versenkt. Es herrscht allgemeines Chaos in der gesamten Region, in der fast zwanzig Länder in einen Krieg ohne wirklich definiertes Ziel verwickelt sind, aus dem selbst die Vereinigten Staaten keinen Ausweg mehr sehen. Vor diesem Hintergrund kam es zu Beginn des Sommers zur Unterzeichnung eines Abkommens zwischen drei regionalen Mächten, die indirekt in diesen Krieg verwickelt sind: Pakistan, Saudi-Arabien und die Türkei. Ein Abkommen, das zwar keine Schlagzeilen macht, aber dennoch von großer Tragweite ist.

In diesem Pulverfass, das der Nahe und Mittlere Osten darstellt, versetzt dieser Pakt den Abraham-Abkommen von 2020 einen tödlichen Schlag, die unter der Schirmherrschaft Washingtons zwischen Israel, den Vereinigten Arabischen Emiraten und Bahrain unterzeichnet wurden und die Zusammenarbeit und den Frieden zwischen dem jüdischen Staat und arabischen Ländern angesichts der angeblichen schiitischen Bedrohung durch den Iran versprechen sollten. Die Terroranschläge der Hamas gegen Israel am 7. Oktober 2023 haben offensichtlich das Scheitern dieses x-ten Versuchs einer „Befriedung“ der Region unter amerikanischer und israelischer Führung besiegelt, ebenso wie das Festfahren dieser Länder im Konflikt mit dem Iran. Das Wort der USA ist nicht mehr viel wert: Ihre Glaubwürdigkeit ist stark angeschlagen, sowohl als Abschreckungspotenz wie auch als Garant für die Interessen ihrer regionalen „Verbündeten“.

Auf dem Weg zu mehr Blutvergießen und Instabilität

Dieser Anfang August unterzeichnete Pakt, der sogenannte Mekka-Pakt, bestätigt die Entstehung eines Bündnisses zwischen Ländern, die nun unverhohlen ihr Misstrauen gegenüber den traditionellen Sicherheitspartnerschaften mit den Großmächten – allen voran den Vereinigten Staaten – zur Schau stellen; ein Misstrauen, das seit fast zehn Jahren wächst und durch den Krieg gegen den Iran im Jahr 2026 auf eine neue Ebene gehoben wurde. Dieser Pakt unterstreicht zudem, dass diese Länder beschlossen haben, offen ihre eigene imperialistische Karte auszuspielen. Denn hinter den gemeinsamen Erklärungen über ihre guten Absichten zur „kollektiven Abschreckung“ angesichts des regionalen Chaos halten die drei Unterzeichner schwarz auf weiß fest, dass „jeder Akt der Aggression, jeder bewaffnete Angriff gegen einen der drei Staaten als Angriff auf alle drei Staaten betrachtet wird“.

Angesichts der Tatsache, dass Pakistan eine Atommacht ist, die Türkei über eine der mächtigsten und kampferprobtesten Armeen der Region verfügt und Saudi-Arabien seine finanzielle Schlagkraft einbringt, wird deutlich, wie viel die Friedensversprechen tatsächlich wiegen. Die drei Unterzeichner beteuern natürlich, dass ihr Pakt rein defensiver Natur sei – eine diplomatische Floskel, die bei jedem entstehenden Bündnis obligatorisch ist. Doch die Verpflichtung selbst ist eindeutig: Durch die Bündelung ihrer militärischen Mittel sorgen diese drei Staaten dafür, dass der kleinste Grenzkonflikt, der kleinste vereinzelte Angriff, der kleinste Zwischenfall auf See nicht länger eine lokale Angelegenheit ist, sondern sofort zu einer Angelegenheit der drei wird. Dieser Pakt kündigt nicht das Ende des Krieges an: Er erweitert im Voraus den Umfang künftiger Kriege!

Jeder reagiert von Fall zu Fall, um seine unmittelbaren imperialistischen Interessen zu verteidigen, selbst wenn dies bedeutet, die Bündnisse von gestern ohne Gewissensbisse zu verleugnen. Pakistan, gestern noch direkter Verbündeter Chinas, hat sich die Rolle des Vermittlers zwischen Washington und Teheran zugeteilt, und nun spielt es seine eigene Karte an der Seite von Saudi-Arabien und der Türkei aus. Die Türkei, bis vor kurzem noch das schwarze Schaf der NATO, will ihren Emanzipationswillen gegenüber Europa, Israel und den Vereinigten Staaten durchsetzen, während sie Russland schonend behandelt.

Hinter solchen Abkommen verbirgt sich keine solide geostrategische Neuordnung, sondern die Verteidigung kurzfristiger imperialistischer Interessen. Und das ist kein Zufall: Es ist das Wesen der historischen Situation für alle imperialistischen Mächte, ohne Ausnahme. Weder heute noch morgen gibt es eine Festigung dauerhafter Bündnisse, keinen Block, der sich hinter einem amerikanischen, russischen, chinesischen oder europäischen Führer versammelt. Die Gelegenheit macht den Dieb – in einem imperialistischen Spiel, das sich von Tag zu Tag neu ordnet und dem Chaos jeden Tag noch mehr Chaos hinzufügt.

Wo ist heute die amerikanische Kontrolle über den Nahen Osten? Stellen wir uns nur einmal einen Krieg zwischen Israel, dem angeblich unerschütterlichen Verbündeten, und der Türkei, einem NATO-Mitglied (mit der theoretischen Verpflichtung der USA, einzugreifen), vor – das wäre das größte Durcheinander, das Unvorhersehbarste überhaupt! Der Nahe Osten ist das perfekte Beispiel dafür und bestätigt Punkt für Punkt die Analyse, die die IKS seit Jahren zur Entwicklung imperialistischer Kriege und Auseinandersetzungen entwickelt.

Weder Blöcke noch ein besiegtes Proletariat

Die Fakten bestätigen dies jeden Tag mehr: Die Bildung stabiler imperialistischer Allianzen oder Blöcke, die von einem unangefochtenen Anführer dominiert werden und auf einen neuen Weltkrieg zusteuern, steht nicht auf der Tagesordnung. Zwar besteht eine große Rivalität zwischen den USA und ihrem chinesischen Herausforderer. Doch diese Dynamik wird ständig durch die Zunahme militärischer Auseinandersetzungen zwischen imperialistischen Staaten zweiter Reihe oder sogar zwischen den Großmächten selbst behindert.

Die Aussicht auf einen dritten Weltkrieg wird dennoch bei jeder Gelegenheit lautstark propagiert, sobald sich die kriegerische Lage in der Ukraine, im Nahen Osten oder im Chinesischen Meer zuspitzt. Die bürgerlichen Medien scheuen sich nicht, falschen Alarm zu schlagen, um die Vorstellung zu untermauern, dass es vor allem darum gehe, das „Lager der Demokratie“ zu verteidigen. All dies hat nur ein Ziel: die Rechtfertigung von gigantischen Rüstungsausgaben und der verstärkten Angriffe auf die Arbeiterklasse im Namen der „notwendigen Opfer“.

Die Linken legen noch eine Schippe drauf, und zwar auf noch hinterhältigere Weise: Wenn man ihnen zuhört, wären die autokratischen Führer aller Couleur (Trump, Netanjahu, Putin, Milei ...) nichts anderes als Sprungbretter für die Rückkehr des Faschismus und des Weltkriegs, gegen die die Arbeiterklasse eine Front bilden müsse. Eine gemeinsame Front mit wem, wenn nicht mit der bürgerlichen Demokratie? So wird der Klassenkampf schlicht und einfach in der Verteidigung der bestehenden Unordnung und der kapitalistischen Barbarei aufgelöst!

Noch bedauerlicher ist: Gruppen aus dem revolutionären Milieu schließen sich dieser Analyse an und urteilen, wie die Internationalistische Kommunistische Tendenz (TCI), dass „die zunehmende Anarchie der Nationen auf der Suche nach Vorteilen die Befürchtung eines groß angelegten Weltkriegs weckt“. Indem sie verkünden, die Welt steuere auf den Dritten Weltkrieg zu, verwirren diese Gruppen nicht nur die Klasse: Sie verschleiern ihr ihre eigene Stärke, demoralisieren sie und tragen in keiner Weise zur Entwicklung ihres Kampfes bei.

Heißt das, dass es keine weltweite Verschärfung der Kriegsgefahr gäbe? Natürlich nicht. Das Chaos ist bereits da, es wächst, ist irrational und zieht den gesamten Planeten in ein mörderisches Jeder-für-sich hinein. Ob die USA ihre Einkreisung Chinas verstärken, ob China darauf mit einer Invasion Taiwans reagiert, ob Washington militärisch antwortet: Die Risiken einer unkontrollierten nuklearen Eskalation stehen bereits auf der Tagesordnung. Das Gleiche gilt für Russland, das in der Ukraine zunehmend in die Defensive gerät und absolut unfähig ist, sich in einem Konflikt, der ihm monatlich Tausende von Toten und Verwundeten kostet, als besiegt einzugestehen. Die Hunderttausenden von Toten in der Ukraine seit mehr als vier Jahren, das Gemetzel in Gaza oder im Iran sind keine Zukunftsaussichten: Es ist die unmittelbare Realität! Diese Kriegskatastrophen sind tief im Prozess des Jeder-für-sich und des wachsenden imperialistischen Chaos verwurzelt, ohne dass man auf das verheerende Feuer eines Weltkriegs warten muss.

Es wäre daher unverantwortlich, die Schwere der weltweiten Lage zu unterschätzen. Doch wie wir bereits im Januar 1990 schrieben: „Daher ist es von großer Bedeutung, klarzustellen, daß, wenn die Lösung des Proletariats - die kommunistische Revolution - die einzige ist, die der Zerstörung der Menschheit (die die einzige "Lösung" ist, die die Bourgeoisie auf ihre Krise geben kann) trotzen kann, diese Zerstörung nicht zwangsläufig aus einem dritten Weltkrieg resultieren muß. Sie könnte gleichermaßen aus dem bis zum Äußersten getriebenen Zerfall resultieren (Umweltkatastrophen, Epidemien, Hungersnöte, die Entfesselung lokaler Kriege usw.).“

Die Weigerung, sofort die Perspektive eines dritten Weltkriegs in Betracht zu ziehen, und die Feststellung, dass sich ein allgemeines Chaos verschärft, das zur Vernichtung der Menschheit führen könnte, ist nicht nur eine Frage der Wortwahl und auch keine scholastische Debatte über die Entwicklung der Barbarei und die Dynamik von Konflikten. Dieser Perspektive fehlen zwei entscheidende Voraussetzungen.

Eine notwendige Debatte für die Zukunft

Ein Weltkrieg erfordert stabile Blöcke. Er setzt voraus, dass die Bourgeoisien weltweit in der Lage sind, im Spiel um die imperialistische Vorherrschaft unter der Ägide führender Mächte ein Mindestmaß an Kohärenz und Organisation durchzusetzen. Jeder im Hinblick auf einen Weltkrieg gebildete Block muss sowohl in wirtschaftlicher und militärischer Hinsicht als auch in Bezug auf die strategische Koordination ausreichend mächtig sein. Davon ist heute nichts zu sehen, in einem Kontext, in dem zentrifugale Kräfte und das Prinzip „Jeder für sich“ vorherrschen: Die aktuellen, schwankenden und sich ständig verändernden Bündnisse entsprechen in keiner Weise den Bedingungen der Stabilität und Verlässlichkeit, die die Vorbereitung eines gnadenlosen weltweiten Krieges erfordern würde. Man kann es sich nicht leisten, dass die Verbündeten von heute zu den Gegnern von morgen werden und umgekehrt. Diese Schwierigkeit der Bourgeoisie, die Logik der Blöcke durchzusetzen, nicht zu erkennen, ist kein nebensächliches Detail: Es bedeutet, sich selbst dazu zu verdammen, nichts von der historischen Dynamik, von der zunehmenden Irrationalität der Bourgeoisie auf allen Ebenen (militärisch, wirtschaftlich, politisch ...) und von den Folgen für die Arbeiterklasse zu verstehen.

Ein Weltkrieg erfordert zudem ein besiegtes Proletariat. Er setzt voraus, dass die Bourgeoisie in der Lage wäre, den Großteil der Arbeiterklasse der zentralen Länder zu mobilisieren, sie in die Kriegsanstrengungen einzubinden und sie diszipliniert in das Massenmassaker zu führen. Dies ist heute nicht der Fall. Die Arbeiterklasse ist nach wie vor sehr anfällig, was ihre Fähigkeit betrifft, direkt auf den Krieg in der Ukraine oder im Nahen Osten zu reagieren, doch weigert sie sich bereits in vielen Ländern, die Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen unter der Last der Kriegswirtschaft hinzunehmen. Das sehen wir seit 2022 in Großbritannien, Frankreich, Belgien oder den Vereinigten Staaten. Wir sehen es heute sogar in Spanien und den Niederlanden, wo sich Tausende von Arbeitern gegen die Folgen einer Kriegswirtschaft wehren, die Unternehmen wie Airbus dazu zwingt, das Arbeitstempo zu erhöhen und die Arbeitsbedingungen zu verschlechtern.

Die Annahme, der Dritte Weltkrieg stehe vor der Tür und stelle die größte Gefahr für die Arbeiterklasse dar, ist ein doppelter Irrtum. Zum einen unterschätzt man damit die Schwere des gegenwärtigen Kriegschaos und seiner unmittelbaren Folgen. Zum anderen unterschätzt man die Reaktionen und das Potenzial des Proletariats angesichts der wirtschaftlichen Angriffe sowie die Rei-

fung des Bewusstseins in seinen Reihen. Diese Realität so klar wie möglich anzuerkennen, ist keine theoretische Übung: Es bedeutet, sich für die revolutionäre Tätigkeit in Kampfbereitschaft zu versetzen. Auf diesem Gebiet besteht die Pflicht der Revolutionäre nicht darin, sich herauszuhalten, sondern dazu beizutragen, die Perspektive des revolutionären Kampfes zu verdeutlichen.

Stopio (10. September)

Ceuta

Die zynische Ausbeutung von Migrantinnen und Migranten durch die herrschende Klasse

Am 30. Juli strömten 60.000 Flüchtlinge, überwiegend junge Menschen aus Marokko, auf der Suche nach Arbeit in der Europäischen Union in die Enklave Ceuta. Ihr Leid muss ein Weckruf für die weltweite Arbeiterklasse sein, die selbst Opfer von Ausbeutung und Arbeitslosigkeit ist. Die qualvolle Schwimmreise, die diese verzweifelten jungen Menschen auf sich nahmen, kostete 77 von ihnen das Leben. Bei ihrer Ankunft wurden die erschöpften Überlebenden von überforderten Ordnungskräften empfangen, die sofort durch einen beeindruckenden Sicherheitsaufmarsch unterstützt wurden: Einheiten der spanischen Armee, verstärkte Bereitschaftspolizei und die spanische Marine, zusätzlich zu den bereits bestehenden Verteidigungsanlagen entlang einer vollständig militarisierten und befestigten Küste. Die Zwangsrückführung nach Marokko erfolgte ebenso rasch wie grausam.

Die Beschleunigung des Zerfalls

Diese beispiellose Episode ist mehr als nur eine weitere Tragödie. Dieses düstere Ereignis knüpft zweifellos an die zahlreichen tödlichen Versuche von Migrierenden an, die seit Jahrzehnten um jeden Preis versuchen, über die gefährliche Überquerung des Mittelmeers, das sich in einen riesigen Meeresfriedhof verwandelt hat, europäischen Boden zu erreichen. Doch diesmal war die Mobilisierung keineswegs spontan; die Migrant*innen überrannten die Stadt in Rekordzeit – eine beispiellose Leistung – in weniger als 24 Stunden. All dies lässt sich nur durch die katalysierende Rolle erklären, die soziale Medien und Algorithmen spielten, sowie durch die „virale“ Aktion von Akteuren, die fälschlicherweise behaupteten, „die spanische Grenze sei offen“. Diese Akteure wurden höchstwahrscheinlich vom Staat unterstützt, und es war natürlich unmöglich, sie aufzuspüren, da die Konten unmittelbar nach Beginn des Geschehens verschwanden.

Migrierende, die gestern wie heute Opfer sind, fliehen vor einer Armut, die unerträglich geworden ist. Der afrikanische Kontinent, der von der globalen Wirtschaftskrise, von der Ausbreitung und Verschärfung bewaffneter Konflikte sowie vom Chaos des Zerfalls und der zunehmenden Barbarei heimgesucht ist, wird unbewohnbar. Inflation und Arbeitslosigkeit treffen diesen Kontinent hart, wie es auch in Marokko der Fall ist, wo 37 Prozent der jungen Menschen arbeitslos sind. Die jüngste Tragödie in Ceuta ist in dieser Hinsicht das Ergebnis desselben Bankrotts des Kapitalismus; es ist die Tragödie derselben ausgebeuteten Klasse, nämlich der Arbeiterklasse auf der ganzen Welt, die nichts anderes zu verkaufen hat als ihre Arbeitskraft, in der Hoffnung, ihren Lebensunterhalt zu bestreiten – allzu oft um den Preis der Gefahren eines erzwungenen Exils.

Diejenigen, die die Reise als Reaktion auf Aufrufe in den sozialen Medien wagten, riskierten zu ertrinken. Sie wurden systematisch verfolgt, aufgespürt und abgeschoben. Das Gleiche gilt auf jedem Kontinent, wo Stacheldraht, Mauern und Wachtürme errichtet werden – doch diese Maßnahmen reichen nicht mehr aus. Spanien hat zudem erst kürzlich vor der Küste der Enklave Ceuta eine 500 Meter lange schwimmende Barriere installiert, wodurch neue Asylsuchende einem noch abschreckenderen und tödlicheren Hindernis ausgesetzt sind.

Andere ähnliche, praktisch unüberwindbare schwimmende Barrieren wurden bereits an anderen Orten errichtet und haben weitere Opfer gefordert – zum Beispiel am Rio Grande, wo sie die Grenze zwischen Mexiko und den Vereinigten Staaten brutal versperren.

Alle Staaten sind entweder Täter und/oder Komplizen bei diesen barbarischen Maßnahmen. Und die schönen Worte über das „Recht auf Asyl“ und die „Freizügigkeit“ dienen keinem anderen Zweck, als dem, die kapitalistische Geschäftsführung, die Profitlogik und die Kontrolle zu verschleiern, die darauf abzielen, die herrschende Ordnung aufrechtzuerhalten, und ausschließlich den Interessen des bürgerlichen Staates gegen die „Unerwünschten“ dienen, die verzweifelt versuchen, verbarrikadierte Grenzen zu überqueren, um zu überleben. In dieser Hinsicht dienen die schönen Worte der Linken und der Linksextremen, die sich im Namen der „Gerechtigkeit“ empören, dazu, die eiserne Faust zu verstärken, für die sich rechte und rechtsextreme Parteien offen einsetzen, die angesichts der „Sogwirkung“ eine „Stärkung der Grenzen“ fordern, um eine „Invasion“ zu verhindern. Auch wenn die politische Rhetorik der demokratischsten Staaten und der Linken „humaner“ erscheinen mag, ist sie dennoch trügerisch und tödlich.

Der französische demokratische Staat beispielsweise hatte versucht, das Migrationsproblem an die Folterer in abscheulichen libyschen Lagern auszulagern, während die EU selbst weiterhin die Drecksarbeit der Unterdrückung und Inhaftierung von Migrant:innen an Drittstaaten delegiert – im Austausch gegen erhebliche Zahlungen und mittels zahlreicher Erpressungsversuche: gegen die Türkei, Tunesien, Marokko usw. Großbritannien selbst unterzeichnete ein Abschiebungsabkommen mit Ruanda, während Melonis Italien seine Politik an Zentren in Albanien ausgelagert hat und so weiter. Sicher ist jedoch, dass die Linken und die fälschlicherweise als „progressiv“ bezeichneten politischen Bewegungen nicht weniger effektiv waren als die Rechten oder die Ultrakonservativen. Im Gegenteil, sie waren gefürchtet!

In den Vereinigten Staaten beispielsweise waren Obama und Biden bei der Abschiebung illegaler Einwanderer:innen weitaus effektiver als Trump und seine ICE-Miliz; sie gingen sogar so weit, hispanische Kinder von ihren Familien zu trennen. Was die Brutalität angeht, steht die Linke den schlimmsten rechten Folterern in nichts nach, wie dies seinerzeit – mit Zustimmung der EU – der spanische Sozialist Zapatero demonstrierte, dessen Sicherheitskräfte 2007 fünf Migranten erschossen. Dieselbe sozialistische Regierung hatte den massi-

ven Einsatz von Truppen der Fremdenlegion und der Guardia Civil genehmigt, mit der Anweisung, Flüchtlinge auf „humane“ Weise zurückzuschicken. Das bedeutete, Migrant*innen an den marokkanischen Staat abzuschieben, der die Aufgabe übernahm, indem er sie in der Wüste südlich von Oujda aussetzte, Razzien in den Städten des Landes durchführte, Charterflüge organisierte, um sie nach Mali und Senegal zurückzuführen, und große Menschenmengen in „Todesbussen“ transportierte – in Richtung Sahara.

Solche Barbarei geht hinter den Kulissen weiter und nimmt überall nur noch an Intensität und Ausmaß zu.

Abscheuliche Instrumentalisierung

Während das Ziel heute nach wie vor darin besteht, Migrierende einzuschränken und einzukesseln, indem man sich heuchlerisch und verabscheuungswürdig auf Drittstaaten stützt – unter völliger Missachtung des Lebens von Menschen in Not –, geht der Trend dahin, Migrierende systematischer und zynischer als geopolitische Waffe einzusetzen. Unter völliger Missachtung der Menschenwürde werden sie „verdinglicht“, wobei Staaten nicht länger zögern, mit ihrem Leid zu handeln, um politischen Druck auszuüben oder Rivalen zu destabilisieren. Es scheint durchaus wahrscheinlich, dass Marokko somit eine bedeutende Rolle in der aktuellen Situation gespielt hat, wobei Augenzeugenberichte die „Laissez-faire“- und „Laissez-passer“-Haltung der Grenzsicherungskräfte hervorheben. Zudem ist es nicht das erste Mal, dass Marokko Migrierende offen als Verhandlungsmasse gegen die spanische Regierung einsetzt. Als Spanien im Jahr 2021 den Vorsitzenden der Polisario-Front[1] empfing – was angesichts des Konflikts um die Westsahara für Marokko eine Quelle diplomatischer Unzufriedenheit darstellte –, folgten unmittelbar Vergeltungsmaßnahmen: 10.000 Migranten überquerten daraufhin die Grenze nach Ceuta und Spanien!

Heute steht die Regierung Sánchez aufgrund ihrer internationalen politischen Positionen, insbesondere in Bezug auf Palästina und den Iran, noch stärker in der Schusslinie. Doch dieses Mal ist Marokko angesichts des Kontexts und der Umstände des sehr plötzlichen Massenexodus am 30. Juli bei weitem nicht der einzige mögliche Akteur. Tatsächlich spielt sich diese Tragödie vor einem ganz bestimmten Hintergrund ab, zu einer Zeit, in der mehrere Länder Spanien „sanktionieren“ oder „Vergeltungsmaßnahmen“ gegen das Land ergreifen wollen.

Erstens ist Marokko – wieder einmal – unzufrieden über die Annäherung zwischen Madrid und Algier. Vor allem aber muss man dazu noch Israels Unzufriedenheit über Spaniens Anerkennung des „palästinensischen Staates“ sowie die Weigerung der spanischen Regierung hinzufügen, dem US-Militär die Nutzung von Luftwaffenstützpunkten auf spanischem Boden in Andalusien für Militäroperationen im Iran zu gestatten. Sowohl Trump als auch Netanjahu haben deutlich gemacht, dass Spaniens Haltung „nicht ohne Folgen bleiben würde“ … Tatsache ist, dass Tel Aviv und Washington Marokko in seiner Opposition gegen Spanien unterstützen, insbesondere seit Marokkos Beitritt zu den Abraham-Abkommen im Jahr 2020, mit denen seine Souveränität über die Westsahara anerkannt wurde. Ebenso ist offensichtlich, dass Vertraute von Außenminister Marco Rubio dazu neigen, Spaniens Souveränität über die Enklaven Ceuta und Melilla in Frage zu stellen, und dabei sogar so weit gehen, darauf hinzuweisen, dass diese „geografisch mit Marokko verbunden“ seien. Wollte Trump nicht „den gesamten Handel mit Spanien unterbinden“? In der einen oder anderen Form[2] deutet alles darauf hin, dass die Vereinigten Staaten und Israel, mit Marokko als Komplizen, zumindest die Bedingungen begünstigt haben, die in gewisser Weise dazu geführt haben, „Spanien zu bestrafen“.

Doch unabhängig davon, ob sie eine direkte Rolle bei der Auslösung des plötzlichen Zustroms von Flüchtlingen nach Ceuta gespielt haben oder nicht, ist eines absolut sicher: Sie haben dieses menschliche Leid sofort und auf abscheuliche Weise für politische Zwecke ausgenutzt und sich an der Panikstimmung in Spanien ergötzt. Trump hat den Vorfall in Ceuta ironischerweise als „Invasion“ bezeichnet und prahlt mit seinen Verdiensten im Kampf gegen „böse Akteure“, sollte die Demokraten die bevorstehenden US-Wahlen gewinnen – womit er grob andeutet, er sei das „einzige Bollwerk gegen unvermeidliche Invasionen“ in den Vereinigten Staaten. Trump stellt zudem mit Genugtuung fest, dass die Ceuta-Krise einen weiteren Keil zwischen die EU-Mitgliedstaaten treibt. Was Israel betrifft, so zeigt sich ein bezeichnendes Beispiel für dessen Denkweise in den Äußerungen seines Botschafters Dany Danon, der Spanien während der Ceuta-Krise vor der UNO vorwarf, „koloniale Enklaven in Afrika aufrechtzuerhalten“.

Die EU-Mitgliedstaaten stehen dem in nichts nach und haben ihre eigenen Rivalitäten offenbart, indem sie dieses tragische Ereignis auf ebenso verabscheuungswürdige wie unmenschliche Weise für populistische Zwecke ausnutzten und damit die Rhetorik der extremen Rechten sowie die globale Unordnung schürten. Italien distanzierte sich daher umgehend von Spanien und forderte die „Aussetzung des Schengen-Raums“. Frankreich „verschärfte umgehend seine Grenzkontrollen“, während Dänemark, Finnland und Schweden „Einschränkungen“ vorschlugen. Auf Kosten der Migrant:innen hat jeder Staat die Situation ausgenutzt, um seinen schmutzigen imperialistischen Interessen zu dienen, und dabei die Dynamik des „Jeder gegen jeden“ sowie die wachsenden Rivalitäten hinter einer verspäteten, oberflächlichen Einigkeit während der Dringlichkeitssitzung der Minister*innen aus den 27 Mitgliedstaaten (die am Dienstag, dem 4. August, per Videokonferenz stattfand) offenbart.

Die Verschärfung der historischen Krise des Kapitalismus und der Zerfallsprozess, der ihn rasch untergräbt, führen dazu, dass sich alle Staaten zunehmend als das entlarven, was sie sind: kalte, gesetzlose Monster. Gleichzeitig nutzt die herrschende Klasse ihre eigenen fauligen Dämpfe, um sie gegen die Arbeiterklasse zu richten. So schürt sie Ängste, um das Klassenbewusstsein zu untergraben, indem sie Migrant*innen zu Sündenböcken macht, die unterdrückt und vertrieben werden müssen. Gegenüber dieser widerwärtigen und barbarischen Rhetorik muss das Proletariat die Ohren verschließen und erkennen, dass Flüchtlinge in erster Linie – genauso wie das Proletariat selbst – Opfer der Ausbeutung durch einen zerfallenden und zunehmend mörderischen Kapitalismus sind.

WH, 7. August 2026

[1] Spanien unterstützt die Polisario-Front offiziell nicht mehr und hat Marokkos „Autonomieplan für die Westsahara“ akzeptiert. Der Empfang ihres Führers hat den langjährigen Streit jedoch erneut entfacht.

[2] Diese Hypothese lässt sich durch den Präzedenzfall des von dem belarussischen Staatschef A. Lukaschenko geführten hybriden Krieges untermauern. Im Jahr 2021 lockte er eine große Zahl ausländischer Staatsangehöriger (aus dem Nahen Osten und Afrika) an, indem er ihnen Visa erteilte, mit dem Ziel, sie massenhaft an die Grenzen der EU zu drängen, um die Region zu destabilisieren.

Die IKT und die Varna-Konferenz: eine Politik der Ausgrenzung der konsequentesten Internationalist*innen

Im April dieses Jahres rief das Organisationskomitee „Varna 26“, das mit der Gruppe „Konflikt“ in Bulgarien verbunden ist,[1] Gruppen und Einzelpersonen dazu auf, sich für eine internationalistische Konferenz anzumelden, die im September in Varna stattfinden soll:

„Angesichts des Chaos und der Unsicherheit in der heutigen Welt scheint es wichtiger denn je, dass Internationalist*innen beginnen, eine gemeinsame Basis zu finden und Strategien zu erarbeiten, um den Widerstand der Arbeiterklasse gegen den Krieg und die damit einhergehenden Angriffe auf den Lebensstandard der Arbeiter*innen zu stärken. Zu diesem Zweck laden wir euch zu einer Konferenz der Internationalist*innen ein – gegen alle Kriege und gegen alle Staaten. Die Konferenz bietet Internationalist*innen auf dem gesamten Kontinent und darüber hinaus die Möglichkeit, sich zu treffen, zu vernetzen und darüber zu diskutieren, wie es weitergehen soll.

Wer organisiert sie?

Die Veranstaltung wird von der bulgarischen Gruppe „Konflikt“ ausgerichtet, die bereits Erfahrung mit der Organisation großer internationaler Veranstaltungen hat; an der Organisation sind jedoch viele internationalistische Gruppen beteiligt. So unterstützt beispielsweise das Internationale Sekretariat der IWA die Veranstaltung, und es werden auch Gruppen der IFA anwesend sein sowie Mitglieder der von der IKT unterstützten NWBCW-Initiative.

Was können wir dort erwarten?

Die Konferenz wird spezielle Sitzungen zu den großen Kriegen beinhalten, die heute stattfinden, wie zum Beispiel den Krieg zwischen Russland und der Ukraine, und die Gelegenheit bieten, Genoss*innen aus diesen Ländern zuzuhören, die über ihr Engagement im Kampf gegen den Krieg berichten. Außerdem wird es eine Sitzung zum Thema „Arbeit in Ländern mit ‚nationalen Befreiungsbewegungen‘“ geben, in der Genoss*innen aus Irland über die dortige Lage berichten, Genoss*innen aus der Türkei über die Kurdenfrage sprechen und Aktivist*innen von beiden Seiten der Trennlinie auf Zypern zu Wort kommen. Darüber hinaus wird es Sitzungen zu Arbeiter*innenaktionen gegen den Krieg, zur zunehmenden Militarisierung der Gesellschaft und zum Übergang zu einer Kriegswirtschaft geben sowie die Gelegenheit, zu erfahren, was verschiedene Gruppen heute für die beste Strategie halten …“

Ein Genosse der IKS schrieb an das Komitee und bekundete unser Interesse an einer Teilnahme an dieser Konferenz. Wir erhielten die folgende Antwort vom 30. Juli:

„Wir haben euren Brief gelesen. Wir sehen uns nicht in der Lage, eure Organisation einzuladen. Ihr seid dafür bekannt, die Versammlungen anderer Gruppen und Organisationen zu stören, und wir glauben nicht, dass eure Anwesenheit dem förderlich wäre, was wir erreichen wollen“.

Daraufhin schrieb die IKS wie folgt an das Organisationskomitee:

„Liebe Genoss*innen

Wir haben eure Nachricht vom 30. Juli 2026 erhalten.

Wir sind der Ansicht, dass euer Schreiben im Widerspruch zum erklärten Ziel der Konferenz steht, nämlich alle echten Internationalist*innen zusammenzubringen, um eine breit angelegte Diskussion über den sich beschleunigenden Kriegskurs des Kapitalismus zu führen; gleichzeitig schlagt ihr vor – ohne auch nur den geringsten konkreten Beweis vorzulegen –, eine Organisation auszuschließen, die seit über 50 Jahren konsequent den Internationalismus verteidigt. Es scheint, dass eure Vorwürfe bezüglich unseres störenden Verhaltens ausschließlich auf ‚dem, was ihr gehört habt‘, auf unserem ‚Ruf‘ beruhen. Habt ihr selbst ein solches Verhalten seitens der IKS beobachtet? Wir fordern euch daher dringend auf, den Ausschluss zu überdenken oder zumindest stichhaltige Beweise vorzulegen, die unser störendes Verhalten bei früheren Treffen belegen, insbesondere bei anderen Versuchen, Internationalisten zusammenzubringen, wie beispielsweise bei der Prager Konferenz von 2024.

Wir freuen uns auf eure Antwort,

IKS“

Bis heute hat das Organisationskomitee von Varna nicht auf unseren Brief geantwortet.

Gleichzeitig haben wir einen Brief an die Communist Workers Organisation/ Internationalistische Kommunistische Tendenz (IKT) gesendet, der den Brief aus Varna und unsere Antwort enthält und in dem wir der IKT folgende Fragen stellen:

„Wir senden euch die aktuelle Korrespondenz zwischen uns und den Gastgeber*innen der Konferenz in Varna im September. Wie ihr sehen könnt, wurden wir von diesem Treffen ausgeschlossen und wir wehren uns gegen diese Entscheidung.

In der ursprünglichen Erklärung der Organisatoren heißt es, dass die Konferenz unter anderem von ‚Mitgliedern der von der IKT unterstützten NWBCW-Initiative‘ unterstützt wird. Da die IKT somit in gewisser Weise an der Organisation der Konferenz beteiligt ist, schreiben wir euch, um eure Haltung zu diesem Ausschluss zu erfahren und, falls ihr ihn ablehnt, zu erfahren, welche Vorgehensweise ihr vorschlagen würdet? Ihr kennt unseren Standpunkt: Wir sind der Ansicht, dass die kommunistische Linke die einzige historische Strömung ist, die eine konsequente Fähigkeit bewiesen hat, den Internationalismus angesichts des imperialistischen Krieges zu verteidigen, und wir bekräftigen daher die zwingende Notwendigkeit der Solidarität unter den authentischen Gruppen der kommunistischen Linken gegen jeden Versuch, sie aus der Debatte unter jenen auszuschließen, die nach politischer Klarheit in der Kriegsfrage suchen.

Wir freuen uns auf eure Antwort,

mit brüderlichen Grüßen

die IKS“

Dies war die Antwort der IKT, die am 12. August einging:

„Die Konferenz in Varna wird von Konflikt in Bulgarien organisiert, in Zusammenarbeit mit unabhängigen Einzelpersonen aus dem, was man grob als ‚das revolutionäre Milieu‘ in Europa bezeichnen könnte. Die IKT organisiert die Konferenz nicht. Wir wurden eingeladen, bei einer Sitzung einen Vortrag zu halten, und ein Delegierter der IKT hat an einigen Vorbereitungssitzungen teilgenommen, um technische Aspekte zu besprechen, aber die Konferenz wird in keiner Weise von der IKT gesponsert, finanziert, geleitet oder anderweitig organisiert. Wir haben keinen Einfluss darauf, wer eingeladen wird oder wer die

[1] Website von „Konflikt“: https://kon-flikt.org/en/who-are-we/. Der Aufruf zur Anmeldung wurde auf libcom.org veröffentlicht Anmeldung: Internationalistisches Treffen gegen den Krieg – Varna ‘26/Варна ‘26

anderen Redner sind. Wir nehmen daran teil, weil wir der Meinung sind, dass Treffen von Revolutionären wichtig sind, und Varna erscheint uns als ein solches Treffen; wir halten einen Vortrag, weil wir gebeten wurden, über unsere Erfahrungen in den „No War But The Class War"-Komitees zu sprechen, die wir als wichtiges Instrument betrachten, damit Revolutionäre zusammenkommen, um eine Arbeitsweise für die Zukunft zu entwickeln.

Wir werden uns bei den Organisatoren in Varna nicht für euch einsetzen. Wir unterstützen ihre Entscheidung, potenziell störende Elemente von der Konferenz auszuschließen. Und wir haben kein Vertrauen darin, dass ihr euch nicht in dieser Weise verhalten würdet, wenn man bedenkt, wie ihr euch bei unseren Treffen in Paris und Nantes im Jahr 2023 verhalten habt.

Wir werden in dieser Angelegenheit nicht weiter mit euch kommunizieren.

Dave L. im Namen des Internationalen Büros der IKT"

Eine Geschichte der Ausgrenzung der Kommunistischen Linken …

Dies ist nicht das erste Mal, dass wir von Treffen derer ausgeschlossen wurden, die sich als Internationalist*innen bezeichnen. In den späten 90er-Jahren und frühen 2000er-Jahren wurde die IKS aus den Treffen der ursprünglich anarchistisch inspirierten Gruppe „No War But the Class War"[2] verdrängt – nicht, weil wir die Treffen gestört hätten, sondern im Wesentlichen wegen unserer Kritik an deren Praxis und Perspektiven. In jüngerer Zeit hat sich dieses Muster bei der Anarchist Communist Group (ACG) wiederholt, die uns im Mai 2023 von ihrem Treffen in London ausschloss – einem Treffen, das unter anderem gemeinsam mit der IKT veranstaltet wurde, die es versäumte, Solidarität mit einer befreundeten linkskommunistischen Gruppe zu bekunden.[3] In der Folge durften IKS-Genoss*innen an Online-Treffen der ACG teilnehmen; doch bei einem kürzlich stattgefundenen Treffen zum Thema „Spanische Revolution" wurde der erste Beitrag eines IKS-Sympathisanten, der die Position der italienischen kommunistischen Linken der 1930er Jahre zu diesen Ereignissen verteidigte – und darauf bestand, dass der bewaffnete Konflikt zwischen der Republik (die von der Mehrheit der Anarchist*innen unterstützt wurde) und dem Franco-Regime keine proletarische Revolution, sondern Teil eines umfassenderen imperialistischen Konflikts war –, als „Kauderwelsch und Wahnsinn" angeprangert, und jede mögliche Antwort wurde von den Gastgebern blockiert, indem sie ihn einfach aus der Sitzung ausschalteten.[4]

Auf internationaler Ebene wurde die IKS – zusammen mit allen „etablierten" Gruppen der Kommunistischen Linken, einschließlich der IKT – von den Organisatoren der Prager „Antikriegskonferenz" 2024 aufgrund unserer angeblichen „leninistischen" Politik und manipulativen Praktiken formell ausgeschlossen, wobei insbesondere die IKS von der an der Konferenz beteiligten tschechischen Gruppe Tridni Valka/Class War als Spitzel beschuldigt wurde. Sowohl die IKS als auch die IKT konnten jedoch an den „Randveranstaltungen" rund um die Konferenz teilnehmen, wo einige der wichtigsten Diskussionen stattfanden. Wir werden darauf zurückkommen.[5]

… bei denen auch die IKT und ihre Vorgänger eine Rolle gespielt haben

Auch wenn die IKT selbst Zielscheibe einiger dieser „antiautoritären" Versuche war, die Kritik der Kommunistischen Linken am Anarchismus zum Schweigen zu bringen, ist die IKT und ihre politischen Vorläufer seit langem in sehr ähnliche Ausgrenzungspolitik verwickelt. Wir könnten bis in die 1940er Jahre zurückgehen und daran erinnern, wie der 1943 in Italien gegründete Partito Comunista Internazionalista (PCInt) versuchte, seine Mitglieder daran zu hindern, sich auf jegliche Diskussion mit unseren Vorläufern in der Gauche Communiste de France einzulassen, die die zutiefst opportunistische Grundlage aufgedeckt hatten, auf welcher der PCInt zusammengeschustert worden war. Im Jahr 1980 wurde die IKS durch ein gemeinsames Manöver der CWO in Großbritannien und des PCInt in Italien, die beide später zu den Hauptkomponenten der IKT wurden, faktisch von den Internationalen Konferenzen der Kommunistischen Linken ausgeschlossen; und wir haben bereits die Weigerung der IKT erwähnt, die ACG dafür zur Rede zu stellen, dass sie uns von ihrem Treffen 2023 in London ausgeschlossen hat.

Der jüngste Brief der IKT, in dem sie unseren Ausschluss von der Konferenz in Varna als potenziell störende Elemente uneingeschränkt unterstützt, markiert jedoch einen neuen Schritt auf dem Weg der IKT hin zu einer offen destruktiven Politik gegenüber der IKS. Dies ist im Grunde die logische Konsequenz ihrer Politik, „No War But the Class War"-Komitees als bewusste Alternative zu gemeinsamen Aktionen der Gruppen der Kommunistischen Linken zu bilden. Indem sie den Aufrufen der IKS und anderer zu einer gemeinsamen Intervention gegen imperialistische Kriege den Rücken kehren, haben diese Komitees IKT-Mitglieder und -Sympathisierende weitgehend mit Anarchisten, Linken und Scheingruppen, welche behaupten, Teil der Kommunistischen Linken zu sein (wie die Internationalen Gruppe der Kommunistischen Linken IGKL, die kein Hehl aus ihrem Wunsch macht, die IKS zu zerstören), zusammengeführt. Die derzeitige Haltung der IKT gegenüber der IKS kann als vollständige Kapitulation gegenüber der Position von Tridni Valka/Class War verstanden werden, die jeden Ausdruck der Kommunistischen Linken von den Versuchen ausschließen will, ein echtes Diskussionsforum unter Internationalist*innen zu schaffen.

Die Verteidigung revolutionärer Positionen ist keine Störung

Wir haben bereits auf die Vorwürfe der IKT geantwortet, wir hätten uns bei ihren Treffen in St. Nazaire und Paris absichtlich störend verhalten.[6] Unsere Antwort[7] widerlegt diese Vorwürfe systematisch und zeigt, dass unsere Interventionen von dem Willen motiviert

[2] Zur Geschichte der Gruppen No War But The Class War, IKSonline Juli 2022. Der Artikel weist darauf hin, dass diese Manöver sich auch gegen eine „No War But The Class War"-Gruppe in Sheffield richteten, in der die IKT einen bedeutenden Einfluss hatte.

[3] ACG bans the ICC from its public meetings, CWO betrays solidarity between revolutionary organisations (ACG schließt die IKS von ihren öffentlichen Versammlungen aus, IKT verrät die Solidarität zwischen revolutionären Organisationen), World Revolution 397

[4] Anarchismus und die Mystifizierung der „Spanischen Revolution", IKSonline 2026, 2. Jahreshälfte

[5] Für unsere Bilanz dieser Ereignisse siehe: Prager „Aktionswoche": Aktivismus ist ein Hindernis für politische Klärung, Weltrevolution 187; Prager Aktionswoche: Einige Lektionen und einige Antworten auf Verleumdungen, IKSonline September 2024

[6] Siehe die IKT-Artikel auf leftcom.org: Präsentation und Berichte von den öffentlichen Versammlungen in Paris und Saint-Nazaire (Englisch); Eindrücke von einer ersten Versammlung der TCI in Saint-Nazaire (Französisch)

[7] Öffentliche Versammlungen der IKT in Frankreich: ein echter politischer Misserfolg, ICC Online English, November 2023

waren, eine politische Kritik an den Zweideutigkeiten und Verwirrungen der IKT hinsichtlich der Dynamik hin zum Krieg, der Rolle der Gewerkschaften, der in den NWBTCW-Komitees verkörperten Politik der „Einheitsfront“ sowie ihrer Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit Elementen wie der IGKL zu entwickeln, die sich tatsächlich wie Spitzel verhalten haben. Die IKT mag unseren Stil vielleicht nicht mögen, aber es ist offensichtlich, dass sie vor allem den Inhalt unserer Kritik ablehnen. Darin unterscheidet sich ihre Reaktion nicht von der der Anarchist*innen, die unsere Demontage der heiligen Statue der „Spanischen Revolution“ nur als wirres Geschwätz sehen können.

Wir sollten diesen Artikel jedoch nicht beenden, ohne darauf hinzuweisen, dass in den meisten Fällen, in denen die IKS an IKT-Treffen[8] teilgenommen hat, beispielsweise in London, die Diskussionen trotz scharfer Meinungsverschiedenheiten brüderlich blieben, und genau dasselbe haben wir über eine jüngere öffentliche IKT-Veranstaltung in Paris gesagt, wo wir – in ausdrücklicher Übereinstimmung mit einer ähnlichen Einschätzung der IKT – schrieben, dass „Öffentliche Versammlungen, wie jene, die von der Internationalistischen Kommunistischen Tendenz (IKT) am 7. März und von der IKS am 21. März in Paris und anderen Städten weltweit organisiert wurden, bieten Foren für proletarische Debatten, in denen die Analysen und Argumente verschiedener revolutionärer Gruppen verglichen werden können“ und wir über die Pariser Versammlung der IKT anmerkten, dass „die Debatte in einem brüderlichen Geist geführt wurde, nicht nur unter den proletarischen Gruppen, sondern auch mit den anderen Teilnehmern, insbesondere jungen Menschen, die sich für die Positionen der Kommunistischen Linken interessierten, vor allem hinsichtlich der zentralen Frage des Krieges und der Frage, wie Revolutionäre und die Arbeiterklasse darauf reagieren müssen“.[9]

Nicht weniger bedeutend war die Fähigkeit der Delegationen der IKC und der IKT in Prag, angesichts der wahrhaft störenden Politik von Tridni Valka/Class War und der (Des-)Organisatoren der Konferenz zusammenzuarbeiten. Wir haben diese Tatsache in unserem ersten Artikel über die Veranstaltung in Prag[10] erwähnt, und unser dritter Artikel schloss mit der Feststellung, dass „die bescheidenen Anfänge der gemeinsamen Arbeit zwischen der IKT und der IKS in Prag unsere Sichtweise“ bestätigen, „dass der beste Ausgangspunkt für die Kommunistische Linke, um Einfluss auf eine breitere, aber immer noch sehr verwirrte Suche nach internationalistischen Positionen zu nehmen, eine gemeinsame Anstrengung ist, die auf sehr klar vereinbarten Prinzipien beruht“.[11]

Allerdings wurde im dritten Artikel auch angemerkt, dass die Einschätzung der IKT diese „bescheidenen Anfänge“ mit keinem Wort erwähnte, als wolle die IKT nicht über etwas sprechen, für das sie sich im Nachhinein schämte. Und seitdem ist deutlich geworden, dass sich die IKT genau in die entgegengesetzte Richtung bewegt: nicht hin zur Einheit und Solidarität der Kommunistischen Linken, sondern hin zu einem immer systematischeren Ausschluss der konsequentesten Strömungen in ihren Reihen.

IKS, 11.09.2026

[8] Die IKT hingegen nimmt nicht mehr an den öffentlichen Veranstaltungen der IKS teil, was zweifellos Teil ihrer Strategie ist, unsere politische Irrelevanz zu demonstrieren.

[9] Sollen Revolutionäre die Parole des „Revolutionären Defätismus“ vertreten? IKSonline 2026, 2. Jahreshälfte

[10] Prager „Aktionswoche“: Aktivismus ist ein Hindernis für politische Klärung, Weltrevolution 187

[11] Prager Aktionswoche: Antwort auf die Bilanz der CWO, IKSonline, November 2024

Leserbrief

Eine Einführung in die kommunistische Theorie

Einleitung der IKS

Wir veröffentlichen einen Beitrag, der uns zugegangen ist und der zeigt, dass derzeit in kleinen Minderheiten innerhalb des Proletariats tiefgreifende Überlegungen stattfinden. Das behandelte Thema ist besonders bemerkenswert und bedeutsam, da sich diese Überlegungen nicht auf nebensächliche Aspekte der unmittelbaren Propaganda konzentrieren – in diesem Fall auf Trumps leere Rhetorik und andere Possen –, sondern direkt die Frage nach der wahren Bedeutung der kommunistischen Perspektive thematisieren. Mit dem Zusammenbruch des Sowjetblocks wurde die Lüge, dass „Stalinismus = Kommunismus“ sei, immer wieder eingehämmert. Auch heute noch wird die Idee des Kommunismus von der Bourgeoisie weitgehend verzerrt dargestellt und, wie wir sehen können, weiterhin angegriffen. Der in diesem Beitrag verfolgte Ansatz ist umso lobenswerter, als er es uns ermöglicht, gegen das „No Future“ des Kapitalismus zu kämpfen, und von der Realität eines reifenden Bewusstseins zeugt, das sich insbesondere seit den Kämpfen des „Sommers der Wut“ im Jahr 2022 in Großbritannien entwickelt hat und einen Bruch mit der Apathie der vergangenen Jahrzehnte markiert. Zwar stimmen wir dem Großteil der vorgestellten theoretischen Analyse zu und unterstützen sie angesichts ihrer Qualität, doch sind wir der Ansicht, dass die Frage der „Übergangsphase“ einer Klarstellung bedarf. Tatsächlich glauben wir nicht, dass man im Fall der Pariser Kommune – die international isoliert war und aus einer Bewegung hervorging, die zwar zweifellos bemerkenswert, aber im Hinblick auf die historischen Bedingungen verfrüht war – schon von einer „Übergangsphase“ sprechen kann. Für uns ist eine solche Phase erst dann denkbar, wenn die Arbeiterklasse auf internationaler Ebene die Macht ergriffen hat. Diese Kritik schmälert jedoch in keiner Weise den ernsthaften Effort, den diese Arbeit darstellt, und die unbestreitbar zu dem langen Prozess der Politisierung beiträgt, den die Arbeiterklasse für ihren langen und schwierigen revolutionären Kampf durchlaufen muss. Unser Ziel ist es daher, die Fortsetzung dieses Reflexionsprozesses zu fördern.

Einleitung

Der Kommunismus wird durch die verschiedenen herrschenden Ideologien unserer Zeit stark verzerrt und verschleiert. Erst kürzlich behauptete Donald Trump, der Kommunismus sei die größte Bedrohung für die Vereinigten Staaten, was insofern von Bedeutung ist, als dieses Land die stärkste imperialistische Macht der Welt ist. Wir Kommunist*innen können dem nur zustimmen: Die größte Bedrohung für die Vereinigten Staaten und die von ihnen vertretene

amerikanische herrschende Klasse ist eine kommunistische Revolution. Das gilt für jeden Staat auf diesem Planeten und dessen jeweilige herrschende Klasse. Doch um es klar zu sagen: Wenn wir Kommunist*innen von Kommunismus sprechen, meinen wir nicht die absurden Karikaturen, die die herrschenden Ideologien heraufbeschwören, um die Arbeiterklasse davon abzubringen, den Weg der Selbstbefreiung einzuschlagen. Wir meinen nicht den Staatskapitalismus Chinas oder der ehemaligen UdSSR. Wir meinen nicht die Sozialdemokratie der skandinavischen Länder. Wir meinen nicht Bewegungen, die versuchen, „kommunale" Formen in eine kapitalistische Welt einzufügen, die das Entstehen einer echten Gemeinschaft zwangsläufig unterdrückt. Und wir meinen es ganz sicher nicht in einer so gedankenlosen Weise, wie es oft als Beleidigung verwendet wird – ohne jegliche Kohärenz – von jenen Teilen der herrschenden Klasse, die aufgrund des Stigmas des Begriffs faul versuchen, billige politische Punkte gegen ihre Rivalen zu sammeln. Karl Marx wies schon in seiner Zeit auf diese widersinnige Tendenz hin und schrieb in seinem „18. Brumaire":

„Handelte es sich um Petitionsrecht oder um Weinsteuer, um Preßfreiheit oder um Freihandel, um Klubs oder Munizipalverfassung, um Schutz der persönlichen Freiheit oder um Regelung des Staatshaushaltes – das Losungswort kehrt immer wieder, das Thema bleibt immer dasselbe, der Urteilsspruch ist immer fertig und lautet unveränderlich: ‚Sozialismus!' Für sozialistisch wird selbst der bürgerliche Liberalismus erklärt, für sozialistisch die bürgerliche Aufklärung, für sozialistisch die bürgerliche Finanzreform. Es war sozialistisch, eine Eisenbahn zu bauen, wo schon ein Kanal vorhanden war, und es war sozialistisch, sich mit dem Stocke zu verteidigen, wenn man mit einem Degen angegriffen wurde."

Aber wenn nichts davon Kommunismus ist, was ist er dann wirklich? Bevor ich darauf antworte, muss eine Erläuterung der historisch-materialistischen Perspektive vorgenommen werden.

Historischer Materialismus

Im Laufe der Geschichte waren Charakter und Funktion der menschlichen Gesellschaft zwangsläufig und unausweichlich ein Produkt der materiellen Grundlage, auf der sich die Menschen reproduzieren, sowie ihrer Interaktion mit der Natur und untereinander. Dies gilt für alle Gesellschaften mit der gesamten Bandbreite an Produktionsweisen, von der ur-kommunalen über die antike und die feudale bis hin zur kapitalistischen. Eine Produktionsweise ist eine Gesellschaftsform, die sich in einer bestimmten Entwicklungsstufe der Produktivkräfte befindet und von einem eigenständigen System wirtschaftlicher Gesetze bestimmt wird. Von diesen existierte die ur-kommunale Produktionsweise am längsten, sei es in nomadischer oder sesshafter Form, als Jäger- und Sammlergesellschaft oder als Agrargesellschaft. Zwar folgten die Produktionsweisen keiner starren, mechanischen Abfolge vom „Niedrigsten" zum „Höchsten", sondern einem weitaus komplexeren Muster; doch bedeutete die Auflösung der ur-kommunalen Produktionsweise zwangsläufig ihre Ablösung durch die eine oder andere Form der Klassengesellschaft – eine Produktionsweise, in der eine Schichtung ihrer Mitglieder bestand, mit Gruppen von Ausgebeuteten und Ausbeutern. Diese Schichtung wiederum brachte den Staat hervor, den politischen Apparat der herrschenden Klasse, der dafür verantwortlich war, den sozialen Zusammenhalt zu gewährleisten, indem er sowohl einzelne Mitglieder und Teile der herrschenden Klasse als auch insbesondere die gesamte ausgebeutete Klasse in Schach hielt. Diese Schichtung war, das sei angemerkt, auch ein Ergebnis der Entwicklung der Produktivkräfte, die in der Lage waren, Überschüsse zu erwirtschaften, welche die Erhebung bestimmter Klassen über die allgemeine Bevölkerung ermöglichten, jedoch nicht in einem Ausmaß, dass ein allgemeiner Überfluss für die gesamte Gemeinschaft realisierbar gewesen wäre.

Die kapitalistische Gesellschaftsform unterschied sich von den anderen dadurch, dass sie schließlich die gesamte Welt umfasste und in ihrem Gefolge die Auflösung aller früheren Gesellschaftsformen erzwang. Dies ist angesichts ihrer bescheidenen Anfänge, die in Nischen der feudalen europäischen Gesellschaft lagen und zunächst im mittelalterlichen Bürgertum verkörpert waren, durchaus erstaunlich. Nichtsdestotrotz hat er die universelle Ausdehnung des Marktes, eine beispiellose Industrialisierung, die Vergesellschaftung des Produktionsapparats und eine ungeheure Entwicklung des Staates sowohl hinsichtlich seiner Größe als auch seiner Leistungsfähigkeit mit sich gebracht. Gleichzeitig weist dieser ungemein mächtige Kapitalismus innere Widersprüche auf, die seine Existenz bedrohen, wobei der wichtigste davon der Antagonismus zwischen Lohnarbeit und Kapital, zwischen Proletariat und Bourgeoisie ist. Indem die Bourgeoisie das Proletariat, die Klasse der Lohnarbeiter, geschaffen hat, hat sie einerseits die Grundlage für eine gewaltige Kapitalakkumulation und andererseits die einzige revolutionäre Klasse hervorgebracht, die in der Lage ist, sie zu stürzen. Die gegensätzlichen Interessen des Proletariats gegenüber denen der Bourgeoisie zwingen das Proletariat aus historischer Notwendigkeit dazu, Revolutionen gegen die Bourgeoisie zu führen, wie dies in der Praxis bewiesen wurde. Ebenso führen diese gegensätzlichen Interessen zur Gründung der Klassenpartei des Proletariats, der kommunistischen Partei, die sich aus den führenden Kämpfern der Klasse, ihrer Avantgarde, zusammensetzt, die über die revolutionärste Perspektive und historische Klarheit verfügen, was es ihnen gemeinsam ermöglicht, entsprechend der aktuellen Lage praktische Handlungsempfehlungen für die Klasse als Ganzes zu erarbeiten. Nach dem erfolgreichen Sturz der Bourgeoisie bildet das Proletariat seinen eigenen Staat, oder vielmehr einen Halbstaat, der als proletarische Diktatur bekannt ist, wie es bei der Pariser Kommune Ende des 19. Jahrhunderts und den Räterepubliken zu Beginn des 20. Jahrhunderts der Fall war. Dieser Halbstaat, dieser Staat im Verfall, dessen Verwalter (das gesamte Proletariat) auf seinen endgültigen Untergang hinarbeiten, existiert nur als Mittel zur Unterdrückung der aufständischen Bourgeoisie und zur Bewältigung von Krisen, kurz gesagt, um den Übergang vom Kapitalismus zum Kommunismus zu sichern.

Kommunismus

Was den Kommunismus betrifft, ist es vor allem wichtig, ihn von einer anderen Strömung zu unterscheiden, nämlich dem utopischen Sozialismus. Der Kommunismus als politische Bewegung ist insofern ein wissenschaftlicher Sozialismus, als er die Entstehung einer kommunistischen Gesellschaft auf der Grundlage realer historischer Entwicklungen und der damit einhergehenden sozialen Bedingungen vorhersagt. Diese spielen für den utopischen Sozialisten jedoch kaum eine Rolle. Der utopische Sozialist entwirft Pläne für eine ideale Gesellschaft, deren Übernahme er von der gegenwärtigen Gesellschaft auf der Grundlage moralischer Begründungen erwartet. Das ist natürlich verkehrt

herum. Wie Marx in „Die deutsche Ideologie“ feststellt:

„Der Kommunismus ist für uns nicht ein Zustand, der hergestellt werden soll, ein Ideal, wonach die Wirklichkeit sich zu richten habe. Wir nennen Kommunismus die wirkliche Bewegung, welche den jetzigen Zustand aufhebt.“

Bis zu diesem Punkt ist der Kommunismus ohne die vom Kapitalismus geschaffenen gesellschaftlichen Bedingungen nicht möglich. Zum einen ist die Vergesellschaftung der Wirtschaft im Allgemeinen unmöglich, ohne dass der Kapitalismus zuvor den Produktionsapparat vergesellschaftet hat, d. h. fast die gesamte Gesellschaft in Proletarier verwandelt und ihnen eine gewaltige Produktionsmaschine – das riesige Netzwerk der Produktionsmittel – in die Hände gelegt hat, obwohl sie kein Eigentumsrecht daran haben. Mit dem Eintreten der proletarischen Revolution wird das Proletariat diese Produktionsmittel an sich reißen und sie auch als Eigentum vergesellschaften, sodass der absurde Widerspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung beseitigt wird. Ein weiteres Beispiel dafür, dass der Kapitalismus die Grundlagen für den Kommunismus schafft, ist die Vernetzung, die er weltweit bewirkt hat. Die proletarische Revolution wird diese Internationalisierung noch weiter vorantreiben, indem sie nationale Grenzen auflöst und den Weg für eine vereinte Weltgemeinschaft ebnet. Schließlich hat der Kapitalismus beispiellose Produktionskapazitäten geschaffen, die den allgemeinen Überfluss für alle Mitglieder der Gesellschaft mehr als ermöglichen – ein Ergebnis, dessen Verwirklichung ironischerweise gerade der Kapitalismus selbst im Wege steht. Die proletarische Revolution wird den Kapitalismus zerstören, damit dieser allgemeine Überfluss verwirklicht werden kann und damit auch die Abschaffung der Klassen und des Staates. Man könnte einwenden: „Aber war die UdSSR nicht kommunistisch? Von wegen Emanzipation!“ Um dies zu beleuchten, muss man mit der Geschichte der Russischen Revolution vertraut sein. Wir Kommunist*innen bekennen uns ohne Scheu zur Russischen Revolution als proletarischer Revolution, genauso wie zur Deutschen Revolution und zur Pariser Kommune. Bourgeoise Ideologen aller Couleur verweisen auf die UdSSR und damit auch auf eine Vielzahl anderer sogenannter „kommunistischer“ und „sozialistischer“ Staaten, um das Proletariat von der Revolution abzubringen. Die Ironie dabei ist jedoch, dass das Elend der UdSSR nicht im Kommunismus lag, nicht in der weltgeschichtlichen Aufgabe des Proletariats, sich selbst zu befreien, sondern im Kapitalismus, in der bürgerlichen Konterrevolution. Nachdem Russland aufgrund des Scheiterns anderer proletarischer Revolutionen weltweit isoliert worden war, entwickelte sich dort eine Bürokratie, die die Diktatur des Proletariats, die Herrschaft des Proletariats als Klasse, auflöste. Diese Bürokratie übernahm die Rolle des nationalen Kapitalisten, wobei der Staat – im Gegensatz zum traditionellen privaten Kapitalisten – zum Hauptarbeitgeber der Lohnarbeit wurde. Somit handelte es sich ebenso wie bei den Vereinigten Staaten oder dem Britischen Empire um eine kapitalistische Gesellschaft, in der das Proletariat durch die herrschende Klasse mittels Lohnarbeit entrechtet und ausgebeutet wurde; lediglich die Formen dieser Ausbeutung waren im Vergleich zu den meisten liberalen Demokratien auf eigentümliche Weise ausgestaltet. Um auf die Frage des Internationalismus zurückzukommen: Die Russische Revolution ist ein klares Beispiel dafür, warum der Kommunismus nur im Zuge einer umfassenden Weltrevolution entstehen kann. Der Kommunismus kann nicht in einem einzigen Land existieren, und auch die Diktatur des Proletariats – der politische Übergang zum Kommunismus – kann in einem Land nicht lange bestehen, ohne dass in anderen Ländern, mit denen eine brüderliche Verbindung besteht, ebenfalls eine Diktatur des Proletariats entsteht. Aus diesem Grund ist der Internationalismus ein untrennbarer Aspekt des Kommunismus, und die verschiedenen Strömungen von Nationalisten, die versuchen, ihn zu untergraben und zu verzerren (seien es Linke, Liberale, Konservative usw.), sind unmissverständlich Feinde der Kommunist*innen. Zusammenfassend bedeutet Kommunismus die Abschaffung des Kapitalismus, die Abschaffung der Klassen, die Abschaffung des Privateigentums, die Abschaffung des Staates, die Abschaffung der Nationen, die Abschaffung des Austauschs und die Abschaffung der Warenproduktion. Er bedeutet die Verwirklichung einer Weltgemeinschaft frei assoziierter Individuen, die auf direkte und bewusste Weise miteinander und mit der Natur interagieren, wobei die Produktionsmittel in gemeinschaftlichem Besitz stehen, unbelastet vom Wertgesetz oder irgendeinem anderen unpersönlichen Gesetz, das das Zusammenwirken der Individuen gegen ihren Willen bestimmt. Es bedeutet die Versöhnung des Individuums mit der Gemeinschaft, wobei die Gemeinschaft letztlich nichts anderes ist als eine Ansammlung frei assoziierter Individuen. Es bedeutet die Auflösung von Institutionen des Status und der Identität sowie von erzwungener Vielfalt zugunsten der organischen Vielfalt der Individuen entsprechend ihren unterschiedlichen Fähigkeiten und Wünschen und damit einhergehend die Verwirklichung des Prinzips „Jede*r nach seinen/ihren Fähigkeiten, jedem/r nach seinen/ihren Bedürfnissen“.

Synthesiz, Juli 2026

Abonnements

Wir bieten unsere INTERNATIONALE REVUE und WELTREVOLUTION auch als Abonnemente an. Die Zahlweise erfolgt per Briefmarken.

Finanzielle Unterstützung

Unsere Organisation finanziert sich allein von den Beiträgen ihrer Mitglieder und Sympathisant*innen. Wenn ihr uns ebenfalls finanziell unterstützen möchtet, kontaktiert uns bitte!

Kontaktiere die IKS

Internationale Revue
Postfach 367
CH-8021 Zürich
deutsch@internationalism.org
schweiz@internationalism.org
Schaut auch regelmäßig auf unsere Website für neueste Veröffentlichungen.
de.internationalism.org

UNSERE POSITIONEN

– Seit dem 1. Weltkrieg ist der Kapitalismus ein dekadentes gesellschaftliches System. Zweimal hat er die Menschheit in einen barbarischen Zyklus von Krise, Weltkrieg, Wiederaufbau, neue Krise gestürzt. In den 80er Jahren ist er in die letzte Phase seines Niedergangs eingetreten – die seines Zerfalls. Gegenüber diesem unwiderruflichen historischen Abstieg gibt es nur eine Alternative: Sozialismus oder Barbarei, kommunistische Weltrevolution oder Zerstörung der Menschheit.

– Die Pariser Kommune von 1871 war der erste Versuch des Proletariats, diese Revolution durchzuführen. Dies geschah jedoch zu einem Zeitraum, als die Bedingungen dafür noch nicht reif waren. Nachdem diese Bedingungen aber mit dem Eintritt des Kapitalismus in seine Dekadenz geschaffen waren, stellte die Oktoberrevolution 1917 in Rußland den ersten Schritt einer echten kommunistischen Weltrevolution innerhalb einer internationalen Welle von revolutionären Kämpfen dar, die den imperialistischen Weltkrieg zu Ende brachte und mehrere Jahre fortdauerte. Das Scheitern dieser revolutionären Welle, insbesondere in Deutschland von 1919–23 führte dazu, daß die Revolution in Rußland isoliert blieb und schnell entartete. Der Stalinismus war nicht das Ergebnis der russischen Revolution, sondern ihr Totengräber.

– Die staatlichen Regime, die unter der Bezeichnung „sozialistisch" oder „kommunistisch" in der UdSSR, in Osteuropa, China, Kuba usw. entstanden waren, waren nur besonders brutale Formen einer weltweiten Tendenz zum Staatskapitalismus, die typisch ist für die Niedergangsphase des Kapitalismus.

– Seit dem Anfang des 20. Jahrhunderts sind alle Kriege imperialistische Kriege in einem Todeskampf zwischen großen oder kleinen Staaten gewesen, um eine internationale Stellung zu erobern oder zu erhalten. Diese Kriege haben der Menschheit nur Tod und Zerstörung in einem immer größeren Ausmaß gebracht. Die Arbeiterklasse muß dem ihre internationale Solidarität und den Kampf gegen die Bourgeoisie in allen Ländern entgegensetzen.

– All die Ideologien der „nationalen Unabhängigkeit", des „Selbstbestimmungsrechts der Völker", unabhängig davon, ob sie unter einem ethnischen, historischen, religiösen oder sonstigen Vorwand verteidigt werden, sind für die Arbeiter ein wahres Gift. Indem sie für die eine oder andere Fraktion der Bourgeoisie Partei ergreifen sollen, werden so die Arbeiter gegeneinander aufgehetzt und dazu getrieben, sich im Interesse der Ausbeuter in den Kriegen zwischen diesen gegenseitig abzuschlachten.

– Im dekadenten Kapitalismus sind das Parlament und die Wahlen zu einer einzigen Heuchelei geworden. Jeder Aufruf zur Beteiligung am Wahlzirkus kann nur die Wirkung der Lügen verstärken, mit der die Wahlen als eine „echte Alternative" für die Ausgebeuteten darstellt werden. Die Demokratie, die eine besonders heuchlerische Herrschaftsform der Bourgeoisie ist, unterscheidet sich im Grunde nicht von den anderen Formen der kapitalistischen Herrschaft, dem Stalinismus und dem Faschismus.

– Die Fraktionen der Bourgeoisie sind alle gleich reaktionär. Alle sog. „sozialistischen", „kommunistischen" Arbeiterparteien (jetzt die früheren „Kommunisten"), die Organisationen der extremen Linken (Trotzkisten, Maoisten, und Ex-Maoisten, offizielle Anarchisten) stellen den linken Flügel des politischen Apparates des Kapitals dar. All die Taktiken der „Volksfront", der „antifaschistischen" Front und der „Einheitsfront", die die Interessen des Proletariats mit denen einer Fraktion der Bourgeoisie zusammenbringen wollen, dienen nur dazu, daß der Kampf der Arbeiterklasse kontrolliert und in Sackgassen gelenkt wird.

– Mit dem Eintritt des Kapitalismus in seine Dekadenz sind die Gewerkschaften überall zu Organen der kapitalistischen Ordnung innerhalb der Arbeiterklasse geworden. Die gewerkschaftlichen Organisationsformen, ob die „offiziellen" oder die „Basisgewerkschaften", dienen nur dazu, die Arbeiterklasse zu kontrollieren und ihre Kämpfe zu sabotieren.

– Um ihre Kämpfe erfolgreich durchzuführen, muß die Arbeiterklasse ihre Kämpfe zusammenschließen, indem sie deren Ausdehnung und Organisierung selbst in die Hand nimmt. Dies geschieht mittels selbständiger Vollversammlungen und Komitees von Delegierten, die jeweils jederzeit von diesen Versammlungen gewählt und abgewählt werden können.

– Der Terrorismus ist in keiner Hinsicht ein Mittel des Kampfes der Arbeiterklasse. Als Ausdruck der geschichtlich zukunftslosen gesellschaftlichen Schichten und des Zerfalls des Kleinbürgertums liefert der Terrorismus, wenn er nicht direkt ein Mittel des ständigen Krieges zwischen den Staaten ist, immer einen Nährboden für die Manipulationen der Bourgeoisie. Indem er für die geheimen Aktionen von kleinen Minderheiten eintritt, steht er im totalen Gegensatz zur Klassengewalt, die sich auf Handlungen einer bewußten und organisierten Masse des Proletariats stützt.

– Die Arbeiterklasse ist die einzige Klasse, die dazu in der Lage ist, die kommunistische Revolution durchzuführen. Der revolutionäre Kampf führt die Arbeiterklasse notwendigerweise zu einer Konfrontation mit dem kapitalistischen Staat. Um den Kapitalismus zu zerstören, muß die Arbeiterklasse alle Staaten zerstören und die Diktatur der Arbeiterklasse auf Weltebene errichten: die internationale Macht der Arbeiterräte, die das gesamte Proletariat umfassen.

– Die kommunistische Umwandlung der Gesellschaft durch die Arbeiterräte bedeutet weder „Selbstverwaltung" noch „Verstaatlichung" der Wirtschaft. Der Kommunismus erfordert die bewußte Abschaffung der kapitalistischen Gesellschaftsverhältnisse durch die Arbeiterklasse: die Lohnarbeit, die Warenproduktion, die Landesgrenzen. Dazu muß eine Weltgemeinschaft errichtet werden, deren ganze Aktivitäten auf die volle Befriedigung der menschlichen Bedürfnisse ausgerichtet sind.

– Die revolutionäre politische Organisation stellt die Avantgarde des Proletariats, den aktiven Faktor des Prozesses der Generalisierung des Bewußtseins innerhalb des Proletariats dar. Ihre Rolle besteht weder in der „Organisierung der Arbeiterklasse" noch in der „Übernahme der Macht" in ihrem Namen, sondern aktiv an der Vereinigung der Kämpfe mitzuwirken, daß die Arbeiter die Kämpfe selbst in die Hand nehmen und eine revolutionäre politische Orientierung für den Kampf des Proletariats aufgezeigt wird.

UNSERE AKTIVITÄT

– Die theoretische und politische Klärung der Ziele und Mittel des Kampfes des Proletariats, seiner geschichtlichen und unmittelbaren Bedingungen.

– Die organisierte, vereinigte und auf internationaler Ebene zentralisierte Intervention, um zum Prozeß beizutragen, der zu revolutionären Handlungen der Arbeiterklasse führt.

– Die Umgruppierung der Revolutionäre im Hinblick auf die Schaffung einer wirklichen kommunistischen Weltpartei, die unabdingbar ist für die Abschaffung der kapitalistischen Herrschaft und die Entwicklung hin zur kommunistischen Gesellschaft.

UNSER URSPRUNG

– Die Positionen der revolutionären Organisationen und ihre Aktivitäten sind das Ergebnis der vorherigen Erfahrungen der Arbeiterklasse und der Lehren, die diese politischen Organisationen aus der Geschichte gezogen haben. So beruft sich die IKS auf die Errungenschaften, die nacheinander erbracht wurden vom Bund der Kommunisten (1847–52) um Marx und Engels, den drei Internationalen (Internationale Arbeiterassoziation 1864–72, Sozialistische Internationale 1889–1914, Kommunistische Internationale 1919–1928), den Linkskommunistischen Fraktionen, die in den 20er und 30er Jahren aus der Dritten Internationale während ihres Niedergangs hervorgegangen waren, insbesondere der Deutschen, Holländischen und Italienischen Linken.